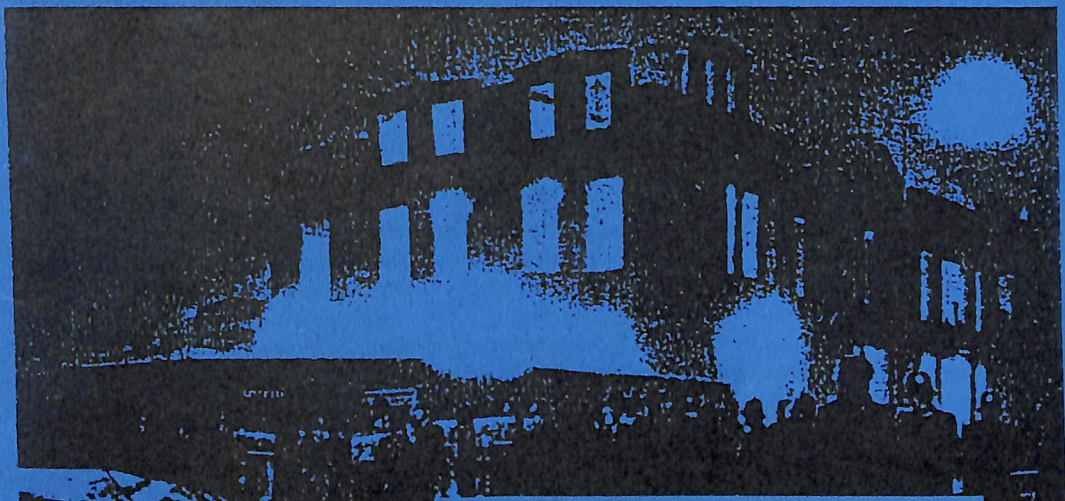
Wildcat ZIRKSTAR

#7, Sept. '94



2 Editorial
5 Biedenkopf-Bericht aus der Direkten Aktion
7 Zusammenfassung des neuen Papiers von K.-H. Roth
26 Bemerkungen zum Thema "Finanzkapital"
34 Der Mob stürmt die Downing Street: Klassenkampf in Britannien
40 Bericht von der Randale in Bremen
44 Wörth lebt! Streik bei Mercedes
46 Arbeiten für Hollywood. Bericht aus der Filmindustrie
51 Städtebericht Potsdam
60 G.Caffentzis: Maschinen können keinen Wert schaffen
68 Anmerkungen zu G. Caffentzis und der sogenannten »Werttheorie«
79 Biedenkopf-Referat zu AntiFa
81 Rezension: Detlev Claussen, Was heißt Rassismus?
85 Buchhinweis: Weltmarkt, Migration und Rassismus
86 Einladung zu einem Kongreß in Turin über militante Untersuchung

Hallo, liebe Leute!

Die Redaktionsgruppe Berlin–Potsdam hat sich für zwei Tage im Grünen getroffen, um Funktion und Rolle des Zirkulars für uns zu diskutieren. Dabei sind wir zu folgenden Schwerpunkten gekommen, die vielleicht nicht neu sind, die wir aber nochmal konkret benennen wollen. Wichtig ist uns vor allem, daß mehr miteinander gestritten und die regionale und überregionale Organisierung vorangetrieben wird. Vier Ebenen erscheinen uns wichtig:

1. Die Diskussion anhand theoretischer Texte muß besser organisiert werden, d.h. die Texte sollten sich mehr aufeinander beziehen. Bisher scheint es so, daß sie bestenfalls konsumiert, durchgesehen und dann aufgehoben oder gar überhaupt nicht gelesen werden. Das Bedürfnis nach theoretischer Auseinandersetzung wird nicht so richtig deutlich und es ist auch noch viel zu unklar, worauf die Diskussion eigentlich hinaus soll.
2. Der Informationsaustausch soll noch intensiviert werden. Dazu gehören beispielsweise Berichte aus den einzelnen Städten und was dort abgeht, die Beschreibung und Einschätzung von Kämpfen, usw.
3. Wir brauchen eine Auseinandersetzung über praktische Organisierung in den einzelnen Städten, Regionen. Welche Gruppen gibt es, wo liegen die Schwerpunkte des Kampfes, was für Projekte und welche Fragen ergeben sich.
4. Bei der Auswertung und Vorbereitung überregionaler Treffen, Kongresse und Veranstaltungen kommen wir noch nicht so recht voran. Wir brauchen da noch mehr Ideen zu den Veranstaltungen und konkrete Vorschläge zur Realisierung der Debatte unter uns und darüber hinaus.

Wir in B/P wollen unsere regionale Zusammenarbeit effektiver gestalten. Auch hier sind bisher zu wenig gemeinsame Diskussion über Beiträge des Zirkulars gelaufen. Wir haben jetzt fest vor, als Redaktionsgruppe plus Umfeld nicht bloß alle vier Monate ein Zirkular zu füllen, sondern auch konkret mit den Texten arbeiten.

Aufgefallen ist uns am Treffen von Göttingen, daß dort die inhaltliche Diskussion zu formal blieb und auch im Nachhinein nicht kritisch erörtert wurde. Dies sollte auf jeden Fall in Bremen anders werden, d.h. die einzelnen Leute und Gruppen sollten sich bis zum nächsten Zirkular überlegen, welche Diskussionen dort wichtig sind, wie die Tagesordnung aussehen soll. Mit welchem Ziel wird dorthin eingeladen? Gut wäre natürlich auch, wenn alle Regionen und Redaktionen vertreten wären. Wir schlagen vor, erstens über ein Folgetreffen von Biedenkopf und dessen politische und inhaltliche Richtung zu reden, und zweitens über die Weiterarbeit mit dem Zirkular zu diskutieren. Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung wäre es unserer Meinung nach gut, wenn wir schon vorher einen Schwerpunkt bestimmen würden. (Macht Vorschläge!).

Jetzt noch ein paar Anmerkungen zu den Artikeln in dieser Nummer:

1. Spät, kurz, aber immerhin, jetzt haben wir's, das Biedenkopf–Referat zu AntiFa. Nochmal der Hinweis: schon in den Nummern 2 und 3 stehen Artikel zu dem Thema, und für die nächste ist auch schon was angekündigt (zur Antifa(M)). Wäre gut, wenn wir die Diskussion mal zuspitzen könnten.

Einige hier in Berlin haben die Vorbereitung von Materialien zu Rassismus übernommen. Dazu eine erste Buchrezension: Detlev Claussen, "Was ist Rassismus?" und ein Buchhinweis vom IZ3W: "Weltmarkt, Migration und Rassismus".
2. Wir haben schon in Göttingen die gemeinsame Diskussion über den neuen Karlo Roth-Text vorgeschlagen. Damit die breiter beginnen kann, gibt es hier eine Zusammenfassung und kritische Würdigung des Papiers. Jetzt seid ihr alle angesprochen, wenn es darum geht, da gemeinsam was weiter zu entwickeln. Wir sollten Karlos Versuch, hier ausgehend von einer Analyse der weltweiten Klassenlage zu einer Diskussion über die Möglichkeiten und Chancen von Revolution zu kommen, auch aufnehmen. Da ist die anschließende erste Antwort auf den Roth-Text, die Bemerkungen zum Thema "Finanzkapital", nur ein Anfang, zumal es dabei in erster Linie um eine methodische und begriffliche Kritik geht. Wir sollten uns noch genauer mit den politischen Vorschlägen (Untersuchung der Bewegungen weltweit, Bezug auf Tendenzen zum Kommunismus, Organisierung) auseinandersetzen.
3. Sowohl bei dem Text von George Caffentzis, "Maschinen können keinen Wert schaffen", als auch der Kritik, die noch genauer in die Diskussion einsteigt, geht es um eine Auseinandersetzung mit den VertreterInnen "linker" Theorie, die sich schon von der Klasse verabschiedet haben und dann jede Menge Unheil anrichten, weil sie von der anderen Seite der Barrikade aus kräftig die Ausbeutung mitorganisieren (oder drauf warten, daß sie mal so richtig ihre Ideen von der "gerechten Arbeit" oder grünen "Alternativprojekten" verwirklichen können). Die geistige Anstrengung bei dieser Auseinandersetzung mit "Werttheorie" lohnt sich, weil die Zusammenhänge von Klassenkampf und Arbeit deutlicher werden und so das Ziel wieder ins Blickfeld gerät und (be)greifbar wird: die Revolution, die uns jene "Linken" ausreden wollen.
4. Im Teil über konkrete Kämpfe geht es diesmal zunächst um die PotsdamerInnen, die jetzt als erste einen Bericht über ihre Stadt gemacht haben und deshalb etwas unsicher sind und auf Kritik und Anregungen, die auch für die anderen Städte wichtig wären, warten. Dann gibt es was ganz Aktuelles von einen Streik bei Mercedes in Wörth und einen Bericht über Möglichkeiten des Kampfes in prekären Bereichen am Beispiel der Filmindustrie in Berlin/Potsdam.
5. In London gab es eine Demo zum neuen Strafgesetz, mit dem erhebliche Verschärfungen auf der Insel durchgesetzt werden sollen. Der Bericht versucht, die Chancen für eine Zuspitzung im Klassenkampf in Britannien zu bewerten. In Zusammenhang mit Strafrechtsänderungen seien die PotsdamerInnen hier nochmal aufgefordert, was zum einwöchigen, absoluten Demoverbot in Brandenburg anläßlich des Heß-Geburtstags zu sagen (und was davon zu halten ist, wenn "Linke" solche Notstandsübungen beklatschen). In Bremen gab es Randale. Der Beitrag dazu schildert den Ablauf und Hintergründe.
6. Wir diskutieren den Kongreß (oder nicht?), andere machen einen: Einladung aus Turin zu einer Diskussion über "Militante Untersuchung".

Also, viel Spaß und ihr wißt ja: jetzt beginnt der heiße Herbst! (B., 26.8.94)

P.S.: **RUSSLAND**

1. Eigentlich waren für diese Nummer Thesen zum Klassenkampf in Rußland versprochen. Die gibt es auch schon, hätten das Zirkular aber auf 150 Seiten gebracht und bleiben draußen. Den Text zu kürzen, hätte viel Arbeit bedeutet und außerdem wären dann zu viele Infos rausgefallen. So haben wir einerseits noch etwas Zeit, um das besser auszuarbeiten und evtl. mit anderen Texten zu ergänzen, andererseits müssen wir entscheiden, was wir damit machen. Wir dachten eigentlich an eine Broschüre, die wir bis spätestens Mitte Oktober fertig hätten. Denkbar wäre auch eine Zirkular–Sondernummer. Meldet euch doch und macht Vorschläge dazu. Eine erste Version des Textes liegt so um den 10.9. in der Box und sollte dann schleunigst kritisiert werden! Wer nicht an der Box ist, aber trotzdem noch mitdiskutieren will, bevor wir es veröffentlichen, kriegt ihn zugeschickt.

2. Zum Vorschlag für die Rußland–Veranstaltung: Etwas irritiert hat wohl die gedachte Zweiteilung in Rußlandbericht und Diskussion über Kämpfe hier und die konkrete Situation in der Stadt. Entstanden ist dieses Konzept u.a. aus der Erfahrung mit den USA–Veranstaltungen, bei denen zum Teil gar keine Diskussion aufkommen konnte, weil die, die das Ereignis vor Ort organisiert hatten, manchmal gar nicht wußten, was sie da eigentlich wollten (außer Infos über Kämpfe bekommen). Wir hatten damals auch nicht mehr vorzuschlagen, als das, was wir schon seit Jahren erzählten: Bezug auf die Klasse weltweit, Klassenkampf, kein Sceneghetto, Organisierung im Betrieb und außerhalb usw. Aber wir wollten die Auseinandersetzung über die Situation hier, um unsere Orientierung zu verbessern, was die Kämpfe in der BRD, die neue Generation usw. anbetrifft, und um Diskussionen zusammenzuführen und neue Kontakte zu kriegen.

Der Vorschlag in der letzten Nummer war natürlich flexibel gedacht. Es macht nur begrenzt Sinn, wenn wir zwei Stunden über Rußland reden und dann alle nach Hause gehen, aber entscheidend bleibt, was die Leute vor Ort mit der Veranstaltung machen wollen. Sie sollen aber wirklich was damit wollen, sich (mit uns) vorbereiten, eigene Ziel formulieren und sich am Ablauf beteiligen – ob das dann eine Veranstaltung zu Krisenpolitik, AntiFa, prekärer Arbeit oder eben (nur) eine Diskussion über Rußland und unseren (internationalistischen) Bezug dazu wird.

Wir schlagen jetzt vor, daß die Leute, die Veranstaltungen machen wollen, dazu nochmal ausführlicher Stellung nehmen (was einige ja schon angekündigt haben) und dabei die Vorschläge aus der letzten Nummer genauer kritisieren. Briefe, Mails usw. nach Berlin.

Ciao!

KONTAKTE UND ABOS:

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848. **West**: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln / Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn. **Nord**: Zirkular, c/o St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen / Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Staße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen / Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg. **Süd**: Wildcat, VK Linkes Ufer 20–24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271 / Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg. **Abos**: Zirkular 1–11: 24 DM, Einzelexemplar 4 DM (Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.–Nr. 315 02–109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10). V.i.S.d.P.: P.Müller

Biedenkopf:

Bericht aus der Direkten Aktion

In der Nr. 105 vom Juli/August 1994 der zweimonatlich erscheinenden "Direkten Aktion" (Organ der Freie ArbeiterInnen Union - FAU) war ein Bericht von *Thersites* über das Treffen in Biedenkopf abgedruckt. Wir dokumentieren ihn hier als eine Reaktion auf das Treffen, wollen uns aber einige Bemerkungen nicht ersparen:

Wir hatten zu dem Treffen alle an gemeinsamer Diskussion und Praxis Interessierten eingeladen, nachdem wir von vielen Seiten gehört hatten, daß es Interesse an einem großen Treffen gäbe. Es war uns klar, daß da sehr verschiedene Leute zusammenkommen würden, und wir betrachteten das als etwas Positives, als Möglichkeit, verschiedene Fäden wieder zusammenbringen zu können, vertreten durch Menschen unterschiedlicher politischer Geschichte und mit verschiedenen politischen Positionen und Herangehensweisen. Deshalb hatten wir uns auch überlegt, daß es feste Arbeitsgruppen geben sollte, auf die sich größere Gruppen aus den Städten aufteilen sollten. Diese AGs sollten alle Themen parallel diskutieren, nicht jede Gruppe nur ein Thema. Das Ziel war nicht die größte Effektivität und Produktivität der Diskussion, sondern es ging uns darum, daß alle alles diskutieren und in den relativ kleinen AGs auch alle zu Wort kommen können, und es ging uns darum, daß die Leute und Gruppen aus den Städten sich untereinander kennenlernen. Es ging uns nicht darum, "unseren Verein" zu vergrößern, sondern wir erhofften uns, daß daraus etwas Neues in der politischen Landschaft entstehen könnte, an dem auch alle gleichberechtigt teilnehmen können.

Der Tenor von *Thersites'* Bericht klingt dagegen eher nach einer Art neutraler Beobachterhaltung (einige Bemerkungen zwischendrin verstehen sich wohl auch eher als Spitzen und Anspielungen an seinen Verein). Wir hätten es gut gefunden, wenn er den Bericht ans Zirkular (und vielleicht an den FAU-internen Rundbrief) geschickt hätte.

Abgesehen davon waren wir stillschweigend (okay, unser Fehler) davon ausgegangen, daß eine Diskussion wie in Biedenkopf erstmal unter den TeilnehmerInnen selbst im weitesten Sinne bleibt und nicht im nächsten Buchladen öffentlich erhältlich nachgelesen werden kann.

Zum Wegfall der AG "Neue Fabrik": Wir hatten 1991 und 1992 zwei europaweite Treffen organisiert, auf denen wir die Themen von der Klasse her gestellt hatten. Da ging es um die Klasse in der Fabrik, in den Dienstleistungssektoren und in der Migration. 1994 war es eine ganz andere Aufteilung, Krise und Sozialstaat statt Fabrik und Dienstleistung, statt Migration Faschismus und "Flüchtlinge", also viel mehr von der Warte des Kapitals her betrachtet. Das zeigt natürlich unsere eigenen

Probleme mit der Organisierung in und gegen die Fabrik (immerhin gab es ein kurzes Referat am ersten Tag, als *Thersites* noch nicht da sein konnte) und unsere Unsicherheiten angesichts des Ausbleibens von ernstzunehmenden Kämpfen. Zum anderen wollten wir auch den erwarteten TeilnehmerInnen entgegenkommen. Und als jemand vorschlug, die Zusammensetzung der AGs doch nach der jeweiligen Tätigkeit der TeilnehmerInnen oder ihrem spezifischen Interesse zu gestalten, also etwa: MetallarbeiterInnen diskutieren gemeinsam in einer Gruppe, aber eben auch über alle Themen wie die anderen auch, genauso DL-ArbeiterInnen usw., und natürlich muß sich diesem Schema niemand fügen, wurde der Vorschlag von den TeilnehmerInnen abgelehnt.

Zum Existenzgeld: Der Arbeitszwang wird natürlich auch für diejenigen größer, die dafür aufkommen müssen, aber vor allem auch für diejenigen, die es in Anspruch nehmen wollen/müssen/sollen. Durch das niedrige Niveau wird es nötig sein zuzuarbeiten, und das zu sehr niedrigen Löhnen, denn "Sie haben ja noch das Existenzgeld". Ganz abgesehen von gemeinnützigen Arbeitsmaßnahmen...

Das Treffen war unserer Ansicht nach zum Glück nicht nur ein Labertreffen, sondern es haben sich einige organisatorische Ansätze der Vernetzung von Diskussion und hoffentlich auch verstärkt von eingreifender überregionaler Praxis ergeben. Und das Zirkular, das sollten ruhig noch mehr Leute wissen, also sagt es auch weiter, kann abonniert werden. Nur sollten die Leute sich nicht als BeobachterInnen verstehen, sondern als TeilnehmerInnen an einem gemeinsamen Prozeß, zu dem auch alle etwas beitragen.

Zusammenfassung des neuen Diskussionspapiers von K.-H. Roth

(Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektive der Linken. Schwächen und Stärken eines überfälligen Diskussionsvorschlags)

Nachdem Karlo uns eine Diskette mit seinem (fast fertigen) Essay aufs Treffen in Biedenkopf geschickt hatte, ging der Text sehr schnell in den Städten rum und wurde in den Gruppen diskutiert. Die FreiburgerInnen sind extra ein langes Wochenende auf eine Hütte gefahren, wir in Berlin haben inzwischen vier Anläufe gemacht, ihn gemeinsam zu diskutieren. Dabei hatten wir hauptsächlich ein Problem: Obwohl der Text im wesentlichen eine Leseanleitung und das Programm zu einer politischen Untersuchungsarbeit ist, erschlägt er durch seine Materialfülle, seinen schieren Umfang – und durch seine beinahe unkontrollierte Flut von Fremdwörtern. Immer wieder haben wir uns getroffen, um ihn zu diskutieren und viele hatten ihn nicht fertig gelesen, weil sie unterwegs steckengeblieben waren, nicht mehr den Sinn sahen, sich durch solche Berge von Fremdwörtern zu wühlen usw. Die "Freiburger Lösung", uns nämlich den Text Satz für Satz gemeinsam vorzulesen, schlossen wir für uns aus, da es bei der Länge einen ungeheuren Zeitaufwand bedeutet hätte – um dann letztlich festzustellen, daß die Arbeit jetzt erst los geht.

Der Text hat aber schon deshalb eine große politische Bedeutung, weil Karlo ausgehend von einer Analyse der weltweiten Klassenlage einen materialistisch begründeten Revolutionsvorschlag zu machen versucht: 'Die von mir vorgeschlagene politische Homogenisierung ist das zwingende Ergebnis der materiellen Vereinheitlichung.' Die Tendenz zum Kommunismus in den realen weltweiten Bewegungen zu suchen, ist nicht nur mutig angesichts des desolaten Zustands der aktuellen Restlinken (Entpolitisierung, Abdriften in die PDS, Identitätspolitik), sondern diese politische Anstrengung zur Synthese ist auch absolut angesagt. Ob Karlo nun diesen Anspruch auch schon einlösen kann, oder ob es einer aufmerksamen Kritik, kollektiver Diskussion und gemeinsamer Weiterarbeit bedarf, ist dann eine andere Frage.

Damit die Auseinandersetzung aber eine gemeinsame werden kann und nicht wieder von wenigen Spezialisten geführt wird, brauchten wir erst einen Zugang zum Text. Dazu haben wir uns auf eine Methode besonnen, die wir vor Jahren mit der Karlsruher Stadtzeitung schon immer gemacht hatten: lange Texte aus der Autonomie zusammenfassen und auf Deutsch übersetzen. Im folgenden habe ich das in einem ersten Schritt versucht. Dabei geht die Zusammenfassung sehr dicht am Text entlang (manchmal auf Kosten des "Übersetzungseffekts"), Zitate habe ich deshalb nicht extra gekennzeichnet. »...« bedeutet deshalb, daß ich etwas nicht verstehe oder deutlich drauf hinweisen möchte, daß diese Stelle diskutiert werden muß. Erst ansatzweise habe ich angefangen, politische Thesen als solche deutlich zu machen (denn der Text hat eine Schwäche darin, daß er politische Thesen oft als Tatsachenbehauptungen formuliert; das schafft manchmal ein Durcheinander, das die drinsteckende politische Sprengkraft verschüttet).

In einem zweiten Schritt wollen wir dann im nächsten Zirkular mit der eigentlichen Debatte

des Textes beginnen (da von allen Seiten Kritik an Karlos politischem Begriff des Finanzkapitals geübt wurde, hat Bernhard diesmal schon einige *allgemeine* Anmerkungen dazu geschrieben – auch dies soll eine Aufforderung zur weiteren Diskussion sein).
Manche Begriffe werden unhistorisch/unkritisch einfach übernommen. Bei seinem Bemühen, den historisch belasteten Begriff "Zwangsarbeit" nicht zu verwenden, verwendet Karlo zum Beispiel stattdessen "workfare". Die Schaffung von "effektiver Nachfrage" war aber auch im historischen Keynesianismus immer Schaffen von Beschäftigung (Arbeitsprogramme von Roosevelt, der Nazis usw.). Das sieht Karlo auch richtig: »Um dies zu bewerkstelligen, hielten die KeynesianerInnen dabei keineswegs nur die allseits bekannte Mobilisierung von Nachfrage bzw. von Beschäftigung via staatlicher Budgetdefizite und deren anschließende Refinanzierung durch die Besteuerung der neu entstandenen Einkommen für erforderlich.« – Das *aktuelle* "workfare"–Anliegen der KeynesianerInnen kritisiert er aber ahistorisch .... z.B. »Die neuen Qualitäten von Pauperismus, *workfare*, *flexiwork*, geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, *self employment* und zunehmend "verflüssigten" aktiven Arbeiterarmeen ...« Dies halte ich insofern für einen wesentlichen Schwachpunkt des Papiers, weil er im historischen Rückblick den KeynesianerInnen zu viel Ehre angedeihen läßt – und konsequenterweise die uns heute drohenden Arbeitsregimes nicht genau genug auf den Begriff bringt: »workfare« kommt sozusagen "von links", es ist die Erweiterung des Sozialstaats um das Recht (und mithin die Pflicht) auf Arbeit! Auch deshalb müssen wir Karlos roten Analysefaden von der "industriellen Reservearmee" nochmal ganz genau diskutieren – funktionieren die vielen Millionen Arbeitslosen und "Unterbeschäftigten" tatsächlich als industrielle Reservearmee, oder liegt – wie er an manchen Stellen selbst schreibt – nicht eine ganz neue Art von Arbeitslosigkeit vor, die einerseits witgehend aus der Flucht vor der Arbeit entsteht, andererseits vollständig in die Wertschöpfung integriert ist. Kommen wir hier mit dem Begriff "industrielle Reservearmee" klar oder laufen wir nicht ins Messer der spätkeynesianischen "workfare"–Konzepte?

Aufgrund der bisherigen Diskussionen möchte ich eine provisorische Diskussionsanleitung durch Gliederung in Arbeitsbereiche vorschlagen, die so aussehen könnte: Finanzkapital – Keynesianismus – Rassismus – Klassenzusammensetzung und Kämpfe. Wobei Finanzkapital heißen soll, daß wir diesen Begriff kritisch überwinden, indem wir die (weltweiten) Umstrukturierungsbemühungen und Verwertungsprobleme des Kapitals analysieren (ein erster Beitrag, allerdings rein auf methodischer, unhistorischer Ebene dazu in diesem Zirkular). Keynesianismus steht für die erneute Beschäftigung mit der Geschichte des Sozialstaats und der politischen Interpretation des Keynesianismus vom Klassenstandpunkt aus (siehe Beiträge in Biedenkopf, teilweise nachgedruckt in Zirkular 5 und 6). Rassismus bedeutet einerseits Auseinandersetzung mit der inneren Hierarchisierung der Klasse, andererseits Kritik des bürgerlichen Anti–Rassismus (siehe Rezension in diesem Zirkular). Klassenzusammensetzung und Kämpfe hieße, die Roth'schen Hypothesen mit Leben zu füllen; es gibt erstens viel mehr Material aus den Kämpfen der letzten Jahre selbst als es ihm wohl bei der Niederschrift bekannt war oder zur Verfügung stand, und zweitens wäre das von ihm am Ende formulierte Untersuchungsprojekt tatkräftig anzupacken.

So, nach dieser langen Vorrede soll's nun losgehen:

Das Papier geht von einigen expliziten und impliziten Voraussetzungen aus, die ich zunächst zusammenfassen will, weil sie für die politischen und praktischen Konsequenzen am Ende wesentlich sind:

* Um die dringend notwendige Debatte über linke Handlungsperspektiven zu führen, müssen wir unsere Analyse zu allererst auf die Umstrukturierung in den Arbeitsverhältnissen und mithin die Klassenbeziehungen konzentrieren; (das findet sich anders ausgedrückt auch so: wir müssen uns »des Vorrangs der "sozialen Frage" ... vergewissern und eine neue strategisch-politische Initiative ... starten, die ausgehend von allen Segmenten des neuen Proletariats glaubwürdige Perspektiven einer sozialrevolutionären Klassenpolitik aufzeig[t].« – Einleitung)
* Deshalb hat die Debatte mit großen Teilen der aktuellen Linken zu den von ihnen vorgegebenen Themen keinen praktischen Sinn, wir brauchen erstmal ne Analyse der Klassensituation, um dann offensiv in die linke Debatte einzugreifen.
* Die weitgehend zerfallenen Strukturen linker Politik können nicht reaktiviert werden; es geht stattdessen um ein neues Verhältnis der linken Reste zur neuen Klassenzusammensetzung.
* Vorausgesetzt wird auch das internationale Finanzkapital (was anderes sind die »monetär-fiskalpolitische[n] Hebel«, mit denen die Produktionsstruktur der DDR zerstört wurde – hier wird die Finanzpolitik als Mittel und nicht als Subjekt begriffen!)

Einleitung

Zusammenfassung seines Papiers von 1993 und der Reaktionen darauf
Die weltweite epochale Umwälzung (Kombination von Zerstörung des keynesianischen Vollbeschäftigungssystems mit neuen Formen der Kapitakkumulation) erreicht nun mit zeitlicher Verspätung und nach zehnjähriger Vorbereitung die BRD. Die durch die Wiedervereinigung und mittels monetär-fiskalischer Hebel (unbeabsichtigt?) ausgelöste wirtschaftspolitische Katastrophe in der DDR destabilisiert den bundesdeutschen Staatshaushalt und die D-Mark. Um diese Prozesse in Grenzen halten zu können, sind die sozialen Transferleistungen massiv eingeschränkt worden. Parallel dazu profiliert sich ein neuartiges Bündnis zwischen administrativem Rassismus und einem spezifischen "Rassismus von unten".
Da die gesamte Linke sowohl von diesen Umwälzungen betroffen als auch in ihren strategischen Optionen insgesamt gescheitert ist, bietet sich eine historisch einmalige Chance, einen klassenanalytisch fundierten Neuanfang zu versuchen, besonders vor dem Hintergrund eines weltweiten re-making des Proletariats. Lokal tätige und global vernetzte "proletarische Zirkel" könnten deshalb die Suche nach homogenisierenden Kampfformen aufnehmen.
Die schriftlichen Reaktionen auf diese Hypothesen waren überwiegend ablehnend. Tatsächlich muß die generelle Hinwendung zur Restlinken differenzierter angegangen werden, nicht einmal die verschiedenen Basisinitiativen homogenisieren sich von selbst. Es sind also neue politische Denkmodelle und Strukturen notwendig, um diese Initiativen zu vermitteln. Das Verhältnis von revolutionärer Intelligenz und Proletariat muß als herrschaftsfreie Zusam-

menarbeit neu definiert werden.

Grundsätzliches über den Wandel des kapitalistischen Weltsystems in den letzten 20 Jahren
Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre hatten Arbeiterkämpfe und Sozialrevolten den Kapitalismus in allen seinen Spielarten weltweit in eine Systemkrise gestürzt, die Kämpfe produzierten die Krise. In dieser Krise wurde auch sichtbar, daß der Kapitalismus zum erstenmal in seiner Geschichte wirklich den Globus zu umspannen begann: Warenkapitalien und "konsumistische Verhaltensweisen" hatten die letzten Winkel erreicht. Im nächsten Zug führte massiver Kapitalexport zur Ausdehnung der transnationalen Unternehmen, nun wurden auch die Entwicklungsländer teilweise an das Akkumulationsmodell angeschlossen. »Vor allem aber die Finanzsphäre hatte internationale Bedeutung erlangt, neue Geldmärkte außerhalb der damaligen monetären Kontrollsysteme eröffnet und die "Emanzipation" der Zinssätze von den fallenden Profitraten erzwungen.« Von hier aus begann der kapitalistische Gegenangriff: Aufkündigung der Dollar–Gold–Parität und Ölkrise machten deutlich, daß das gesamte Modell von Kapitalakkumulation und sozialer Integration zur Disposition stand. Die gewaltsamen Strukturbrüche einerseits in Chile ("Deregulierung") andererseits in Südkorea ("bloody taylorism") wurden zu Eckpfeilern der neuen Globalstrategie zur Konsolidierung der Ausbeutungsraten. Nur in einer ersten Phase wurden diese Strukturbrüche polizeilich–militärisch durchgesetzt, danach gewannen die Instrumente des "stummen ökonomischen Zwangs" und Demokratisierung den Vorrang. »Voraussetzung dafür war, daß sich die Finanzmärkte als universelle Konzentrationspunkte des Geldkapitals und als mobilste Kapitalform gegenüber dem realen Kapital zunehmend verselbständigten und die gefallenen Profitraten an allen Punkten des Erdballs unter Druck setzten. Eine nie dagewesene "Innovation" der Finanzmärkte setzte ein und homogenisierte den Krisenzyklus. In ihrem Gefolge konnte sich international eine deflationäre Tendenz zum Ausgleich der Zinsraten auf hohem Niveau durchsetzen. Aufgrund seiner Herrschaft über die frei zugänglich gewordenen Währungen und Devisenmärkte beraubte dieses Zinsdiktat die nationalen Zentralbanken ihrer "Zinssouveränität", erhob es die Budgetrestriktion zur allgemeinen Norm und entkleidete es die Kapital– und Arbeitsmärkte zunehmend ihrer keynesianischen Vermittlungen.« Die Arbeits– und Kapitaleinkommen verwandelten sich in abhängige Variablen des internationalen Hochzinsregimes. Investitionen wurden nur noch getätigt, wenn die erwarteten Profitraten sich mindestens an die Zinssätze annäherten, dies war aber nur noch mit verschärftem Arbeitstempo, verlängerten Arbeitszeiten und sinkenden Löhnen zu erreichen und wenn zusätzlich Masseneinkommen über den Sozialstaat zugunsten gesteigerter Durchschnittsprofitraten umverteilt wurden. »Auf diese Weise erzeugte die relative Verselbständigung des Finanzkapitals von den Realinvestitionen und den nationalstaatlichen Regulierungssystemen eine sich ständig vertiefende Kluft zwischen mikroökonomisch optimierter produktiver Kapitalverwertung und kaufkräftiger Nachfrage, die auf der makroökonomischen Ebene entsprechend fortlaufend beschnitten wurde.« Die führenden Denkschulen sowie die internationalen Regulierungszentren des vergangenen Zyklus (IWF, Weltbank, OECD, EG) haben sich inzwischen weitgehend unter die Fittiche der Geldvermögensbesitzer, der Großbanken und der von diesen beherrschten Finanzmärkte begeben (Keynes: Die Unternehmungslust ist die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation. "Casino–Kapitalismus") Dann kommt eine Darstellung des historischen Keynesianismus, um vor diesem Hintergrund

deutlicher machen zu können, »welche Qualitäten es waren, die die entfesselten Finanzmärkte im Anschluß an die Eindämmung der Sozialrevolten der sechziger und siebziger Jahre offensichtlich unwiderruflich zerstört haben.« Diese Teile finde ich sehr schwer zusammenzufassen, auch weil Karlo hier in Widerspruch zu einigen seiner Prämissen gerät. Meiner Ansicht nach geht er in der erklärten Absicht, den Protagonisten des historischen Keynesianismus »aus der Rückschau auf die Ergebnisse allein schon aus Gründen der analytischen Genauigkeit gerecht [zu] werden« ein paar Schritte zu weit, indem er z.B. darauf abhebt, daß der keynesianische Ansatz »weder im Interesse der Finanziers noch der Großunternehmer« lag, weil er sie tendenziell der industriellen Reservearmee beraubte, und wenn er zustimmend den Linkskeynesianer Kalecki zitiert, der »1944 scharfsinnig bemerkte«: »Das Prinzip "im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" war ihnen [den Finanziers und Großunternehmern] wichtiger als eine durch den "synthetischen Boom" zugesicherte stabile Profiterwartung«. Am Widerstand dieser Kreise sei mithin die volle Umsetzung des keynesianischen Programms gescheitert, die Investitionen wurden nicht sozialisiert, sondern als Globalsteuerung »verwässert«, die unteren Schichten der Arbeiterklasse (Frauen und Fremdarbeiter) wurden nicht in den Deal aufgenommen, »vor allem aber wurde das keynesianischen Regulierungssystem nur auf nationalstaatlicher Ebene verwirklicht«. So entsteht ein Bild von dämonischen Großunternehmern/Finanziers und wohlmeinenden KeynesianerInnen, die sich aber nicht ganz duchsetzen können. Der Keynesianismus wird nicht begriffen als zu der Zeit fortgeschrittenstes kapitalistisches Ausbeutungsmodell. Die Großunternehmer/Finanziers haben die ganze Zeit nur darauf gewartet, den Keynesianismus abräumen zu können, damit sie wieder eine industrielle Reservearmee kriegen. Sie nutzen deshalb die Niederwerfung der Arbeiterrevolten, um die keynesianischen Regulierungsmechanismen zu zerstören. Erst dadurch wird die »zyklische Anpassungskrise der 70er und 80er Jahre zu einer Systemkrise des Akkumulationsregimes« – hier argumentiert er im Widerspruch zum Anfang des Kapitels; hatte er dort hervorgehoben, daß die Arbeiterkämpfe eine »Systemkrise« verursacht haben, ist es jetzt explizit das Kapital, das den »Automatismus des Übergangs zu einer neuen Aufstiegsphase aufgelöst« hat, mit dem »Finanzkapital als Hauptakteur«.

Der Nationalstaat ist »zu einer subalternen Funktion des globalisierten Akkumulationstyps degeneriert«, staatliche Standortpolitik wird »zu einer nachgeordneten Variablen in der durch das Weltkapital diktierten Neubestimmung von Profitraten, Lohneinkommen und sozialpolitischen Transferzahlungen«. »Hier liegt die ökonomische Wurzel der um sich greifenden Krise des Nationalstaats«. Die herrschenden Eliten, die zu abhängigen Intermediären des globalen Kapitals geworden sind, gleichen ihren Machtverlust durch Standortnationalismus, Grenzsperren gegen MigrantInnen und durch Abwälzen der Krisenfolgen auf stigmatisierte Minderheiten aus. Auch in den supranationalen Zusammenschlüssen (EU, Nafta) setzen »politische Wasserträger des internationalen Finanzkapitals« weltmarktkonforme Entscheidungen durch.

Widersprüchlich finde ich, daß er im Resümee am Ende des Kapitels von einem sich »weltweit transformierenden Akkumulations[!]regime« spricht, nachdem er so deutlich die Vorherrschaft des staatenlosen Finanzkapitals herausgearbeitet hatte. Einem zweiten Resümee ist sicher zuzustimmen: »Weltweit ist die Ära der "nationalen Befreiungsbewegungen" und des nationalstaatlich verfaßten Arbeiterreformismus beendet. Das *re-making* von Proletariat

und sozialistischer Politik kann nur noch auf internationaler Ebene und in einem internationalistischen Selbstverständnis sttattfinden.«

Die "relative Übervölkerung" als Voraussetzung des neuen Akkumulationsregimes

Zusammenfassung des 23. Kapitels von Kapital Bd. 1: im kapitalistischen Wachstumsprozeß nimmt die Zunahme der in variables Kapital verwandelten lebendigen Arbeit ab [?? Arbeitskraft?]. Aus einer relativ kleiner werdenden Arbeiterzahl wird ein wachsendes Arbeitsquantum herausgepreßt, so daß noch mehr Leute arbeitslos werden. Diese Konstellation hält im Zusammenhang mit anderen Faktoren den tendenziellen Fall der Profitrate auf.
Was Marx für die Expansionsphase des britischen Kapitalismus untersuchte, ereignet sich heute auf Weltebene, weltweit sind 120 Millionen Menschen arbeitslos und 200 Millionen Kinder werden in zumeist unfreien Arbeitsverhältnissen ausgebeutet, 150 Millionen befinden sich auf Wanderschaft, 500 Millionen vegetieren unterhalb der Armutsgrenze, 700 Millionen arbeiten in prekären Schwitzbudenverhältnissen. Diese relative Übervölkerung bildet den Resonanzboden für den Angriff auf die schrumpfende aktive Arbeiterarmee und für die Durchsetzung neuer Arbeitsbedingungen. Diese völlig neuartigen Zusammenhänge zwischen industrieller Reservearmee und Akkumulationsregime seien empirisch zu sichten und auf den Begriff zu bringen (im folgenden Skizzen):
– *Agrarindustrialisierung in den drei Kontinenten*. Die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft der drei Kontinente begann schon in den 60er Jahren, sie hat sich seither fortlaufend verstärkt (das extremste Beispiel ist China). Die klein– und kleinstbäuerlichen Familien stehen heute dem sich ausweitenden agrarkapitalitischen Sektor und der Primärproduktion der *industrial plantations* zunehmend als Tagelöhner, Saisonarbeiter oder Migranten zur Verfügung. Neben dieser Entwicklung in den ländlichen Gebieten sind zusätzlich mehr als 150 Millionen Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten in die Städte gewandert und leben dort hauptsächlich als *squatters* und sind in arbeitsintensiven Mikrounternehmen einer neuartigen Überausbeutung ausgeliefert, die in weit verzweigtem Zusammenhang mit den weltwirtschaftlichen Ausbeutungsketten steht. Im Vergleich zu diesen Bedingungen wirken die viel stärker diskutierten Export–produktionszonen wie Randerscheinungen. Die mexikanischen Maquiladores sind ein Beispiel dafür, wie Mechanismen extensiver Überausbeutung auf eine jugendliche Arbeiterklasse übertragen und zur intensiven Steigerung der Mehrwertraten eingesetzt werden. Während sich in Lateinamerika dieser Zusammenhang von struktureller Unterbeschäftigung und "Verflüssigung" der aktiven Arbeiterarmee nur in den privatisierten Segmenten des früheren Staatssektors und den neuen Exportgürteln durchsetzte, wurde sie in den Entwicklungsdiktaturen Südostasiens zur Norm. Über die Hälfte der Vor–Fertigungen wurde hier an Subunternehmer, Schwitzbuden und Hausgewerbetreibende ausgelagert. Diese südostasiatische Methode der Übertragung von unterbeschäftigten Ausbeutungsstrukturen auf flexibel dezentralisierte Netze der unterschiedlichsten Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit wurde Ende der 80er Jahre von der neu entstandenen Arbeiterklasse erstmals strategisch herausgefordert.
– *Am Beispiel der USA* läßt sich zeigen, wie vielschichtig dieser Prozeß war. Neben dem

massiven Angriff gegen Hochburgen der Arbeitermacht und Verlagerung ganzer Industriezweige in den gewerkschaftsfreien Süden spielte vor allem die systematische Umwandlung der sozialen Wohlfahrtsprogramme eine Rolle bei der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Das "Beschäftigungswunder" der Reagan-Ära wurde durch Zweit- und Drittjobs der ArbeiterInnen erreicht, die in solche Schwitzbuden- und McDonald-Jobs durch einen dramatischen Verfall der Reallöhne gezwungen wurden. Heute zeigt sich, daß »diese Variante des Gebrauchs der relativen Übervölkerung zur Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes den Entwicklungen in den anderen Ländern des entwickelten Kapitalismus immer stärker den Takt vorgibt.« (England, Frankreich, BRD)

- *Das japanische Modell wird dysfunktional*, weil sich die jungen ArbeiterInnen diesem Modell verweigern und die alten nicht genügend flexibilisiert werden können. Deshalb werden auch in Japan die Arbeitsmärkte geöffnet und die flexibel hierarchisierte industrielle Reservearmee als Hebel zur Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes eingesetzt.

Postsozialistische Sphäre: massenhafte Freisetzung von ArbeiterInnen, die nur zu einem geringen Teil in den freien Produktionszonen Arbeit finden; massenhafte Verarmung; aufblühender "informeller Sektor".

Zusammengefaßt bieten also die Marx´schen Begriffe (Beziehung zwischen Kapitalakkumulation und industrieller Reservearmee) durchaus eine analytische Annäherung an die heutige Realität. Von diesen Prozessen werden zunehmend auch die hochqualifizierten Arbeiterschichten betroffen. Desweiteren kommt es in diesem Prozeß zu einer generationen- und geschlechtshierarchischen Neuzusammensetzung der Arbeitskraft. Der Anteil von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nimmt weltweit zu, »Frauen ... gelten auf allen Stationen der Mehrwertkette als entscheidender Hebel zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse schlechthin«. [ein schlagendes Beispiel dafür, wie er dialektische Kampfbeziehungen monokausal erklärt und die Klasse zum Opfer macht!]. Zweitens nehmen Formen unfreier Arbeitsverhältnisse zu (Zwangsarbeit, Knastarbeit ...). Drittens findet eine desalarisation von Arbeit statt (Selbständige), diese Ausbeutungsformen sind nicht mehr wie im vergangenen Jahrhundert Konjukturpuffer (und ihre Träger Puffer gegen die drohende Arbeiterrevolution) sondern ein wesentlicher und dauerhafter Bestandteil des neugeordneten Akkumulationsregimes.

Die Marxsche Analyse des Zusammenhangs zwischen Akkumulation und industrieller Reservearmee muß gleichwohl erweitert werden, denn die verschiedenen Teile der relativen Übervölkerung wirken heute nicht mehr nur von "außen", sondern auch von "innen" verflüssigend auf die Arbeiterkerne ein, denn sie sind selbst integraler Bestandteil eines vielschichtigen Ausbeutungsverhältnisses. Bereits die Sphäre des Pauperismus ist im "informellen Sektor" die unterste Stufe der Mehrwertproduktion. Und noch stärker trifft dies auf die Sphäre der Unterbeschäftigung zu. Die Hauptfunktion der relativen Übervölkerung ist also nicht mehr allein die Zähmung der zentralen Arbeiterklasse von außen her, sondern zusätzlich die Ausdehnung und Generalisierung der Ausbeutung bis hinunter zum prekären selbständigen Arbeiter und zur letzten Schwitzbude.

Der Schluß dieses Kapitels ist so gedrängt, daß ich ihn zitiere:

»Gleichzeitig versucht das Kapital, sich die seit den Revolten der 60er/70er Jahre veränderten proletarischen Verhaltensweisen und Alternativvorstellungen der Arbeit gegenüber anzueignen. [diese »Alternativvorstellungen« werden hier zum ersten Mal erwähnt!] Deshalb

experimentiert es mehr als je zuvor mit beschleunigten Generationswechseln, mit flexiblen Arbeitszeiten, mit der Ausnutzung von *sex and gender*, mit der *decommodification* der Arbeitskraft, mit unfreien Arbeitsformen, mit der Entkollektivierung der Lohnverhältnisse und mit verdeckten oder völlig aufgehobenen Lohnbeziehungen. Bei dieser Tendenz zur *kapitalistischen* Entmystifikation des Lohnverhältnisses kommt es jedoch keineswegs zur Erosion oder gar Aufhebung des historisch so konfliktreichen Transformationsprozesses von lebendiger Arbeit in variables Kapital, sondern nur zur Individualisierung und zu anderen Verschleierungstechniken der Unterwerfung, um die Mehrwertrate allseits wie gefahrlos maximieren zu können. Im Gegenzug scheint die Zeit reif, die ausschießlich auf die großindustriellen, männerdominierten und doppelt freien Arbeitsverhältnisse fixierte marxistische Klassenkampftheorie endgültig *ad acta* zu legen. Wir sollten die neuartigen Beziehungen zwischen alternativen Arbeiterbedürfnissen und gewandelten kapitalistischen Subsumtionsstrategien auf den Begriff bringen, wie es die Begriffspaare freie – unfreie, unselbständige – selbständige, entlohnte – nichtentlohnte und generationen – geschlechtsspezifisch hierarchisierte Ausbeutungsverhältnisse andeutungsweise zum Ausdruck bringen. Ein aktualisiertes und methodisch erweitertes Verständnis des Klassenantagonismus ist erforderlich, das alle Komponenten der seit den 70er Jahren gewandelten und zugleich so vielfältig ausdifferenzierten Ausbeutungsstrukturen umfaßt.... Denn nur, wenn die neuen klasseninternen Entwicklungen in ihrer Tragweite erkannt sind, kann aus der massenhaften Negation des sich weltweit durchsetzenden Akkumulationsregimes überhaupt wieder eine konkrete Utopie entstehen, die die Verhältnisse zum Tanzen bringt.«

Postfordismus – Toyotismus – industrial reengineering. Zur Reorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses in den letzten 20 Jahren

Seit Anfang der 70er Jahre hat das Kapital die »unterschiedlichsten Prinzipien« ausprobiert, um die »durch die Liquiditätspräferenz der Geldvermögensbesitzer eingeforderte Rehabilitation der Profitrate durchzusetzen«. Allerdings wird immer noch auf der Ebene des *shop floor* darüber entschieden, ob ein neuer Zyklus der dreifachen technischen, arbeitsorganisatorischen und wertbestimmten Unterwerfung der Arbeiterklasse durchgesetzt werden kann. Die technologischen Veränderungen des Arbeistprozesses in den 70er Jahren können nicht einseitig als "technologischer Angriff" verstanden werden, sondern entsprachen oft Arbeiterforderungen nach maschinellem Ersatz für schweißtreibende Maloche. Anfang der 80er Jahre veränderte sich aber die Gangart: das sozialpartnerschaftliche Automationskonzept stieß an seine (Hochzins–) Grenzen: die Arbeitsproduktivität war langsamer als die organische Zusammensetzung gestiegen. Die zweite Angriffswelle setzte auf flexible Automatisierung, CNC und CIM – wobei gewerkschaftliche Forderungen auf eine allgemeine Reprofessionalisierung nun zurückgewiesen wurden. Aber auch in dieser zweiten Phase blieb der Rentabilitätssprung aus. In einem zähen Kleinkrieg konnten die großindustriellen Belegschaften die neuen Bedingungen für sich nutzen oder umdrehen; die linken Horrorvisionen einer auf die Spitze getriebenen "technologischen Gewalt" bewahrheiteten sich nicht.
Aus dem Scheitern dieser "technologischen Angriffe" erwuchs das Interesse des Kapitals für

das italienische Modell der Dezentralisierung (Piore/Sabel): "flexible Spezialisierung", "die Innovation kommt aus den Kleinunternehmen". Real geriet dieses Modell sehr schnell in die Krise: die Kleinunternehmen differenzierten sich schnell aus in Firmen vom Typ und der Größe Benettons und selbständige ArbeiterInnen mit massiv verlängerten Arbeitszeiten und ohne Garantien. Daraus entstand ein Gemisch aus informellem Sektor und Schwitzbudensphäre (ImmigrantInnen-Arbeit) als allgemeiner Grundlage des neuen Akkumulationsregimes.
Diese Entwicklung ließ aber die Frage unbeantwortet, was mit den industriellen Zentren geschehen solle. Hier folgte auf die Modesaison des Postfordismus die Propagierung des "japanischen Modells". Dieser "Toyotismus" ist eine Synthese von nazistischen Teechniken zur Einfriedung einer entgewerkschaftlichten Arbeiterklasse mit den englisch-amerikanischen personnel management - bzw. company union - Strategien der 20er Jahre, die um die zero-defect-Qualitätskampagnen der US-amerikanischen Raketenindustrie bereichert wurden.
Beschreibung des japanischen Modells: blutige Zerschlagung der Gewerkschaften; sehr niedrige Basislöhne und individuelle Gratifikationen; Betriebsbindung durch Sozialleistungen; stark hierarchisch geschichtete Belegschaften; Bedeutung des Zulieferersystems bis runter zu Hausgewerbeeinheiten. Vor diesem Hintergrund starteten die japanischen Unternehmer Mitte der 60er Jahre ein Programm zur zusätzlichen inneren Einfriedung: die quality circles. Durch kanban führte Ohno schließlich ein Steuerungssystem ein, das den Produktionsprozeß sehr transparent machte und eine starke Arbeitsverdichtung ermöglichte (management by stress).
Risse im Modell: der Streß verschliß die Belegschaften, die neuen Arbeitergenerationen verweigern sich dem Terror, außerdem führt just-in-time zum Verkehrsinfarkt. Der Export des japanischen Modells blieb in Südkorea ("vor der Haustür") in den Arbeiterkämpfen 1987/88 stecken. Der entscheidende Test waren aber die Transplants in Nordamerika und Europa. Die nötigen Startbedingungen fand das Dutzend Transplants nur da, wo hohe Arbeitslosigkeit die komplette Neuzusammensetzung der ArbeiterInnen ermöglichte. Da auf wesentliche Elemente der japanischen "Einfriedung" verzichtet werden mußte, stand bei den Transplants die Arbeitsorganisation sehr viel stärker im Zentrum. Aber bereits in der ersten Phase ließen sich die ganzen Maßnahmen nur durch wiederholte Drohungen mit der Werksschließung durchsetzen. Dennoch bildeten sich in den meisten Transplants inzwischen gewerkschaftsoppositionelle Basisströmungen. Der Durchbruch blieb also aus.
Das japanische Modell dient seit Mitte der 80er Jahre eher als Steinbruch von Konzepten, aus dem die westlichen Konzerne die Sachen entnehmen, die Flexibilisierung und Produktivitätssteigerungen versprechen (Gruppenarbeit, Befristungen, Dezentralisierung). Dabei entstehen sternförmige Netzwerkunternehmen mit vertikal und horizontal neu hierarchisierten Ausbeutungsbedingungen. Von der bisherigen Konzernstruktur bleibt nur noch das Spitzenmanagement als planender Kopf und *profit center* übrig und fest angestellt, somit würde die Arbeiterklasse bis hin zu den höchsten Qualifikationsstufen in den Status des "stockenden" Bestandteils der industriellen Reservearmee übergehen. Die Produktionsweise wäre mit der Hollywood-Methode identisch und hatte sich dem Geld als der beweglichsten Kapitalform maximal angenähert.

Zur Entwicklung der Klassenverhältnisse in Deutschland seit dem Sommer 1993

Deutschland – West: die Deregulierungsdampfwalze

Für die Situation in der BRD ist die Betriebsvereinbarung Daimler/Wörth ff. exemplarisch: mit der Drohung, Standorte ins Ausland zu verlagern, haben die Unternehmer verlängerte Maschinenlaufzeiten, Intensivierung der Arbeit, flexibilisierte Arbeitszeiten, Lohnsenkungen durchgesetzt. Gruppenarbeit wird allgemein als pufferlose Streßarbeit durchgesetzt. Die *profit-center* orientierte Umstrukturierung hat inzwischen auch den Öffentlichen Dienst erreicht und wird dort in einer rigorosen Kombination von Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung durchgesetzt.

Teilweise unter Druck, teilweise in bewußtem Doppelspiel haben sich die Gewerkschaften an der Zerstörung der Flächtentarifverträge der keynesianischen Epoche beteiligt – ein Stück weit ist die IG Medien eine Ausnahme. Es blieb allerdings bei einer Erosion und kam nicht zum offenen Bruch, um den nach den Massenentlassungen 92/93 einsetzenden Produktivitätssprung nicht sozial zu gefährden. Die Streiks der Druckerarbeiter und der PostarbeiterInnen zeigen, daß die Untergangskrise der institutionellen Arbeiterbewegung keineswegs durchgängig mit einer Krise des sich transformierenden und neu strukturierenden Proletariats identisch ist.

Trotz wirtschaftlicher Erholung sind die quantitativen Anteile der Erwerbslosen und ungeschützt Arbeitenden an der erwerbsfähigen Bevölkerung gestiegen. Die Arbeitslosigkeit "frißt sich nach oben". Gleichzeitig sprengen "ganz unten" die Erwerbslosen und Unterbeschäftigten endgültig die Grenzen der bisherigen "Problemgruppen". Drittens wächst der Anteil der Niedrigentlohnten und ungeschützt Beschäftigten an den Armen (vor allem durch steigende Mieten und Wohnungsnot). Zusätzlich nähert sich etwa ein Viertel aller "normal Beschäftigten" an die von etwa 10 Prozent der Bevölkerung gebildete "Armutssphäre" an. Wie vor der Ära der keynesianischen Regulierung überschneiden sich immer größere Segmente der Lohnarbeitenden und Unterbeschäftigten mit den armen Bevölkerungsgruppen. Für die meisten von ihnen wird es immer unsinniger, hinter den odd jobs herzurennen. Stattdessen überleben immer mehr aus einer Kombination von Sozial-/Arbeitslosenhilfe und Schwarzarbeit. Dadurch erhöhen sich die Transferzahlungen, obwohl sie ständig gekürzt werden.

Deshalb wird nun die Axt an den Sozialstaat gelegt. Denn alle bisherigen Umstrukturierungen haben es nicht vermocht, die Löhne nach unten und die Arbeitszeiten nach oben zu flexibilisieren. Wenn der restrukturierte Arbeitsmarkt funktionieren soll, muß das prekäre Proletariat seine arbeitslosen Einkommensmöglichkeiten weitgehend verlieren und in vielfältig segmentierten Niedriglohnmärkten an die radikalisierten Ausbeutungsbeziehungen der zentralen Investitionsbereiche angebunden werden. Ohne den offenen Strukturbruch mit dem bisherigen Sozialsystem ist durch raffiniert aufeinander abgestimmte Kürzungen bei den Sozialleistungen (in der Summe 12–15%ige Kürzung) der Arbeitszwang drastisch wiederbelebt worden. [auch hier wird wieder der Begriff "workfare" falsch benutzt – am Ende des Abschnitts aber richtig, wenn es heißt: »Die bürokratischen Träger und Beschäftigungsgesellschaften sind dagegen einem Prozeß des "Gesundschrumpfens" ausgesetzt. Innerhalb

rigid "verschlankter" Rotationsbürokrastien werden sich demnächst viele ehemalige Linksalternative ihren neuen Funktionen zuwenden und für die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften mit einem verbreiterten Grundgerüst für die Durchsetzung von massenhafter *workfare* zur Verfügung stehen.«]

Deutschland-Ost: postfordistische tabula rasa für die Beschleunigung der westdeutschen Dampfwalze

Seit Ende 1989 sind eine Million meist jüngerer Menschen aus der DDR abgewandert. Die Zurückgebliebenen, die entlassen wurden, haben sich in die Familie zurückgezogen und beginnen widerwillig, sich auf die neuen odd jobs auf dem Bau oder in Handel und Dienstleistungen einzulassen. Die »ebenfalls weitgehend erwerbslos gewordenene jugendliche Subkultur hat sich extrem polarisiert ... [in eine] autonome Hausbesetzerszene« und eine Szene, die »in der Jagd auf Flüchtlinge die Möglichkeiten medienwirksamer Revolten des Konsenses« ausprobiert. Die älteren Facharbeiterdynastien haben stattdessen mit der Retraditionalisierung ihrer solidarischen Verhaltensweisen geantwortet.

Etwa ein Fünftel dieser an die Wand gedrängten Arbeiterklasse ist inzwischen wieder in den reprivatisierten und reorganisierten Wirtschaftsbranchen beschäftigt, die Hoffnungen auf die gewerkschaftlichen und betrieblichen "Schutzmächte" sind verflogen. Sollten der Boom im Baugewerbe, die Betriebsverlagerungen und der Neubau von industriellen Kernen anhalten, dann könnten die gegenwärtig zum Schweigen verurteilten Lohnabhängigen der Ex-DDR in nicht allzu ferner Zukunft für einige Überraschungen gut sein.

Momentan sind in Ostdeutschland de facto allerdings 35 - 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos, »wenn man die offiziell Arbeitslosen sowie die in ABM- und Fortbildungsmaßnahmen "Geparkten" mit den "KurzarbeiterInnen Null", den Pendlern [??], der "stillen Reserve" und den in den vorzeitigen Ruhestand Geschickten zusammenzählt.« [Besser wäre es, mal die Arbeitenden zusammenzurechnen!] Über zwei Drittel der Arbeitslosen sind Frauen, die Einkommensarmen machen mit inzwischen fast 20 Prozent an der erwerbsabhängigen Bevölkerung doppelt so viel wie in den alten Bundesländern aus.

Entwicklungstrends in Ost und West

Es handelt sich um einen Prozeß, der sich zum Nachteil der Lohnabhängigen in Ost und West gegenseitig aufschaukelt und tendenziell vereinheitlicht. Ostdeutschland ist das Experimentierfeld, die Transferleistungen puffern diese sozioökonomische Neuordnung sozialpolitisch ab, und die "innovativsten" Ergebnisse des radikalen Strukturbruchs sollen nach Westdeutschland zurückimportiert werden. Gerade die Tatsache, daß der westdeutsche Kapitalismus sich nur recht begrenzt politisch-juristischer Gewaltinstrumente bedienen mußte und weitgehend mit dem Scheckbuch und mafiosen Vertragstechniken der Finanzspekulation gesiegt hat, hat zu einer Traumatisierung der Ostdeutschen geführt, die wie nach einem Bürgerkrieg über Jahrzehnte fortwirken wird.

Was uns bevorsteht, wenn nicht endlich eine militante Massenbewegung den Spuk beendet, können wir am Beispiel Leipzig studieren: eine SPD-geführte Parteienkoalition hat die Hochburgen des Facharbeiterstolzes geschleift, 50% der Bevölkerung sind arbeitslos. Ein spekulativer Immobilienboom weitet sich aus, in dessen Schlepptau Kleinhandwerker und Bankniederlassungen, die wegen ihrer monostrukturellen Abhängigkeit den ins Haus stehen-

den schwarzen Freitag des Immobiliensektors nicht überstehen werden. Die Stadtverwaltung selbst wurde im Sinne des industrial reengineering vollständig umstrukturiert (profit center, Leistungsämter, riesiger ABM-Stützpunkt).
Der Masse der Verlierer des Strukturbruchs steht eine Minderheit von Gewinnern gegenüber. Während letztere auf die Zerstörung der kommunalen Strukturen, die Verelendung und die um sich greifende Obdachlosigkeit zynisch antworten, daß jeder seines Glückes Schmied sei, vergreifen sich nicht wenige Verlierer an der "untersten Stufe", den Asylanten, "denn die Politiker haben Leibwächter". Sie wissen, daß die Wurzeln der Gewalt nicht bei ihnen selbst liegen. Aber sie sind mit ihrer ungeheuerlichen Deprivationserfahrung von allen, auch und gerade den Linken, alleingelassen und schlagen um sich, sobald sie ein sanktionsfrei bleibendes Aggressionsventil gefunden zu haben meinen.

Politische Antworten: Strategische Gewißheiten oben - Verdrossenheit und Ratlosigkeit unten

Die seit 1982 regierenden Konservativ-Neoliberalen können eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz aufweisen: Sie haben die Reallöhne gesenkt, die Rahmenbedingungen für den Übergang zum *concession bargaining* geschaffen, prekäre Arbeitsverhältnisse legalisiert, die Kleinbetriebe arbeitsrechtlich "entkernt", die Sozialleistungskaskade nach unten gefahren und für den "Aufbau Ost" instrumentalisiert, außerdem die Zweitarbeitsmärkte flexibilisiert und die Sozialhilfe gedeckelt. Die nächsten Schritte ergeben sich daraus von selbst: die Arbeitsbeziehungen sollen noch weiter flexibilisiert und individualisiert und mit der Einführung eines "Bürgergeldes" so unterschichtet werden, daß die Vermögenslosen in der Doppelzange von administrativem Arbeitszwang und lebensverengender Armut endlich ein niedrigentlohntes "Beschäftigungswunder" à la USA hervorbringen. Von diesen Grundpositionen weichen die Vorstellungen im gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Lager nur hinsichtlich ihrer größeren Durchdachtheit und Interventionsbereitschaft ab. Sie gehen von der - »durchaus richtigen« - Einschätzung aus, daß aufgrund der Globalisierung der Finanzströme und Investitionsstrategien die Ära nationalstaatlicher Umverteilungskorrekturen zu Ende ist. Nur eine neokeynesianische Weltregierung oder »eine Art Weltrevolution« (Peter Glotz) könnten diesen Prozeß aufhalten; da beides nicht möglich ist, unterwirft man sich dem neoliberalen Diktat.
Nur noch die zur Führungsschicht hochstilisierten *team workers* werden gewerkschaftlicher Vertretungsbemühungen für würdig erachtet. Um trotzdem die Kontrolle zu behalten und somit als Garant des sozialen Friedens attraktiv zu bleiben, lancieren die Gewerkschaften ein chauvinistisches "Standort"-Konzept. Die unteren Arbeiterschichten sollen mit Beschäftigungskonzernen ähnlich den ostdeutschen ABS-Gesellschaften auf Trab gebracht werden. Wer daraus nach einer gewissen Zeit den Aufstieg nicht schafft, wird in "Öko-Sozial-Kulturelle Dienste" weitergereicht. Um dieses System in Schwung zu bringen, wird die bisherige Sozialhilfe auf Bürgergeld (negative Einkommenssteuer) umgestellt: Rotationsmühlen zur beständigen Mobilisierung der industriellen Reservearmee.
Wenn man Meinungsumfragen gegen den Strich bürstet, ergibt sich etwa folgendes Bild: nur noch 24 Prozent der traditionell bzw. gemäßigt konservativen Gesellschaftskreise (ältere Arbeiter, höhere Beamte und gutsituierte Selbständige) sind rundum mit dieser Krisenpolitik zufrieden; 25 Prozent der Bevölkerung, darunter die jüngeren und mittleren Generationen

der bisherigen zentralen Arbeiterklasse haben sich desillusioniert abgewandt; weitere 27 Prozent, überwiegend das inzwischen verrentete handarbeitende Proletariat und die arbeitslos marginalisierten Jugendlichen, fühlen sich deklassiert, sind demoralisiert und in höchstem Ausmaß "politikverdrossen" – von ihnen neigt etwa die Hälfte auch zu ungezielten aggressiven Verhaltensweisen; während sich am Gegenpol des hochqualifizierten ArbeiterInnen- und Bildungsmilieus mit bislang relativ gesichertem sozialen Status (knapp 24 Prozent) etwas mehr als die Hälfte auf die Suche nach egalitären Alternativen begeben haben soll. Zusammengenommen stehen den "Leitmilieus" der etablierten politischen Führungsgruppen inzwischen 65 Prozent "Politikverdrossene" gegenüber, die sich in egalitär–Basisaktive (neue hochqualifizierte ArbeiterInnen- und Bildungsschichten), desillusioniert–Passive (mittlere Arbeiterschichten und Angestellte) und apathisch bzw. ungezielt aggressionsbereite Deklassierte aufteilen. Es gibt also nicht nur eine Loyalitätskrise und politische Konsensverweigerung, sondern neben den unverkennbaren Verzweiflungsreaktionen auch eine basisorientierte Suche nach egalitären Antworten auf die Krisenpolitik der Herrschenden.

Zur Kritik am Referat vom Juni 1993

Die Kritik wurde soweit aufgenommen, daß er den Zusammenhang zwischen Klasse und Krise eingearbeitet hat und das Schlagwort "Toyotismus" zugunsten einer historischen Rekonstruktion aufgelöst hat. Die illusionäre Einschätzung der Linken hat er dadurch relativiert, daß er ihre Einbindung in die ABM–Arbeitsmärkte nachzeichnete. Auf die Kritik hin, den Begriff "Arbeitszwang" unhistorisch zu gebrauchen, hat er ihn durch "workfare" ersetzt. Die Kritik an der "globalen Nivellierungsthese" beruht hingegen auf einem Mißverständnis: der Begriff "Nivellierung" war falsch gewählt, ausdrücken wollte er damit dreierlei: 1) das Proletariat wird weltweit strukturell homogenisiert – Reservearmee, Unterbeschäftigung, aktive Arbeiterarmee; 2) es wird ökonomisch homogenisiert, indem es in allen seinen Schichtungen neu zusammengesetzt und in die reorganisierten Ausbeutungsketten hineingezwungen wird; 3) durch die Globalisierung der Ausbeutung wird es schließlich auch geographisch homogenisiert. Zusammengefaßt gibt es also eine globale Tendenz zur gleichen Hierarchisierung in "erstes", "zweites", "drittes" usw. Proletariat an *allen* Verwertungspunkten, wenn auch in jeweils unterschiedlichen Proportionen, dadurch wird die für die vergangene Arbeitergeschichte so wichtige Unterscheidung in die "eine" und die "andere" Arbeiterbwegung zunehmend hinfällig [??]. Und die vorgeschlagene politische Homogenisierung ist das zwingende Ergebnis der weltweiten Neuzusammensetzung des Proletariats. Es wäre verfehlt, die Handlungsmöglichkeiten ausschließlich aus der Analyse der neuen Produktionsstrukturen herzuleiten (Coriat, Bologna); »diese operaistische Enge vergangener Zeiten sollten wir hinter uns lassen«. Die Homogenisierungsthese bestreitet also nicht die zunehmende Differenzierung, sondern hebt auf den qualitativen Zusammenhang des leopardenfellartigen Neuzusammensetzungsprozesses ab.
Er hält daran fest, daß die Gewerkschaften keine Rolle mehr spielen werden als Vermittler im Austausch zwischen Produktivität und Reallohn; die linksgewerkschaftlichen Gruppen sollten sich nicht zu spät von dem sinkenden Schiff abseilen. Er hält ebenso daran fest (gegen Versuche, die gesamten 500 Jahre Kapitalismus als eine Art Fleisch gewordenes rassistisches Pandämonium zu begreifen), daß wir bei der Auseinandersetzung mit rassisti-

schen Entwicklungen nicht den sozialen Kontext aus den Augen verlieren dürfen. Denn es gibt eine Menge Erfahrungen und politischen Argumente, keine falschen Frontstellungen im Rahmen antirassistisch/antifaschistischer "Bündnisse" einzugehen.
Auf die Kritiken von Möller und Hartmann einzugehen, geht aber an dem Punkt nicht mehr, wo für Möller der "Rassismus der Deutschen" ein konstitutionelles Verhaltensmerkmal ist und der Rassismus die Geschichte als Geschichte der Klassenkämpfe eliminiert. Und wo Hartmann in der Abfolge Hoyerswerda, Mölln, Solingen die bewußte nazistische Subjektkonstitution zum "Vorarbeiter der Welt" im Anspruch auf "Weltgeltung und Judenmord" am Werk sieht.

Es sei denn, es gelänge eine Art Weltrevolution...

Wie ist das neue Proletariat im Anschluß an die Revolten der 60er/70er Jahre subjektiv konstituiert und wo sind am ehesten Tendenzen zu einer selbstbestimmten Perspektive zu erwarten? Dieser Fragestellung nähert er sich in vier Schritten: 1) weltweite Widerstandsgeschichte der letzten Jahre, 2) das neue Klassensubjekt, 3) Kritik des Marxschen Transformationsprogramms, 4) mögliche Umrisse eines antagonistischen Konstitutionsprozesses.

1) *Verweigerung und Widerstand in den vergangenen Jahren*
a) In der agrarkapitalistisch transformierten Peripherie beginnt die durch den Untergang der Subsistenzökonomie bedingte Zersetzung des Massenwiderstands einem neuen Aufbegehren zu weichen. Seit dem Massenaufstand in Sambia 1986 hat eine Welle von Hungerrevolten die neoliberalen Modelle zur Krisenvertiefung in mehreren Ländern blockiert (Beispiele: Indien, 1. Mai-Bewegung auf den Philippinen); in mehreren Regionen der Peripherie sind stabile Strukturen der Selbstorganisation im Entstehen. Eine massenhafte Durchsetzung ihrer Forderung nach Wasser und Land, nach existenzsichernden Minimallöhnen würde die weitere Expansion der neuen Weltordnung nachhaltig blockieren.
b) Die Massenkämpfe in den Schwellenländern stellen das neue Akkumulationsmodell am nachdrücklichsten in Frage. (Brasilien, Mexiko, Südafrika, Taiwan, Südkorea) Die Kampfformen des peripheren Proletariats entfalten sich am weitesten. Die Selbstorganisationsprozesse der industriellen Arbeiterklasse beschleunigen sich fortlaufend. Dazwischen stellt das prekarisierte Proletariat der informellen Produktionssphäre auf kommunaler Ebene neuartige Beziehungen zwischen allen Klassensegmenten her. Der Aufstand von Chiapas war vor diesem Hintergrund die erste homogenisierbare Kriegserklärung an die neue Weltordnung nach dem Untergang der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Arbeiterbewegung einiger Schwellenländer (Brasilien, Südafrika, Türkei, Südkorea) verlagert dagegen ihren Schwerpunkt auf Sozialpakte mit den Unternehmern und dem Staat, was mittelfristig zu neuen Klassenspaltungen führen wird.
c) In den Metropolen konnten sich Ansätze von autonomen Basiskomitees, die Mitte der 80er Jahre entstanden waren, erstmal nicht ausdehnen. Stattdessen überwiegen individuelle Vermeidungs- und Verweigerungshandlungen. Diesem defensiven Arbeiterverhalten stehen offene Stadtteilkämpfe gegenüber (L.A., Tagelöhner- und Immigrantenkomitees in Japan und Holland). All diese Erfahrungen sind noch weit von den Erfahrungen und dem Massen-

charakter des social movement unionism in der Peripherie und den Schwellenländern entfernt, aber sie nehmen Formen von sozialer Aneignung und Kämpfe in den Niedriglohnsektoren vorweg, deren Bedeutung auch in den Metropolen in den kommenden Jahren zunehmen wird. Metropolenspezifisch sind dagegen die Massenkämpfe seit Mitte der 80er Jahre gegen die Deregulierung des Transportsektors (Post, Bahn, Hafenarbeiter, LKW-Fahrer, Luftfahrt).

Von der objektiven Seite der Klassenkonstitution gesehen ist der Weg zu einer neuen antagonistischen Selbstorganisation im globalen Kontext frei. Allerdings gibt es gerade in den Metropolen wenig Anlaß zu Optimismus, eher die Möglichkeit zum aktiven Eingreifen. Aber auch im globalen Zusammenhang stehen der internationalen Vernetzung der Kämpfe erhebliche Barrieren im Weg (regional begrenzt; Anfälligkeit der industriellen Arbeiterklasse für neo-keynesianische Sozialpakte; Zersplitterung der Protestbewegungen).

2) *Das neue Klassensubjekt*
Im Gegensatz zu diesen politisch-organisatorischen Defiziten artikuliert sich das neue Klassensubjekt in zunehmender Klarheit. Die Stärke des neuen Klassensubjekts in der Peripherie zeigt sich in den Kämpfen der Landlosen und Bauern-ArbeiterInnen um Boden, Wasser und Mindestlöhne. In mehreren Schwellenländern verdichtet sich die soziale Aneignung darüber hinaus zur individuellen Revolte und zum kollektiven Aufstand. In den Metropolen hat sich der Bruch mit dem Produktivismus der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterkultur in den 80er Jahren unterschwellig auf die gesamte Arbeiterklasse ausgeweitet (freeters in Japan, Jugendrevolte im Frühjahr 94 in Frankreich). Die politischen Antworten und Lösungsmodelle dieses Subjekts blieben aber ambivalent (Existenzgeld-Kampagne), und in den letzten Jahren haben Kapital und Sozialstaat dieses neue Klassensubjekt planvoll eingekreist (Gruppenarbeit, selbständige Arbeit, Prekarisierung). Die Zeit der in kleinen informellen Netzen und alternativen Forderungsbewegungen praktizierten Vermeidungs- und Umgehungsoptionen geht dem Ende zu. Die metropolitanen Klassensubjekte müssen sich dieser Herausforderung stellen und den Kampf auf eine höhere Stufe der Selbstorganisation vorantreiben.

3) *Hypothek oder Vermächtnis? Kritische Bemerkungen über das Marxsche Transformationsprogramm als Kern unserer revolutionstheoretischen Traditionsbestände*
»Der aktuellen operativen Flexibilität des doppelbödig in seiner Geld- und Verwertungsform agierenden Weltkapitals ist mit dem starren Funktionalismus und Determinismus der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie offenkundig nicht mehr beizukommen.« »Die Tendenz zur Einbeziehung der gesamten industriellen Reservearmee in den Wertschöpfungsprozeß oder die Herausbildung nicht mehr entlohnter (teilweise selbständiger, teilweise unfreier) Arbeitsformen lassen sich beim besten Willen mit den bislang vorherrschenden [??] Ansätzen zur Klassenanalyse nicht mehr in Übereinstimmung bringen. Mehr noch gilt dies für die Verhaltensweisen und Bedürfnisse des neuen Klassensubjekts, die wesentlich durch Verweigerung und Flucht aus der Arbeit geprägt sind«. Die Vorstellung ist unwiderruflich widerlegt, die zentrale Arbeiterklasse sei »aufgrund ihrer Prägung durch die Effizienz und die arbeitsteilige Rationalität der großen Fabrik entscheidend zum sozialistischen Umsturz prädestiniert«. Um uns aber über die Umrisse eines alternativen Revolutionsmodells zu

verständigen, müssen wir uns kritisch mit diesen Vorstellungen auseinandersetzen.
Der "Hollywood-Kapitalismus" hat Mechanismen entwickelt, mit denen über einen ganzen Akkumulationszyklus hinweg die organische Zusammensetzung des Kapitals gesenkt und mithin die nominelle Profitrate des Einzelunternehmers erhöht werden kann. Da diese aber im Prozeß der Durchschnittsbildung auch realisiert werden muß, können die externalisierten Kosten sehr rasch wieder zurückkommen. Deshalb ist die ständige Intervention auf der markoökonomischen Ebene nötig, um die zu Lasten der Umwelt und der Gesellschaft ausgelagerten Kosten möglichst lange und wirkungsvoll von der Kapitalakkumulation fernzuhalten. Schlanke Produktion, schlanker Staat und Neoliberalismus gehören zusammen. Die Marxorthodoxie hat auf diesen Prozeß mit der Unterwerfung unter die "Gesetzmäßigkeiten" des Neoliberalismus oder mit einer Neuauflage objektivistischer Zusammenbruchstheorien reagiert.
Vor allem aber widerlegt dieser neue Typ der Kapitalakkumulation die Annahme, daß sich die Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskraft im Wachstumsprozeß immer mehr verringert; stattdessen setzt sich eine Entwicklung durch, bei der die Rückkehr zur "Vollbeschäftigung" immer mehr pauperistische Züge annimmt. Die Tendenz geht dahin, möglichst die gesamte lohnabhängige Bevölkerung in den Zustand der chronischen Unterbeschäftigung zu versetzen und nur noch kleine und wechselnde Belegschaften längerfristig zu beschäftigen. Dies widerspricht zwar nicht der von Marx untersuchten zyklischen Dynamik der Kapitalakkumulation, aber angesichts dieser Tatsachen hat die herrschende [??] marxistische Theorietradition mit ihren "historischen Gesetzmäßigkeiten" den letzten Rest von aufklärerischer Potenz verloren.
Marx selbst hat in seinem »wirtschaftstheoretischen Spätwerk« dem Ökonomismus der Marxorthodoxie ein Stück weit Vorschub geleistet, indem er den Kapitalismus »als eine in sich geschlossene Produktionsweise« darstellte. »Dadurch hat Marx die Wertschöpfungsfunktion zur wesentlichen Bestimmung der Arbeiter gemacht« und die Tatsache aus dem Auge verloren, daß sich die ArbeiterInnen nicht nur innerhalb der Produktion sondern auch außerhalb »auf den Arbeitsmärkten gegen ihre selektive Umwandlung in variables Kapital zu revoltieren pflegte[n]« (»doppelter Antagonismus der ArbeiterInnen innerhalb wie außerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses«). Weil das so ist, weil das Kapital darauf immer wieder mit neuen Unterwerfungs- und Verwertungsmethoden reagieren muß, gibt es auch keinen "gesetzmäßig" aufsteigende Linie von zunehmenden Freiheitsgraden in den Beziehungen zwischen ArbeiterInnen und Kapital. Gerade im gegenwärtigen Zyklus kombiniert das globale Kapital z.B. eine exzessive Mobilisierung der Geld-, Kapital-, Boden- und Warenmärkte mit *decommodification*, *desalarisation* und *desyndicalisation*, um die anhaltende proletarische Rigidität auf den Arbeitsmärkten und innerhalb des Verwertungsprozesses zu brechen.
Der Kapitalismus ist ein prinzipiell offenes Ausbeutungssystem, bei dem nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die profitorientiere Kapitalverwertung konstant bleiben, es gibt keine "historische Mission" des Kapitals. Die Vorstellungen von Marx, durch die Zentralisation der Kapitalien werde die arbeitsteilige Kooperation immer weiter vorangetrieben, die in Großfabriken als den ersten sozialistischen Inseln massenhaft assoziierten Arbeiter könnten in einem relativ komplikationslosen Vorgang die Expropriateure expropriieren, da ja an den Produktionsmethoden selbst nichts geändert werden müsse, sind

für uns heute eher eine Hypothek als ein Vermächtnis. Die Transformation der kapitalistischen Ökonomie bleibt bei Marx wesentlich auf die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln beschränkt. Gerade wenn wir die (unverzichtbare) Marxsche Methode retten und weiter verwenden wollen, müssen wir diese historischen Prognosen kritisieren und überwinden. Marx hatte den sozialistischen Umsturz auf den Zeitpunkt gelegt, zu dem die weltweit großindustriell zentralisierte Arbeiterklasse die Klassenkonstitution beherrschen würde; er hatte diese Dynamik zudem mit der "objektiven Fortschrittlichkeit" der unmittelbaren Produktionsbeziehungen in der großen Industrie verknüpft. Heute verhalten sich offensichtlich alle Akteure des Klassenkonflikts bewußt im entgegengesetzten Sinn zu diesem "Drehbuch": die ArbeiterInnen verweigern sich immer wieder dem »Wechselspiel von reeller Subsumption und variabler Kapitalfunktion«, und die Kapitalisten laufen dem hinterher und versuchen, das im kollektiven Arbeitsvermögen schlummernde Wertschöpfungspotential durch immer stärkere Dezentralisierung der Produktion anzueignen. Bereits der "Massenarbeiter" ging also über die Marxschen Perspektiven hinaus: er wollte die Fabrik nicht mehr aneignen, sondern im Kampf zerstören. Dadurch aber totalisierte sich der Widerspruch zwischen Arbeitern und Kapital, die die marxistisch-kommunistischen Vorstellungen ad absurdum führte, denen zufolge die guten Seiten des Kapitalismus (Produktionsanlagen und Arbeitsorganisation) in kollektiver Form weiterzuführen seien und die schlechten Seiten (Krisenzyklus aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln) abzustreifen seien. Zu Beginn (Wobblies) und am Ende (Massenarbeiter) des fordistischen Akkumulationsmodells gab es bereits eine revolutionäre Kritik und Weiterentwicklung der Marxschen Methode, nur ist diese Kritik immer wieder vergessen worden und die intellektuell-marxistische Traditionslinie wurde immer wieder reaktiviert. Mit dem Untergang des Realsozialismus und des westlichen Reformsozialismus wurde diese zur Herrschaftsideologie vulgarisierte Transformationslogik des Marxismus endgültig Geschichte. Aber nur wenn wir sie nicht verdrängen, sondern zusammen mit der "anderen" Geschichte (russische Sozialrevolutionäre, Wobblies, Massenarbeiter) kritisch aufarbeiten, können wir uns den Weg freischaufeln, um aus der Analyse der aktuellen globalen Umbrüche neue Konzepte zur antagonistischen Selbstorganisation zu entwickeln.

4) *Für einen Sozialismus als offenes System*

»Da der Kapitalismus nur deshalb so lebenskräftig ist, weil er bis heute im Gegensatz zu früheren Gesellschaftsformationen und zur untergegangenen realsozialistischen Variante eine offene Produktionsweise darstellt, kann er auch nur dann überwunden werden, wenn sich die Widerstandsformen und die Phantasien der Ausgebeuteten auf eine nicht weniger offene postkapitalistische bzw. post-realsozialistische Alternastive projizieren. Das Ziel ist somit ein Sozialismus als offene Produktionsweise, die sich durch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und durch die ausschließliche Produktion zur Befriedigung basisdemokratisch ermittelter gesellschaftlichen Bedürfnisse auszeichnet. Die Produktion um ihrer selbst willen hat dann zu funktionieren aufgehört.«

»Die mehr oder weniger verzweifelte "spät"-operaistische Suche nach irgendwelchen besondern "avantgardistischen" Fraktionen des Klassensubjekts« sollte also aufgegeben werden »und das Augenmerk auf die Potentiale sozialrevolutionärer Prozesse in ihrer ganzen Vielfalt« gerichtet werden. Innerhalb der sich homogenisierenden Vielfalt von modernen Indu-

striearbeiterInnen, Prekären, Arbeitslosen, selbständigen ArbeiterInnen, Tagelöhnern und Landlosen besteht unsere Aufgabe darin, alle Segmente im Kampf gegen das deregulierte Ausbeutungssystem zu vereinheitlichen – »ausgehend von den jeweils besonders widerstandsbereiten und "eigensinnigen" Schichten« [also doch verzweifelte Suche, nur nicht mehr »operaistisch«??]. Eine sozialrevolutionäre Intervention zugunsten der Verallgemeinerung der antagonistischen Massenbedürfnisse wird zwar an jedem Ort spezifische Verhältnisse antreffen, aber an jedem Ausbeutungspunkt möglich sein, weil sie an alle anderen Widerstandspunkte des globalen Akkumulationstyps vermittelt werden kann. Erforderlich ist dafür eine "offene" Synthese der unterschiedlichen Kampfformen und ein flexibles, alle Klassensegmente umspannendes Emanzipationsmodell. Dazu brauchen wir auch einen neuen Internationalismus, der den hegemonialen "Internationalismus" der Arbeiterbewegung und den moralisch–metropolitanen Lobbyismus für nationale Befreiungsbewegungen überwindet. Wir brauchen einen offenen Internationalismus der neuen sozialen Bewegungen, in dem die "Arbeiterfrage" als die älteste und ehrwürdigste aller derzeitigen "Sozialbewegungen" wieder die oberste Priorität erhält. Dazu sollte in einem ersten Schritt eine internationale Assoziation ohne traditionelle politisch–organisatorische Funktionen gegründet werden, die sich auf die Analyse der neuen Weltordnung, den Informationsaustausch, die Koordination von militanten Selbstuntersuchungen sowie die konkrete Unterstützung aktueller Kämpfe konzentriert.

Parallel dazu sollten von den lokalen Kämpfen ausgehend Schritte zur selbstorganisierten Emanzipation angegangen werden:

1) Kampf gegen die "Neuen Enclosures". Weltweit kämpfen die Landlosen, Kleinpächter, squatters, HausbesetzerInnen, Obdachlosen und MieterInnen gegen die fortschreitende Privatisierung der Bodenmärkte. Die soziale Aneignung und kommunale Selbstverwaltung des Bodens ist eine elementare Antwort auf die weltweite Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen des gesellschaftlichen Reichtums.

2) Kampf gegen die Deregulierung der Arbeitsmärkte. Es geht nicht um die Forderung nach lebenslang garantierten und tarifvertraglich festgeschriebenen Arbeitsbeziehungen, sondern eher um die milinanten "vertragslosen Zustände", wie sie z.B. die Wobblies praktizierten: möglichst hohe Löhne für möglichst wenig Arbeit bei möglichst kurzen Arbeitszeiten. Gleiche Löhne für gleiche Arbeit, die an keinem Punkt der Mehrwertkette eine bestimmte Mindestgrenze unterschreiten.

3) In den industriellen Netzwerkunternehmen, den "weißen Fabriken" der Dienstleistungen und im Transportsektor werden neue Basiskomitees entstehen, die sich einerseits mit dem *social movements unionism* der deregulierten Produktions– und Transportsphäre verbinden werden und andererseits eine revolutionär–syndikalistische Internationalisierung der Kämpfe vorantreiben. »Auch werden bei ihnen jene strategischen Überlegungen ihren Ort finden, wie die zentralen industriellen Strukturen der bisherigen [??] Kapitalakkumulation zu Instrumenten egalitär assoziierter Produktionsweise transformiert ... und insgesamt vergesellschaftet werden können.«

4) In Verbindung der ersten drei Punkte werden neue Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung entstehen, um sich die sozialen Reproduktionsgarantien wieder anzueignen. Dabei kann es nicht um die Wiederherstellung des keynesianischen Sozialstaats und nicht um die weinerliche Forderung nach Existenzgeld gehen, sondern um die Enteignung der

Geldvermögensbesitzer und den Aufbau basisdemokratisch–gemeindlicher Verteilungssysteme. Damit werden der derzeit reaktionärsten Fraktion des Akkumulationsregimes, den Rentiers und Couponschneidern, die ökonomischen Grundlagen entzogen.
Das Problem der politischen Konsolidierung der sozialrevolutionären Basisstrukturen sollte nicht traditionell durch den Aufbau von politischen Institutionen parallel zu den Basiskomitees angegangen werden. Denn die Revolution hat nur eine Chance, wenn die sozialen und politischen Selbstverwaltungsinstrumente der proletarischen Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind. Die Basis–Komitees sollten sich zu lokalen Institutionen der Gegenmacht zusammenschließen und ihre soziale Selbstbestimmung auch politisch ausformen. »Wenn dies gelingt, dann könnten sich die ersten lokalen Experimente von proletarischer Gegenmacht nicht nur gegen massive Widerstände behaupten, sondern auch als Alternative zum radikalisierten Akkumulationszyklus überaus attraktiv werden und sich leopardenfellartig über die Kontinente ausbreiten. Damit müßte eine globale Reorganisation des revolutionären Syndikalismus vor allem der Transport– und KommunikationsarbeiterInnen Hand in Hand gehen, um die lokalen Umwälzungen miteinander zu verbinden, zusammen mit ihren Machtorganen die Kapitalakkumulation zu marginalisieren, die geflohenen Geldvermögen einzusammeln und den globalen Übergang zur egalitären Produktions– und Reproduktionsweise vergesellschafteter Individuen irreversibel zu machen.«

Who makes the World go round?

Bemerkungen zum Thema "Finanzkapital"

"Wenn die Klassenbewegung, auf die mensch sich beziehen kann, an Kraft verliert, entsteht die Versuchung, an die Macht des Kapitals zu glauben – eine Versuchung, der wir widerstehen sollten." (AUFHEBEN[1])

Es ist eine Auffälligkeit der linken Diskussionen der letzten Zeit, daß viele Beteiligten in irgendeiner Form das Finanzkapital als Bereich wichtiger gesellschaftlicher Vorgänge oder gar als Zentrum oder Ursache/Triebfeder der Entwicklung des Kapitalismus der letzten Periode betrachten. Im letzten Zirkular kommt es gleich an zwei Stellen[2] vor; zu wirklich prominentem Ruf kommt es im neuen Buch von Karl-Heinz Roth.

"Aniliner im Aktienfieber" titelte 1986 der "MITMISCHER *Anilinerzeitung*"[3] und forderte, daß die wichtigsten Aktienkurse über das werksinterne Fernschreibernetz (zusammen mit Sturmwarnungen und ähnlichem) verbreitet werden sollten. Diese Ironie war damals noch möglich, weil sich wirklich erst eine kleine (manchmal aber radikale) Minderheit der KollegInnen "in Aktien" versuchte. Inzwischen gibts keine Nachrichten mehr ohne Börsennachrichten.

Dieses praktische Verhältnis vieler meiner damaligen KollegInnen zur Spekulation und das etwas neuere politische Interesse an ihr innerhalb sogar der revolutionären Diskussion haben für mich insofern miteinander zu tun, als ich beides in Folge der Schwäche des Klassenkampfs seit Anfang der 80er Jahre sehe. Wenn aus dem Kampf der ArbeiterInnen die Luft raus zu sein scheint, drängt sich der Gedanke auf, daß die entscheidenden Vorgänge innerhalb des Kapitals, und zwar in seiner reinsten und abstraktesten Form des Geldes, stattfinden. Aber nicht alles was glänzt, ist Gold und nicht jeder Schein vermittelt uns die Wirklichkeit, die wir angreifen wollen.

---

[1]Der Verfall: Theorie vom Niedergang oder Niedergang der Theorie?, Aufheben, Wildcat Zirkular 6, S.65 Fußnote

[2]Im *Brief aus Paderborn* (S.12) wird danach gefragt; die *Aufheben* kommen in ihrer Kritik an den Midnight Notes ziemlich unvermittelt darauf zu sprechen (S.75).

[3]Mitmischer, linke Betriebszeitung bei der BASF ("Anilin") in Ludwigshafen, Nr. 32, Februar 86

Wert, Geld, Profit

Die bislang weitestgehende Einschätzung (im Bereich unserer Diskussionen) des Finanzkapitals als Motor der Geschichte findet sich bei Karl-Heinz Roth[4]. Kritiken aufnehmend korrigiert er seine These aus der 1999, wonach die "herrschenden Eliten" dem keynesianischen Regulationsmodell den Laufpaß gegeben hätten und stellt schön dar, daß "Arbeiterkämpfe" und "Sozialrevolten" Ende der 60er/Anfang der 70er den Kapitalismus in eine Systemkrise gestürzt haben. Dann aber beginnt "der Gegenangriff". "Entfesselte Finanzmärkte", die sich "gegenüber dem realen (sic!) Kapital zunehmend verselbstständigen", kurzum, das "Finanzkapital" betritt "als Hauptakteur des Geschehens" die Weltbühne, bringt erst die "Regulierungszentren des vergangenen Zyklus (IWF, Weltbank, OECD, EG)...weitgehend unter seine Fittiche", um dann den Krisenzyklus "zu homogenisieren", die nationalen Zentralbanken ihrer Zinssouveränität zu berauben und "Arbeits- und Kapitaleinkommen in abhängige Variablen des internationalen Hochzinsregimes" zu verwandeln.

Das klingt wie ein Krimi und ist genau so irreal. Ohne Zweifel sieht es auf den allerersten Blick so aus, als ob die, die man so gemeinhin als "Geldvermögensbesitzer" und "Finanzkapital" bezeichnet, die großen Banken, mächtiger sind als einzelne Internationale Konzerne. Nehmen wir als Beispiel die Deutsche Bank. Kurz vor der Vereinigung war ihr bilanzierter Weltumsatz genau so groß wie der Bundeshaushalt der BRD. Sie beherrscht direkt solche Konzerne wie Daimler Benz, Philip Holzmann, Karstadt uva; über Depotstimmen BMW, Mannesmann, Metallgesellschaft, BASF uva; als dominierende Hausbank neben Siemens wohl einen großen Teil der "deutschen Wirtschaft". Aber was zeigt uns dieses Beispiel? Daß es schon auf dieser Ebene praktisch keinerlei Sinn macht, vom "Finanzkapital" als eigenständigem Teil des Kapitals auszugehen. Umgekehrt: die großen Universalbanken sind nun grade die Entscheidungszentren "des realinvestierten Kapitals". Und das ist überhaupt nix neues. Die Gründerbank der BASF von 1864, das Bankhaus Ladenburg, ist später in der Deutschen Bank aufgegangen. Siemens war 1870 einer der Gründer der Deutschen Bank, usw. Das alles ist sogar so wenig neu, daß es dem alten Marx schon aufgefallen war.

Wenn es also praktisch unmöglich ist, eine Trennung zwischen Finanzkapital und "realinvestiertem Kapital" zu machen, ist es dennoch möglich, eine formale, theoretische Trennung vorzunehmen. Das eine Mal fungiert das Kapital als

---

[4]Alle Zitate in diesem Abschnitt aus: Karl-Heinz Roth, Die neuen Klassenverhältnisse..., erscheint demnächst im ISP-Verlag, Köln. Da das Buch in seiner endgültigen Form noch nicht vorliegt, kann leider nicht unter Angabe von Seitenzahlen zitiert werden.

Kapital, das andere Mal als Geld. Das Erste ist die Sphäre der (Wert)Produktion, der Verwertung, der Ausbeutung; das andere der Bereich der Zirkulation, der Konkurrenz (einschließlich der Spekulation) und der (Um)Verteilung des Mehrwerts. Beide Formen des Kapitals gegen laufend ineinander über. Wohlgemerkt: Beide Teile dieses Umschlagszyklus' sind Abstraktionen; beidesmal wird in Geld gerechnet – und so wie Geld nicht bedrucktes Papier oder Zahlen im Computer ist, sondern (Herrschafts)Verhältnisse zwischen Menschen ausdrückt, ist auch das Kapital in seiner realen Existenz natürlich nicht Geld, auch nicht Maschinen oder so, sondern ein Klassenverhältnis. Aber darauf kommen wir später zurück, bleiben wir erstmal bei der Illusion der Zahlen und Namen.

Das Geld repräsentiert etwas noch abstrakteres, nämlich den Wert, der ebenfalls Verhältnisse zwischen Menschen ausdrückt[5]. Abstrakter als Geld ist der Wert deshalb, weil er im Gegensatz zum Geld, zum Preis, überhaupt nicht zu sehen ist – obgleich er im Grunde nichts wesentlich anderes ist. Der Unterschied ist einzig der: Der Wert vergleicht Arbeit, der Preis vergleicht Kapital. Da Arbeit und Kapital eigentlich dasselbe sind (Kapital ist die Verbindung von toter mit lebendiger Arbeit), fallen Wert und Preis für die Gesamtgesellschaft zusammen; nicht aber für das einzelne Kapital. Der einzelne Kapitalist berechnet beim Preis seiner Waren seine "Kosten", die nicht nur die Löhne usw., sondern auch die Kosten der Rohstoffe und der Maschinen, (und einiges anderes, wie z.B. Steuern, Kapitalzinsen und Unternehmensgewinn) umfassen. Der Preis von Chemiewaren enthält also relativ wenig Lohn (im Vergleich zum Profit), der Preis von handgestrickten Pullovern enthält relativ viel. Deshalb fließt ein Gutteil des Mehrwerts, der in der Textilschwitzbude produziert worden ist, nicht in Taschen des Schwitzbudenbesitzers, sondern landet beim Chemiekapital, wenn z.B. die Farben für die Wolle bezahlt werden. Da das Kapital also nicht nur die von ihm angewandte lebendige Arbeit, sondern auch die tote Arbeit, von der es behauptet, sie "gehöre" ihm, bezahlt haben will, berechnet es den Preis der Waren ohne Kenntnis irgendeines Wertes. Das verwischt die Tatsache der Ausbeutung, die Tatsache, daß sowohl Mehrwert, als auch Profit und Gewinn und Zins usw. ausschließlich aus tatsächlicher, also lebendiger Arbeit kommen können. Die Verteilung des Mehrwerts allerdings, die findet nicht in der Produktion, sondern in der Zirkulation statt. Die Konkurrenz in allen ihren Formen organisiert, welchen Anteil das jeweilige Einzelkapital am Gesamtmehrwert der Gesellschaft

---

[5]Das mag für manche etwas überraschend klingen: hält mensch doch den Wert für das Maß der Arbeit(szeit). Ist er auch, allerdings stellt er sich so natürlich erst her, wenn er *Tausch*wert wird, was ein Menschen-Verhältnis vorraussetzt.

kriegt. Diese Flüsse von Mehrwert richten sich in erster Linie nach dem relativen Anteil der toten Arbeit, also von den geldmäßig ausgedrückten Betrag des in Produktionsmittel "realinvestierten Kapitals" (die allseits bekannte "organische Zusammensetzung"). Der Mehrwert wird an einer Stelle geschaffen und an anderer Stelle als Profit kassiert.

Noch etwas Entscheidendes bestimmt die Richtung und Intensität der Mehrwertverteilung zwischen den einzelnen Kapitalien: nämlich grade, wie sehr es ihnen gelingt, die Arbeitskraft, die sie gekauft haben, in tatsächliche Arbeit umzuwandeln – oder anders ausgedrückt: je mehr sie aus ihren Leuten rausholen können, desto größer ist ihr Anspruch, was ihren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtmehrwert betrifft. Dies wiederum wird in der Sphäre der Zirkulation, also mittels der Konkurrenz, ausgefochten. In ihr wird nichts geschaffen, sondern nur verteilt. Die Konkurrenz vermittelt also am Ende nichts anderes – als die Wirkung des Klassenkampfs auf das Kapital. Wenn eine Firma besonders erfolgreich in Sachen Ausbeutung ist, zwingt die Konkurrenz die anderen Firmen zu ähnlichen Anstrengungen. (Das geht – eingeschränkt – auch umgekehrt, wenn eine Firma besonders wenig erfolgreich ist, zwingt die Konkurrenz der Einzelkapitalien auf dem Arbeitsmarkt andere Firmen ebenfalls zu Zugaben aller Art.) Das gilt auch für die Spekulation, einer besonderen, Form der Flüsse von Kapital als Geld. Auch sie ist am Ende nur ein Nullsummenspiel, das in besonders extremer Form das Kapital insgesamt auf Linie bringt – im Klassenkampf. Es ist deshalb überhaupt nicht verwunderlich, daß in historischen Umbruchsphasen des Klassenkampfs, möglicherweise mit gewisser Zeitverzögerung, die Spekulation besonders große Schaumblasen schlägt.

Nach dem Gesagten braucht es eigentlich nicht weiter betont zu werden: das gilt auch und grade für die Währungsspekulation. Wenn Geld seinen Namen wechselt, ändert es dabei nicht seinen Charakter. Währungsspekulation (an der sich auch auch die Verkörperungen des "realinvestierten Kapitals", die internationalen Konzerne beteiligen (müssen)), vermittelt den internationalen Kapitalfluß und damit den Ausbeutungserfolg der Kapitalien, die in der einen Währung rechnen, zu den Kapitalien aller anderen Währungen. Daß es bei Spekulation Verlierer und Gewinner gibt, ist klar; aber es wäre eine völlige Illusion, davon auszugehen, als könnte selbst der größte Spekulant (die Notenbanken, d.h. die Nationalstaaten) den anderen auf längere Dauer betrügen. Das ist doch eben grade die Wirkung der Spekulation, des Weltmarktes, der Kapitalflüsse: Jeder Versuch, den anderen mehr Mehrwert aus der Tasche zu leiern, als der zugehörigen Kapitalgruppe aufgrund ihres Anteils an toter Arbeit und ihres Ausbeutungserfolgs zusteht, wird gegenbewegungen, etwa an Exportrückgängen aufgrund von Paritätssteigerungen oder Kapitalabfluß nach

sich ziehen. Währungstricks können nur vorübergehende Wirkungen haben, die allerdings in Bezug auf kurzfristige Konjunkturerscheinungen nicht unterschätzt werden sollten. Was aber nicht möglich ist, ist "sich den Sozialstaat vom Trikont bezahlen lassen", oder was derartige Vorstellungen sonst in der Linken umhergeistern. Der "National"staat ist im Kapitalismus auch in dieser Beziehung eine Illusion zur Irreführung der Ausgebeuteten – wenn auch eine schwerbewaffnete. Der kapitalistische Nationalstaat hatte unter Bedingungen des Weltmarktes noch nie die "relative Unabhängigkeit von der weltwirtschaftlichen Entwicklung", die ihm jetzt verloren gegangen sein soll; er ist Agent des Kapitals, das in seinen Bereich fällt und *als solcher* ist er Agent des Weltkapitals: Kapital kennt keine und kannte noch nie Grenzen.

Es gibt keine Emanzipation des Kapitals als Geld vom Kapital als Kapital. Es sind die Zustandsformen der gleichen Erscheinung: des Gesamtreproduktionsprozesses des Kapitals. Es gibt schon gar nicht die "'Emanzipation' der Zinssätze von den fallenden Profitraten"[6]. Woraus sollten denn die Zinsen bezahlt werden, wenn nicht aus den Profiten? Durch Abzocken der Sparer? Durch Währungsbetrug? Abzocken und Betrug: das gehört zum Kapitalismus wie das Abseits zum Fußballspiel. Aber da wandert nur Geld von der einen Tasche in die andere – eine Sache, die uns nicht weiter zu interessieren braucht, die den Gang der Welt nicht zu erklären vermag. Im Kapitalismus wird nicht gezaubert: Gewinne, Zinsen, Renten, Löhne usw haben nur eine Quelle: die menschliche Arbeit. Die Profite, die aus der Ausbeutung der Arbeit kommen, teilen sich auf in Unternehmensgewinne, Handelsgewinne, Kapitalzinsen, Grundrenten, Steuern. Produktiv investiertes Kapital muß mindestens soviel Profit abwerfen, daß Zinsen *und* Unternehmensgewinn übrigbleiben. Richtig ist im Allgemeinen, daß erstens hohe Zinsen die Investitionsneigung dämpfen und daß zweitens nicht aktuelle Zinsen mit aktuellen oder vergangenen Gewinnen verglichen werden, sondern mit zukünftig zu erwartenden. Von daher fallen Entwicklungen von Profitraten und Zinssätzen zeitlich auseinander – aber das hat mit Emanzipation nichts zu tun. Das Phänomen hat schon Marx mit folgenden Worten beschrieben:

"*Wenn man die Umschlagszyklen betrachtet, worin sich die moderne Industrie bewegt – Zustand der Ruhe, wachsende Belebung, Prosperität, Überproduktion, Krach, Stagnation, Zustand der Ruhe etc., Zyklen, deren weitere Analyse außerhalb unserer Betrachtung fällt –, so wird man finden, daß meist niedriger Stand des Zinses den Perioden der Prosperität oder des Extraprofits entspricht,*

---

[6]siehe Fußnote 4

Steigen des Zinses der Scheide zwischen der Prosperität und ihrem Umschlag, Maximum des Zinses bis zur äußersten Wucherhöhe aber der Krisis." Und weiter: *"Der Zinsfuß erreicht seine äußerste Höhe während der Krisen, wo geborgt werden muß, um zu zahlen, was es auch koste."*(MEW 25, 372f)

Die Macht des Scheins

So wie der Ware als ihr Gegenpart das Geld gegenübertritt, hat auch das Kapital hat doppelte Gestalt (als direktes Ausbeutungsverhältnis und als Titel auf die Ergebnisse der Ausbeutung), am greifbarsten in der Form der Aktie. Die allgemeinste Geldform des Kapitals ist der Kredit (wozu auch die Aktien gehören) – Kapital muß vorgeschosen werden, bevor mit der Ausbeutung begonnen werden kann. Alle Formen des Vorschusses sind daher Wechsel auf zukünftige Arbeit. Aber in ihrer aktuellen Form sind sie zugleich selber Ware, die verkauft und gekauft werden kann.

Der Kapitalist tauscht Geld gegen Waren, produziert, verkauft sie am Ende wieder für mehr Geld: G – W ...Arbeit... W' – G'. In der Zirkulation der Waren wird's schon einfacher, weil die Arbeit wegfällt und nur noch G – W – G' übrigbleibt. Das sieht so aus, als ob der Gewinn des Handelskapitals aus dem Handel selber käme. Noch einfacher wird der Anschein in der Sphäre des Finanzkapitals, wo direkt Geld gegen mehr Geld getauscht wird: G – G'. Ob der reale Verwertungsprozeß von Kapital, also die Produktion von Waren, klappt, profitabel klappt, steht nie von vornherein fest. Wieviel Zinsen eine Bank für einen von ihr vergebenen Kredit kriegt, wird von vornherein festgelegt, es ist eine zwar nicht willkürliche, aber rein juristische Angelegenheit.[7]

Es scheint also, als verwerte sich das Kapital in seiner Form als Finanzkapital, als Geld, direkt aus sich selber. "Mein Geld arbeitet so hart wie ich", so Berti Vogts in einer Reklamesendung. Es scheint, als hätte es sich vollständig vom Arbeitsprozeß emanzipiert. Es liegt nahe, hier den Ort zu bestimmen, wo das Kapital als gesellschaftliches Subjekt sich konstituiert, sich findet. Dies umso mehr, als das Finanzkapital grundsätzlich und offensichtlich als Weltkapital

---

[7]Es bleibt das Risiko, daß ein Wechsel platzt. Kredite sind Wechsel auf zukünftige Arbeit – wenn viele Wechsel gleichzeitig platzen, dann zieht sich das, was vorher zeitlich auseinander lag, zusammen und es kommt zur Krise, möglicherweise zum *Crash*. Es ist dies ein Vorgang innerhalb der Sphäre des Geldes und es scheint, als ob dort auch die Ursache läge. Die Ursache ist letztlich aber, daß es nicht mehr wahrscheinlich scheint, daß die Wechselhoffnungen auf zukünfige Arbeit sich erfüllen.

fungiert (Viele linke Theoretiker sind immer wieder fasziniert von der "durch den Computer" vermittelten Lichtgeschwindigkeit des Geldes. Sie sollten nicht vergessen, daß auch der Telegraph mit "Lichtgeschwindigkeit" funktioniert, und den gibt's seit der Jahrhundertwende). Und es ist tatsächlich in einem gewissen Sinn wahr, das habe ich oben schon ausgeführt: Indem in dieser Sphäre die Wirkungen des Klassenkampfs auf die Kapitalien vermittelt und verallgemeinert werden, stellt sich immer wieder neu das Kapital als gesellschaftliches Gesamtverhältnis her, werden die Kapitalisten immer wieder neu zur Klasse formiert – was sich in ihrem Bewußtsein in der zwar schwankenden, aber für alle gleichen Rate des Zinsfußes darstellen mag, was aber in Wirklichkeit die Chefs der großen Banken zu den Capi di Capi macht, die sehr wohl wissen, wo die Kuh steht, die zu melken ist. Und was in Wirklichkeit natürlich nicht in der Sphäre des Geldes, sondern in der tatsächlichen Auseinandersetzung um die Ausbeutungsraten, also um die Arbeit, praktisch wird. Wenn eine Firma wegen der "verschärften internationalen Konkurrenz" glaubhaft mit der Pleite droht, dann sieht es so aus, als ob die Konkurrenz als solche die Ursache wäre. Ursachen sind aber andere: z.B. entweder wird irgendwas produziert, was niemand haben will, oder woanders wirds billiger produziert, entweder weil die dortigen ArbeiterInnen eine höhere organische Zusammensetzung und billigere Produktion durchgesetzt haben, oder weil sie sich den Lohnraub haben gefallen lassen...

Die Weltbürgerschaft des Geldes ist nur möglich, wenn und in dem Maße, wie auch das produktive Kapital Weltbürger ist; was zweierlei als Voraussetzung hat: den Welthandel der Waren, damit auch die Werkzeuge der Ausbeutung dem Geld folgen können und die Abstraktheit der Arbeit, also ihre Unabhängkeit von der jeweils erforderlichen konkreten Form und von ihrem jeweils konkreten Inhalt, also die kapitalistische Lohnarbeit. Es erfordert gerade nicht, oder nur in beschränktem Umfang, die freie Migration der LohnarbeiterInnen. Es setzt die Existenz von zur Fabrikarbeit willigen ProletarierInnen in allen Ecken der Welt voraus. Allerdings muß nicht alles immer sofort und gleichzeitig da sein; das Geld als Kredit selbst und in seinem Troß die kapitalistischen Waren schaffen (immer natürlich unter dem Schutz der Gewehre und Raketen) die Arbeitsbereitschaft der Leute, indem sie ihnen den Zugang zum gesamten Reichtum versprechen und die Subsistenzmöglichkeiten wegnehmen.[8] Das klappt nicht

---

[8]Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Viele GenossInnen sehen diesen Vorgang so wie die Enclosures des 16. oder das deutsche Bauernlegen des 17. und 18. Jahrhunderts, also als Durchsetzung des Kapitalismus oder kapitalistischer Verhältnisse – so als hätte es vor 1950 keine kapitalistische Verhältnisse in Mexiko oder Zentralafrika gegeben. Es werden *neue* kapitalistische Verhältnisse durchgesetzt, nicht mehr. Es ist nicht wahr, daß der Kapitalismus mit kleinbäuerlicher

immer: die in den 70er Jahren so großzügig an den Trikont verteilten Kredite (zur Verhinderung der Revolutionen) waren wie immer Wechsel auf zukünftige Arbeit, zu der die Menschen nur in unzureichendem Maße bereit waren und sind: das ist im Kern die (noch andauernde) "Schuldenkrise" der 80er Jahre.

Wer mit der Arbeiterklasse als solcher nichts mehr zu tun haben will, begibt sich auf die Suche, um andere AkteurInnen zu finden, denen sie/er das "Geschichte machen" anhängen kann. Er/sie kann bei genervten Bankiers und gestressten Brokern fündig werden... wäre immerhin eine originelle Version der alten Erkenntnis, nach der das Geld die Welt regiert. Ich jedenfalls bin bescheidener und bekenne, daß für mich immer noch das mehrwertheckende Kapital die entscheidende Sphäre der ökonomischen und politischen Entwicklung ist. Allerdings, das haben wir oben schon erwähnt: Kapital ist nicht Geld. Es ist auch nicht die Maschinen oder Fabrikgebäude. Kapital ist ein bestimmtes Herrschaftsverhältnis: hinter all den Zuckungen der Zinsen, hinter den Währungsschlangen, hinter den Windungen der Schulgehirne in Cambridge oder Chicago entdecken wir immer wieder das, was uns sehr viel vertrauter ist: den Klassenkampf. Und das ist auch die einzig wirklich reale Sphäre. Geld ist nur Geld und Kapital ist nur Kapital, weil die ArbeiterInnen der Welt es immer noch akzeptieren, daß "bezahlt werden muß", d.h. daß sie immer noch akzeptieren, arbeiten zu müssen.

Die Auseinandersetzungen darüber, was, wieviel, wofür und für wen arbeiten: sie sind der Motor der Geschichte spätestens seit der Erfindung des Rades. Sie sind das Geheimnis der kapitalistischen Entwicklung. Aber *diese* Auseinandersetzungen sind eigentlich nur der Motor dessen, was Marx mit "Vorgeschichte" bezeichnet hat. Sie finden im Wesentlichen innerhalb des Kapitals statt und müssen dort stattfinden – innerhalb der Arbeit. Diese Kämpfe werden das Kapitalverhältnis sprengen, wenn sie sich *gegen* die Arbeit richten.

Bernhard (mit Anregungen von S. und F.), LU, 16.8.94

Subsistenz, Sklaverei und an den Feudalismus erinnernde Gewaltverhältnissen inkompatibel sei. Auf der untersten Ebene der Ausbeutungspyramide werden solche Verhältnisse immer wieder reproduziert und immer wieder aufgelöst. Aber das ist eine andere Debatte...

Der Mob stürmt die Downing Street

Neues zum Klassenkampf in Britannien

»tatöwierte Mohikaner mit Ohrringen und Pferdeschwänzen ...« (*Daily Express*)
»Linke, New Age–Reisende und homosexuelle AktivistInnen ...« (*Daily Mail*)
»Umweltschützer, Wanderer und Ravers ...« (*Independent*)
»Ravers von der Advance Party, New Age–Reisende, HausbesetzerInnen, Jagd–Saboteure, AktivistInnen gegen den Straßenbau, AnarchistInnen und einfache junge Leute ...« (*The Guardian*)

Alle diese Leute demonstrierten zusammen am Sonntag, dem 24. Juli, in London. Mehr als 50 000 liefen durch Whitehall, den Regierungsbezirk, um gegen den *Criminal Justice Bill* (Gesetz zur Reform des Strafrechts) zu protestieren. Als die Demo sich der Downing Street Nr. 10 (Sitz des Premierministers Major) näherte, versuchten Hunderte, die Absperrungen zu durchbrechen und wurden von berittener Polizei und durch Schlagstockeinsätze zurückgeschlagen. Darauf kam es zu Angriffen mit Steinen und anderen Wurfgeschossen. Einige Bullen wurden abgedrängt und attackiert. Trotzdem gelang es der Polizei, den Riot in Grenzen zu halten. Anders als bei dem größten poll tax–Riot im März 1990 (Bewegung gegen die Kopfsteuer) breitete sich die Gewalt nicht bis zum Trafalgar Square aus und es gab auch keine Massenplünderungen und abgefackelten Häuser.
Die Demo war von einer Koalition verschiedener Organisationen vorbereitet worden. Die treibenden Kräfte waren wohl die *Advance Party* (advance: Fortschritt, im räumlichen Sinn), eine Organisation von Ravern und Travellern (Reisende, gemeint sind die Leute aus den Wagenburgen, die mit ihren Wohnwagen herumziehen), und die *Socialist Workers' Party* (SWP, TrotzkistInnen). Zu den weiteren Unterstützern der Demo gehörten *Liberty* (eine Bürgerrechts–Organisation), die *Ramblers' Association* (Wandervereinigung), die Bergarbeitergewerkschaft, Umweltschützer, Tierrechts–Gruppen und antifaschistische Organisationen. Auch wenn liberale Rechtsanwälte und ein Abgeordneter von der Labour Partei Reden hielten, wurde die Demo weder von Labour– noch Gewerkschaftsbossen, von denen die meisten viele der Gesetzesvorschläge befürworten, unterstützt. Das war keinesfalls ein Nachteil – wie bei den poll tax–Demos 1990 riefen die "Extremisten" zu großen Demonstrationen auf, die dann sehr viel militanter und politisierter waren, als sie mit der Unterstützung durch die sozialdemokratischen Statthalter gewesen wären.
Die Travellers, HausbesetzerInnen und Raver waren wohl die größte Gruppe auf der Demo. Es gab sechs mobile Soundanlagen, ähnlich denen bei der berliner *Love Parade* im Juli. Die meisten Beteiligten waren jung. Danach kamen zahlenmäßig die organisierten linken und revolutionären Gruppen, insgesamt über 10 000 Leute, vor allem von der *SWP* und den AnarchistInnen. Mit vielen lokalen Gruppen und Koalitionen in den Städten – Norwich, Brighton, South Shields ... – und einer Reihe kleiner Demos – 2000 in Winchester, 700 in Portsmouth, 350 in Ipswich, 200 in Cambridge ... – wird die

Kampagne gegen das Gesetz wenigstens in den nächsten Monaten die radikale Politik in Britannien bestimmen. Höhepunkt wird ein *Tag der direkten Aktion* in London sein, der für den 27. Oktober geplant ist. Da wird es dann bestimmt wieder ein paar Verhaftungen und vielleicht Randale geben.

Klassenkampf ist nicht "Ökonomismus", oder warum alle diese Leute sich so über etwas aufregen, was sie nicht essen können

Der *Criminal Justice Bill* ist eine eingehende Reform des Strafgesetzes, wobei die Betonung auf der Beseitigung bestehender "Rechte" (oder Schlupflöcher) und die Ausdehnung staatlicher Macht liegt. Einige dieser Gesetze sind in der BRD schon lange gültig, andere sichern nur schon bestehende Polizeipraxis ab. Aber denkt nicht, das alles wäre demnach unwichtig. Entscheidend ist, daß sie überhaupt versuchen, juristische "Rechte" zu beseitigen, und das auf dem Hintergrund der gegenärtigen Situation im Klassenkampf. Das Gesetz wird im Oktober durch das Parlament sein. Im Moment geht es zurück an das Unterhaus, nachdem das Oberhaus Zusätze zu den Vorschlägen der Regierung gemacht hat, die die Regierung ablehnt.

Das Gesetz hat viel mit der Verletzung von Eigentum in Form unbefugten Betretens von Land zu tun (englisch trespass, in der BRD z.B. Land/Hausfriedensbruch), was bisher traditionell Gegenstand des Zivilrechts war. (Hinweis: Grundlage des britischen Rechts ist das Gewohnheitsrecht: Traditionen, Urteile früherer Gerichte usw. Es gibt keinen festen Straf- und Zivilrechtskodex {BGB, StGB} wie in der BRD.) Einige Bestimmungen sind gegen die "traveller" gerichtet, ungefähr 20 000 Leute, von denen immer mehr seit den ersten Thatcher-Jahren (nach 1979) in ihren Wagen und Bussen auf der Straße leben. In Zukunft wird es ein kriminelles Vergehen sein, sechs oder mehr Fahrzeuge zusammen am Rande einer Straße zu parken, ein Fahrzeug nicht von privaten Grundstücken zu entfernen oder innerhalb von drei Monaten auf dasselbe Grundstück zurückzukehren. Die Verpflichtung der lokalen Behörden, für die britischen Roma Stellflächen bereitzustellen, soll gestrichen werden, wobei der ländliche Rassismus gegen die wenigen übriggebliebenden "Gypsies", die weiter herumziehen, ausgenutzt wird. Sie werden nun gezwungen, seßhaft zu werden. Weitere Bestimmungen richten sich gegen DemonstrantInnen, wobei es der Regierung vor allem um besondere Gruppen geht, wie die "Jagd-Saboteure", die direkte Aktionen gegen die reichen Ärsche auf Pferderücken machen, die StraßenbaugegnerInnen (momentan sehr zahlreich), StudentInnen, die gegen die Kürzungen der Stipendien protestieren, ... Proteste auf Privatgrundstücken oder Gebäuden werden verboten. Wandern wird nur noch auf registrierten Wanderwegen erlaubt. Das freut die Landbesitzer, ärgert aber die Wanderer, die in Britannien traditionell sehr militant dort herumlaufen, wo sie wollen. Zuguterletzt soll wildes Zelten mit bis zu drei Monaten Knast bestraft werden.

Eine zweite Reihe von Bestimmungen ist gegen die 60 000 HausbesetzerInnen gerichtet. Die Regierung hat sich wohl nach der poll tax-Kampagne und den damaligen Riots, in denen die BesetzerInnen eine wichtige Rolle spielten, für ein Vorgehen gegen diese entschieden. Die Befugnisse der Hausbesitzer werden erweitert. Zum erstenmal wird Hausbesetzung ein kriminelles Vergehen. Das Gesetz wird dann dem in der BRD nahe-

kommen, auch wenn den BesetzerInnen 24 Stunden gewährt wird, um das Haus zu verlassen. Bisher wurde über Hausbesetzungen im Rahmen des Zivilrechts entschieden. Es gab lange Gerichtsverfahren, in denen eine Räumung genau gerechtfertigt werden mußte. Die Folge war, daß viele besetzte Häuser jahrelang unbeschadet überstanden. Das Gesetz wird es den Hausbesitzern auch leichter machen, Wohnungen zu räumen, wenn die MieterInnen mit der Miete in Rückstand kommen.
Weitere Bestimmungen untergraben das Versammlungsrecht. "Raves", bei der nach Meinung der Regierung Musik gespielt wird, die "vor allem durch eine Abfolge sich wiederholender Beats charakterisiert ist" und die "teilweise im Freien" stattfinden, sollen verhindert werden. Seit dem Acid House von 1988 haben nachfolgende Wellen von Techno Hunderttausende auf Parties mobilisiert, die oft ohne Erlaubnis auf privaten Grundstücken stattfinden. Die Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung durch diese enorm große Szene, die über Mobiltelephone organisiert und schwer zu überblicken ist, erreichten 1992 ihren Höhepunkt, als Zehntausende Raver zusammen mit Travellern ein ganzes Wochenende eine illegale Party auf einem Acker in Catlemorton im Westen von England feierten und die Polizei tatenlos zusehen mußte. Raves von zehn oder mehr Leuten werden nun aufgefordert sich aufzulösen oder die Leute machen sich strafbar und werden mit einer Geldstrafe von 2500 Pfund und bis zu drei Monaten Knast bestraft. Fahrzeuge und Equipment können beschlagnahmt werden. Um die Mobilität von Ravern, Travellern und von "Flying Pickets" (mobile Streikposten, Merkmal militanter Streiks in den 70ern und 80ern), einschränken zu können, kann die Polizei Konvois von sechs oder mehr Fahrzeugen auflösen, eine Versammlung von zwanzig oder mehr Leuten an Autobahnen verbieten und Fahrzeuge im Umkreis von fünf Meilen (ca. acht Kilometer) einer illegalen Party oder Versammlung zurückweisen.
Weitere Bestimmungen werden den Polizeiterror verschlimmern. Die Polizei kann Leute anhalten und durchsuchen, wann immer sie will. Das bedeutet die Rückkehr zu den alten "sus"-Gesetzen (von suspects: Verdächtige), die bei den Aufständen der schwarzen Communities eine Rolle spielten und 1984 abgeschafft wurden. Die Polizei darf nach dem neuen Gesetz ganze Stadtbezirke oder Dörfer 24 Stunden und länger umstellen und blockieren. Sie kann "innere Proben" – Blut, Sperma, Urin, Speichel, Haare, Abstrich aus der Gebärmutter oder dem Enddarm – entnehmen, von wem sie will. Das Recht auf Aussageverweigerung bei der Festnahme wird gestrichen: stattdessen kann Schweigen als Schuldeingeständnis gewertet werden. Strafverteidiger können gezwungen werden, Kenntnisse über ihre Mandanten an Polizei und Anklagebehörde weiterzugeben, was Freisprüche schwieriger macht. Diese letzten Bestimmungen sind eine Reaktion auf die international bekannt gewordenen Fälle der Verurteilung Unschuldiger – die Guildford 4, die Birmingham 6, die Tottenham 3 (IRA-Verdächtige und schwarze Aufständische). Einige mögen hier eine Liberalisierung erwartet haben, aber nun wird es wohl eher schwieriger werden, Unrecht aufzudecken. Das System soll seltener bloßgestellt und "politsche Haftstrafen" einfacher werden.
Und schließlich wird das Mindestalter für Haftstrafen von Kindern auf zehn Jahre herabgesetzt, eine "Antwort" auf den Mord an einem kleinen Jungen in Liverpool im letzten Jahr (die Täter waren elf und zwölf Jahre alt) – nur für den Fall, daß die Kids da irgendwas vorhaben.

Who's hot and who's not!
Der Klassenkampf in Britannien in diesem Sommer

Die Demo zum Strafgesetz macht richtig Mut, wegen der Art und Vielfalt der Leute, die da teilnahmen, wegen der Größe und wegen der Randale. Noch entscheidender ist, daß das auf dem Hintergrund einer insgesamt interessanten Situation stattfindet. Es gibt eine Streikwelle und viele andere Kämpfe. Der durch die Demo hervorgerufene Optimismus macht eine Einschätzung des momentanen Kräfteverhältnisses im Klassenkampf notwendig. Wir müssen versuchen, Ideen zu den Chancen einer Revolte der Arbeiterklasse oder einer Revolution in Britannien zu formulieren. Dazu einige vorsichtige Thesen.

1. Durch dieses Gesetz greift die Regierung erstaunlich viele Leute gleichzeitig an. Das könnten wir als negatives Zeichen werten, oder auch nicht: Die Regierung denkt, daß es notwendig ist, eine Reihe von Leuten gleichzeitig anzugreifen. Sie wurden nicht zufällig von oben in einen Topf geworfen, sondern waren in gewisser Weise schon vorher "vereint". Sie hatten eine bestimmte Kollektivität entwickelt und haben sich Raum und (freie) Zeit nach ihrem Belieben angeeignet. Sie waren für Staat und Kapital – direkt oder indirekt – zur Bedrohung geworden.

2. Seit 1988 war hauptsächlich in der Reproduktionsphäre eine starke, eher junge, proletarische Bewegung entstanden. Diese nimmt unterschiedliche Formen an – Ravers, Travellers, Aufständische ... (Die Aufstände {riots} von 1991/92 wurden von Tausenden wütender junger Männer angeführt, die auch in eher friedlichen Zeiten ein Problem für den Staat darstellen, da sie ein Leben von der Kleinkriminalität und teilweise auf Wanderschaft einem Zwei-Pfund-Job {DM 5} bei MacDonalds vorziehen). Die Bewegung kämpft für die Kontrolle des Raumes und konsumiert eine neue Palette von Drogen. Die mehr politischen Teile der Bewegung haben gezeigt, daß Kämpfe auch in der Community – nicht nur bei der Arbeit – gewonnen werden können: Die poll tax wurde durch starke lokale Organisationen gekippt, andere verhinderten erfolgreich den Bau neuer Straßen.

3. Auch bei der Arbeit ist die Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse ungebrochen, wenn jetzt auch andere Sektoren den Ton angeben. 1988–90 kam es zu einer Welle von Streiks, wilden wie offiziellen, die mit der Rezession 1990–92 zuende ging. Charakteristisch für diese Bewegung waren die autonomen Koordinationen, die sich in einem Fall sogar zu einer wichtigen neuen Gewerkschaft entwickelten, der *OILC* (Offshore Industry Liaison Committee, BohrinselarbeiterInnen). Eine Auswirkung der Rezession war, daß 1992–94, als die Streiks wieder anfingen, keine autonomen Koordinationen der ArbeiterInnen entstanden. Die Streiks werden fast ausschließlich von Basis-GewerkschafterInnen (rank-and-file trade unionists) bestimmt. Aber die Streikhäufigkeit ist heute genauso hoch wie Anfang der 80er. Momentan herrscht Unruhe bei den EisenbahnarbeiterInnen, den PostarbeiterInnen und anderen.

4. Demonstrationen wie in Rotherham Nordengland (Schwarze griffen militante Rechte an, die von den Bullen geschützt werden; danach Demo gegen rassistische Bullenangriffe) und anderswo und die Mobilisierung in Ost–London (gegen einen faschistischen Stadtrat) zeigen, daß wieder eine Bewegung der Schwarzen entsteht, auch wenn sie nicht die treibende Kraft sind wie in den letzten Kampfzyklen. Antifaschismus machte diese Wiederkehr möglich und notwendig. Der Fundamentalismus und Nationalismus, der um 1989 so viele mobilisiert hatte, spielt keine so große Rolle. (Damals hatten junge Asiaten Demos gegen Rushdie gemacht, wo es auch Randale gab; sie griffen dann auch eine Pro–Rushdie–Demo von jungen asiatischen Frauen an).

5. Die Frauenbewegung ist sehr schwach, was nicht heißt, daß Frauen nicht kämpfen, wie Timex (Streik von Arbeiterinnen in der Elekronikindustrie) und andere Beispiele zeigen. Aber autonome Organisierung von Frauen ist selten, und radikale Forderungen von Frauen sind kaum zu hören. Es ist schon soweit, daß Leute, hauptsächlich Männer, gegen den "Child Support Act" (Gesetz zur finanziellen Unterstützung von Kindern) und gegen einen Staat, der sich an Mittelklasse–Feministinnen orientiert, kämpfen. (Dieses Gesetz zwingt Männer, die nicht mit dem Kind zusammenleben, Geld zu zahlen, ob die Frau das will oder nicht. Die Regierung streicht dann die Sozialhilfe der Mutter entsprechend, das heißt, daß die Frau nicht mehr Geld bekommt, aber der Vater verantwortlich gemacht wurde, was immerhin die blöden Mittelklasse–Feministinnen zufriedenstellt.) Schlimmer ist die Krise in den Ghettos, wo die Rebellion der Männer (Riots, Autodiebstahl) oft gegen die Frauen geht (Vandalismus in kommunalen Einrichtungen, Gewalt, gefährliches Fahren).

6. Der thatcheristische Abbau und Umbau des Sozialstaats und die Entstehung neuer ArbeiterInnen–Figuren hängen eng zusammen. Der Sozialstaat schafft sie und benutzt sie: den Raver, der der Arbeit entkommt in seinem Streben nach Genuß und Lustgewinn (hedonism) und damit tausend kleine und innovative Firmen unterstützt; den Traveller, der der Arbeitslosigkeit in den kleinen Orten entkommt und auf der Straße handwerkliche Fähigkeiten erlernt und verkauft; den Bauarbeiter (die als Wanderarbeiter aus allen Regionen Britanniens und Irlands erst nach London kamen, halblegal oder formal selbständig, und mittlerweile auch in der BRD {wander–}arbeiten), der schnell viel Geld sehen will und dann die Bedingungen untergräbt und damit die Macht der Bauunternehmer stärkt. Alle diese proletarischen Figuren entstanden in den 80ern.

7. Einige der Grenzen zwischen den verschiedenen Kämpfen und zwischen den beteiligten ArbeiterInnen konnten überwunden werden – die jungen, unqualifizierten "Arbeitslosen" treffen die etwas älteren, besser qualifizierten Beschäftigten z.B. auf einem Festival oder einer Rave–Party, durch Drogen, oder auf der Demo gegen die poll tax, Faschismus oder das neue Strafgesetz. Aber die entscheidende Verbindung der verschiedenen Kämpfe auf Produktions– und Reproduktionsebene – die Verbindung des Kampfes gegen das Strafgesetz mit dem Streik der Eisenbahner – muß noch hergestellt werden.

8. Der Kampf findet gerade an allen Fronten statt – Streiks, Krankenhäuser, Strafgesetz, Straßen, Antirassismus, StudentInnen ... Viele der Kämpfe entwickeln sich im Interesse des Proletariats (große Mobilisierung, keine Niederlagen). Wir können schon behaupten, daß eine allgemeine Offensive der ArbeiterInnenklasse möglich ist. Vielleicht hat sie schon begonnen und die Klasse hat sich neu und militant zusammengesetzt. Unter diesen Umständen eine allgemeine Revolte – eine Situation wie 1968, nur etwas kleiner? Wenigstens ist das in Britannien das erste Mal nach vielen Jahren wieder möglich.

9. Die Regierung wird sich vielleicht als Reaktion auf die Kämpfe einen Sektor oder die ArbeiterInnen in einer Industrie heraussuchen und sie mit allen ihr gegebenen Mittel – als Abschreckung für die anderen – fertigmachen, so wie sie es 1984 mit den Bergarbeitern gemacht hat und 1992 wiederholen wollte. Das würde einen harten und bitteren Kampf bedeuten und das hohe Risiko einer Eskalation in sich bergen.

10. Es ist im Interesse der ArbeiterInnenklasse, daß die Bewegung so breit wie möglich wird. Ausbrüche auf breiter Front können passieren, wie die Strafrechtsdemo gezeigt hat, aber es ist schwer, sie aufrechtzuerhalten. Für die AktivistInnen schlägt der Kampf um das Strafgesetz die Brücke zwischen verschiedenen Teilen der ArbeiterInnenklasse und eröffnet die Perspektive einer Politisierung und Verallgemeinerung des Kampfes.

11. Eine kurzfristige Variante ist die gestiegene Wahrscheinlichkeit einer neuen Welle von Aufständen in den Städten – mit den schwarzen Jugendlichen zurück in der ersten Reihe, so wie sie es seit 1985 nicht mehr waren.

(Das war's erstmal dazu. Wer mehr darüber wissen will – oder selbst weiß – soll sich melden. Interessant wäre auch eine Auseinandersetzung über das neue Verschärfungsgesetz hier in der BRD und die Entwicklungen in dieser Richtung wie bei den Chaos–Tagen in Hannover oder dem Ausnahmezustand in Brandenburg wegen des Heß–Gedenktages.)

Zur Randale in Bremen:

Ob Silvester, Frühjahr oder Sommer, Krach, Kawumm, Blitz und Donner!

Die "Nächtliche Randale im Steintorviertel" in Bremen vom 5. August 1994 ist ja mittlerweile breit durch die Medien gegangen und hat es sogar bis in die Abendnachrichten von ARD und ZDF gebracht (wir wollen Copy-cats!!!). Trotzdem soll hier nochmal ein kleiner Bericht folgen, verbunden mit ein paar Anmerkungen zur Situation in Bremen und einer Einschätzung dazu. Der Artikel krankt allerdings etwas daran, daß der Autor die Randale (wie große Teile der politischen Szene in Bremen auch) schlichtweg verpaßt hat, obwohl viele sich an diesem Freitagabend ebenfalls in der Stadt aufhielten und sich natürlich alle grün und blau ärgerten, als sie am nächsten Tag Radio hörten... Der Text beruht also sauf Presseberichten, Zeitungsinterviews und natürlich Gesprächen mit Beteiligten und ZuschauerInnen der Randale.

1. Die Situation in Bremen

Die allgemeine soziale und politische Lage ist zur Zeit recht brisant.
Den Sommer über ging es vor allem um die Räumungs(be)drohung gegen zwei besetzte Gelände. Das eine (Weidedamm III) ist ein Parzellengebiet ("Schrebergartenviertel"), das zum großen Teil besetzt ist und von einer wirren Mixtur aus Politniks, Ökos, Alkis, Punx, Arbeitslosen ... in okkupierten Kleingartenhäuschen und in Bauwägen bewohnt ist. Das andere ist das Frauenprojekt Buntentor. Auf dem Areal eines 1987 besetzten Hauses hat sich ein Frauenwohn-, -kultur- und -werkstattsprojekt entwickelt. Hier finden z.B. gemischte politische und kulturelle Veranstaltungen und Schweißkurse für Frauen statt. Es ist jetzt akut räumungsbedroht und wird von Frauen und Männern unterstützt.
In der City läuft eine unglaubliche Hetzkampagne gegen die Junkies und Obdachlosen und alle anderen, die das ästhetische Empfinden von BürgerInnen, Bonzen und Geschäftsleuten stören. Der Sparkassen-Präsi hat erneut gefordert, diese "Elemente" aus der Innenstadt zu entfernen, nachdem ein entsprechender Gesetzesvorstoß der rot-grün-liberalen Ampelkoalition nur teilweise Erfolg hatte und zumindest Menschen, die öffentlich Alkohol trinken noch nicht von den Bullen vertrieben werden können, wie es ursprünglich in einem Gesetzentwurf geplant war! Immerhin ist es schon soweit, daß Sozi-EmpfängerInnen sich ihr Geld nur an bestimmten Sparkassen-Filialen abholen können, damit die tendenziell geschäftsschädigenden Armen und Marginalisierten sich wenigstens auf bestimmte Filialen konzentrieren. Nachdem die Cops in den letzten Jahren bestimmte Bereiche der Stadt schon für die (schwarzen) Flüchtlinge zur No-go-area gemacht haben, soll dies nun offensichtlich ausgedehnt werden auf weitere Personengruppen. Hintergrund dieser Entwicklung ist ein Stadtteilumstrukturierungsprojekt, welches u.a. die jetzige Fußgängerzone bis in den angrenzenden Stadtteil ausweiten will. Die Stadt Bremen erhofft sich dadurch ein wirtschaftliches Überleben als "Oberzentrum" in der Region.

Ein weiterer Mosaikstein ist der massive Abbau von ABM-Stellen vor allem in Sozial-, Jugend- und Kulturprojekten. Folge ist eine Demotage der systemintegrierenden Strukturen. Die Ausgangslage ist also äußerst gespannt und tendenziell kann sich hier wohl an jedem der erwähnten Punkte (und noch vielen anderen mehr) massiver Widerstand entwickeln. Offensichtlich besteht auch ein Zusammenhang zwischen allen Punkten: "soziale Säuberung"! Alle erwähnten Personengruppen und Projekte stören das von oben gewünschte Bild einer prosperierenden Stadt, die nicht zuletzt am 3. Oktober bei den Nationalfeiern hier ein gutes Bild für die nationalen und internationalen Fernsehteams abgeben will.

2. ALL THE TIME is right for fighting in the streets!

Wie schon in Zirkular Nr. 2 erwähnt, ist die Randale vom 5.8. nicht die erste in diesem Jahr in Bremen. In der Silvesternacht kam es an der Sielwallkreuzung im "berühmten Viertel" zu Auseinandersetzungen mit den Bullen, als Jugendliche ihr traditionelles Silvesterfeuer auf der Kreuzung errichteten. Im März kam es - wie berichtet - zu erheblichen Zerstörungen auf einer Antifa-Demo: Bullenautos, Banken und Bonzenautos waren das Ziel der jugendlichen "Revolte". Ergebnis: 250 000 DM Sachschaden und das, weil sich REP-FaschistInnen in ein Hotel einmieten wollten, um dort 'ne Veranstaltung zu machen! Schon damals gab es während des Krawalls die Idee, den "Comet"-Supermarkt zu plündern, was dann allerdings nicht geschehen ist. Und jetzt der dritte Krawall in diesem Jahr. Das macht sicherlich Laune und könnte für die Stadt und die Bullen nun zur tatsächlichen Drohung werden: noch sind Weidedamm und Buntentor nicht geräumt, der 3. Oktober steht vor der Tür.

3. Die "Steintorrandale"

Am Freitagabend (5. August) fand im Jugendfreizeitheim Friesenstraße im Steintorviertel ein Hardcore/Punk - Konzert mit den Bands "Metamorphosis" aus Bremen, "Doom" und "Extinction of Mankind" aus England statt. Das Plakat zeigte einen englischen Bullen (Bobby) mit einem Pfundzeichen auf dem Helm, davor ein Stinkefinger (engl., also mit 2 Fingern). Darunter: Police Bastard Tour. Nachdem sich mehrere AnwohnerInnen bei der Polizei wegen Ruhestörung beschwert hatten, traf um Mitternacht die erste Streife ein. Die 2 Bullen forderten dann im Konzertraum dazu auf, das Konzert wegen Lärmbelästigung zu beenden. Von den ca. 100 KonzertbesucherInnen wurde das Auftreten der Cops mit Anti-Bullen-Parolen (u.a. aus Liedtexten der Band selbst) beantwortet. Die englische Band nahm den Auftritt der Ordnungshüter ebenfalls gelassen, zog aufgrund der fetzig-kämpferischen Stimmung gar Parallelen mit dem Beginn von Riots in England. Aus dem Publikum fielen Sprüche wie "Macht die Bullen platt ey". Die 2 Beamten bekamen es wohl mit der Angst zu tun und verließen das "Freizi" daraufhin erstmal wieder, mußten aber feststellen, daß mittlerweile schon alle 4 Reifen ihres Streifenwagens abgestochen waren. Teile der KonzertbesucherInnen waren inzwischen bereits auf der Straße, sodaß sich die Cops genötigt fühlten, auch mit platten Reifen noch ein paar Meter im Wagen zu flüchten. Ca. eine halbe Stunde später kam

die herbeigerufene Verstärkung an, ein Hubwagen und weitere Fahrzeuge holten die kaputte Streife und die 2 Bullen ab. Dabei wurden sie mit Flaschen und Steinen beworfen, sodaß sie erneut flüchteten (teilweise mit offenen Bustüren!). Ca. 50 Leute sind dann in die größere Straße "Vor dem Steintor" gezogen, und ein paar wenige (inzwischen vermummte) begannen damit, die Baustelle dort auseinanderzunehmen, Mülltonnen auf die Straße zu schieben usw. Es gelang, die Barrikade in ein ansehliches Feuer zu verwandeln, indem Paletten usw. in Brand gesteckt wurden. Von den Bullen war immer noch nichts zu sehen und nach einer Pause wurde damit begonnen, mit Gegenständen die Panzerglasscheiben eines Juweliergeschäfts, welches direkt neben der Barrikade lag, zu bewerfen. Angefangen mit Steinen wurden immer größere Geschosse verwendet, am Schluß Sonnenschirmständer... Dabei entwickelte sich eine regelrechte "Menschenkette": die einen warfen die Sachen von der Baustelle auf die Straße – weiter zum Bürgersteig – die letzte "Fraktion" dann auf die Scheibe. Bis die Scheibe kaputt war, war weit über eine halbe Stunde vergangen. Die Plünderung hatte sich wohl eher spontan ergeben. Es waren dann eher "poppigere" Leute (und nicht die Punx vom Konzert), die anfingen, sich bei Schmuck und Uhren in der Auslage zu bedienen und diese leerzuräumen. Inzwischen war die Menge auf ca. 200 Leute angewachsen, die meisten davon aus den umliegenden Kneipen (darunter auch ein "Techno" – Schuppen), Gruppen, die aus verschiedenen Kneipen auch in umliegenden Straßen dazu kamen, auf alle Fälle Leute verschiedener Nationalitäten und kultureller Scenes. Halt "das ganze bunte Volk, das sich um diese Zeit im Steintor aufhält". (Kommissar Haase). Nachdem der Juwelier ausgeräumt war, stürmten bis zu 30 Leute in den "Comet"–Supermarkt, zertrümmerten Kassen und die (Anti–Klau–) Spiegel und schleppten und warfen Zigarettenständer, Obst, Süßwaren, Getränke und Kaffee auf die Straße, wo die Leute sich bedienten. Nur teilweise wurden Sachen mit nach Hause genommen, um den Kühlschrank aufzufüllen, hauptsächlich war es wohl für den Sofortgebrauch gedacht. Der Sachschaden im Supermarkt wird auf 200 000 DM geschätzt, am nächsten Tag blieb der Markt wegen Zerstörung geschlossen, was einen Umsatzverlust von 60 000 bis 70 000 DM bedeutet. Überraschender Kommentar des Marktleiters: "Jetzt sieht man, was die Sparbeschlüsse des Senats bewirken". Insgesamt konnten die "Casseurs" über eine Stunde lang unbehelligt von den Bullen ihrem nächtlichen Treiben nachgehen, die Stimmung war insgesamt sehr gut, auch wenn es durchaus auch Streitereien gab und AugenzeugInnen berichten, daß – entweder von Zivi–Bullen oder Aktiv–Bürgern – Fotos gemacht worden sind. Achtung also! Ach ja: bei der Sparkasse (s.o.!) wurden Scheiben eingeworfen und ein Schuhgeschäft wurde auch noch einiger Waren entledigt. Wie ein Jugendlicher sagte: "Wenn sich schon einmal die Gelegenheit ergibt, dann greift man auch zu"... Erst etwa um halb 2 Uhr treffen die Bullen dann mit der angeforderten Verstärkung aus Niedersachsen ein: Wannen, jede Menge Streifen, Busse... Die Bullen sind sehr panisch und hektisch, der Einsatzleiter rennt wie ein aufgeschrecktes Huhn herum und treibt die KollegInnen zur Eile an. Allerdings braucht es nochmal seine Zeit, bis die Feuerwehr die brennenden Barrikaden gelöscht hat, bevor die Bullen mit ihren Fahrzeugen durchkommen und mit Helm, Schlagstock und Schild bewaffnete Bullen vor dem Supermarkt die Leute einkreisen können. Dabei gelingt es ihnen 5 Leute festzunehmen (im Alter zwischen 17 und 27 Jahren).

4. Die Reaktionen auf den Krawall

Offenbar hatten die "Casseurs" leichtes Spiel im Steintorviertel. Aus den unterschiedlichsten Kneipen kamen Leute dazu, um sich zu beteiligen, die vielen "Fenstergucker" im Viertel waren auch eher amüsiert als empört, die Taxifahrer immerhin gespalten und uneins (teils Verständnis, v.a. bei den jungen, teils Beklatschen der Bullen, als sie schließlich kommen). Selbst die empörte "taz" mußte erschreckt feststellen, daß "klammheimliche Bewunderung" und "Augenzwinkern" die Stimmung im Viertel am Morgen danach bestimmte. "Irgendwie hätte sich offenbar jeder vorstellen können, dabei gewesen zu sein" (taz-Kommentar). Und ich würde vor allem hinzufügen: "Irgendwie haben sich alle geärgert, die nicht dabei gewesen sind!".

5. Und jetzt?

So ne Randale ist natürlich was feines. Sie ist völlig korrekt, es gibt keinerlei moralische Bedenken, die dagegen angeführt werden können, macht Spaß, trifft die Richtigen und ist etwas sehr soziales und kommunikatives. Sozusagen was für "jederzeit". Ob daraus aber eine stärkere Kraft entstehen kann, wage ich zu bezweifeln. Sie ist kein Mittel, um den Kapitalismus zu bekämpfen, nur eins, ihn erträglicher und lustiger zu machen. Die Leute, die ihn gemacht haben, sind nur zu einem geringen Teil im engeren Sinne "politisch". Aber sie alle scheinen ein Gefühl zu haben, daß sich die Zeiten geändert haben, daß es keine Loyalität mit dem System mehr geben muß, daß es schon ok. ist, sich bei den Bonzen zu bedienen. Ein Gefühl, in dem nicht nur die Bindung an das System verloren geht, sondern auch ein Gefühl von "ihr da oben, wir da unten" zurückkehrt.

NACH SILVESTER, FRÜHLING UND SOMMER
KANN NUR NOCH EIN HEISSER HERBST
KOMMEN! KOMMT ALLE AM 3. OKTOBER
NACH BREMEN, UM DIE NATIONALFEIERN ZU
STÖREN UND DEM "MODELL DEUTSCHLAND"
DEN ENDGÜLTIGEN GARAUS ZU MACHEN!

Moonchild (with a little help from some friends)

Wörth lebt!

Streik bei Mercedes

Bei Mercedes Benz wurde diese Woche gestreikt. Wir haben das auch gerade erst mitbekommen. Einen Artikel dazu gibt es erst im nächsten Zirkular. Damit ihr aber schon mal informiert seit, drucken wir hier einige Zeitungsausschnitte, die den Konflikt beschreiben. Mercedes führt uns hier eine der Kapital-Strategien vor: Drohung mit Schließung, Auslagerung oder Verkauf, um die ArbeiterInnen zu mehr Zugeständnissen bei der Arbeitszeit, Überstunden usw. zu zwingen. Und daß nach der gerade getroffenen Betriebsvereinbarung, die die Bedingungen für die Arbeiterinnen schon erheblich verschärft. Aber den ArbeiterInnen fällt dazu offenbar auch noch was ein ...

"Produktion in Wörth muß sich behaupten"

Untertürkheim. Die Stuttgarter Mercedes-Benz AG hält eine "kostenmäßige Optimierung" der Kunststoffertigung in ihrem Wörther Werk für "dringend geboten". "Es geht darum, die Kunststoffertigung und damit auch Arbeitsplätze zu erhalten", nimmt das Unternehmen Stellung zu Spekulationen über eine mögliche Auslagerung. (...) Die Produktion in Wörth müsse sich im Wettbewerb behaupten. Wenn eine Auslagerung oder die Zusammenarbeit mit einem "kompetenten Partner" dieses Ziel eher erreiche, müsse man diese Variante suchen. (RP, 20.8.94)

Protestaktionen bei Mercedes in Wörth

Wörth. Zu Protestaktionen von etwa 5000 Beschäftigten wird es heute mittag im Wörther Lastwagen-Montagewerk der Stuttgarter Mercedes-Benz AG kommen. Dies hat der Betriebsratsvorsitzende, Gerd Rheude, auf einer Veranstaltung der IG Metall in Kandel angekündigt. Anlaß für die Unruhe unter der Belegschaft sind die in der vergangenen Woche bekanntgewordenen Erwägungen des Unternehmens, die Kunststoffteileproduktion zu verkaufen, in der rund 880 Mitarbeiter beschäftigt sind. Gegen 14 Uhr wird Dr. Bernd Gottschalk, Vorstandsmitglied der Mercedes Benz AG, zu Gesprächen in Wörth erwartet. (RP, 22.8.94)

Proteste bei Benz in Wörth

Belegschaft gegen Ausgliederung der Kunstoffteile

Wörth. Die Erwägungen der Stuttgarter Mercedes-Benz AG, die Kunststoffteilefertigung aus dem Wörther Werk auszulagern, trifft auf harten Widerstand in der Belegschaft.

Bei einer Veranstaltung der IG Metall in Kandel hat der Betriebsratsvorsitzende, Gerd Rheude, massive Protestaktionen von rund 5000 Beschäftigten für heute mittag gegen 14 Uhr angekündigt. Zur gleichen Zeit wird Dr. Bernd Gottschalk, Vorstandsmitglied der Mercedes-Benz AG, zu Gesprächen mit der Wörther Werkleitung und dem Betriebsrat erwartet.

Geplant ist nach den Worten Rheudes, daß sich die Beschäftigten zum Ende der Frühschicht vor dem Verwaltungsgebäude versammeln und ihrem Unmut über den geplanten Verkauf der Kunststoffteilefertigung Luft machen. Der Betriebsrat rechnet damit, daß sich rund 5000

!!!"Wörth lebt" geht auf Seite 45 weiter!!!

Wir hatten wie gesagt aus der Presse vom Kampf in Wörth erfahren. Auf den letzten Drücker vor Abschicken der Zirkulare hat es noch mit einem kurzen Artikel hingehauen ... (Dazu noch was zum Kampf bei *General Motors* in USA)

Streiks im Daimler-LKW-Werk in Wörth

Was wird aus der Gruppenarbeit ohne Krisendruck?

Im Herbst '92 ging die deutsche Automobilindustrie in die Krise: Kurzarbeit, Abfindungsprogramme und Entlassungen, Androhung von Verlagerung ins Ausland, teilweise gezielte Produktionsdrosselung wider bessere Auftragslage. Unter der Hand wurde das Positive der tiefen Krise für das Kapital herausgestrichen. Nur so könnten die neuen Konzepte von »lean production« und »Gruppenarbeit« profitabel umgesetzt werden. Im Mai '92 war das völlig neue Werk von Mercedes in Rastatt eröffnet worden, in dem mit flächendeckender Gruppenarbeit und flexiblerem Arbeitseinsatz die Kosten gedrückt, die Ausbeutungsrate gesteigert werden sollte. Bei der Eröffnung verkündete Mercedes, die neue Arbeitsorganisation in Rastatt solle zum Vorbild für alle Mercedes-Werke werden, man werde nun überall »alte Zöpfe abschneiden und hergebrachte Verkrustungen aufbrechen« (Daimler-Benz Chef Reuter). Erfahrungen in anderen Werken mit der Gruppenarbeit, wie bei Opel, hatten aber bereits gezeigt, daß sich die Arbeiter allein mit ein bißchen Gruppenarbeit nicht alle Zöpfe abschneiden ließen. Kleinlaut mußte daher Reuter zugleich gestehen, daß sie von heute aus betrachtet so ein Werk wie Rastatt nicht noch einmal in Deutschland bauen würden.

Gerade Mercedes brauchte den massiven Kriseneinbruch, um den Druck auf die ArbeiterInnen zu steigern. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte setzte das Management massiv Kurzarbeit ein - mit Erfolg. Abfindungsprogramme wurden bei Mercedes damit begründet, daß sie aufgrund des rapide gesunkenen Krankenstands zu viele Arbeiter hätten. Gegenüber Wörth wurde durch Verhandlungen mit Liaz und Avia in der Tschechischen Republik systematisch Druck aufgebaut. Mercedes kündigte umfangreiche Investitionen und den Bau von Transportern und schwereren Nutzfahrzeugen im Niedriglohnland an. Nach und nach wurden diese Pläne aber wieder fallengelassen. Die FAZ kommentierte damals zutreffend. »Als Druckmittel in Verhandlungen mit den Arbeitnehmern am deutschen Standort Wörth scheint das Interesse für die Tschechei trotzdem nützlich gewesen zu sein. Für die Zusage, von 1997 an einen leichten Lastwagen für den Nahverkehr (6,5 bis 15 Tonnen) in Wörth und nicht in der Tschechei zu bauen, waren dem Betriebsrat offenbar umfangreiche Zugeständnisse abzuringen.« Außerdem behauptete der Unternehmer, im Werk Ludwigsfelde (südlich von Berlin) würde derselbe LKW in 30 Prozent weniger Zeit montiert und verlangte Produktivitätssteigerungen in derselben Größenordnung, sonst werde man die LKW-Fertigung nach Ludwigsfelde verlagern. Der selbe künstliche Verlagerungsdruck wurde auch gegenüber anderen Standorten aufgebaut.

Die Betriebsvereinbarungen in den Mercedes-Werken in Wörth (31.3.93) und in Gaggenau (1.4.93, beide mit einer Laufzeit bis Ende 1998!) leiteten in der gesamten Industrie eine entscheidende Wende ein, die sich in Anlehnung an die us-amerikanischen Verhältnisse als Übergang zum »concession bargaining« (Aushandeln von Zugeständnissen) charakterisieren läßt. Auf betrieblicher Ebene beteiligen sich Betriebsräte an Programmen zur Produktivitätssteigerung und segnen das Unterlaufen gültiger Tarifverträge ab.

Im Vorspann der Wörther Vereinbarung heißt es: »Werkleitung und Betriebsrat verpflichten sich, die Prozesse der Analyse sowie der Umsetzung mit dem Ziel der optimalen Kostenreduzierung (Kostenziel 30%) zu unterstützen.« Unter anderem sieht die Vereinbarung vor: Überprüfung und Veränderung sämtlicher Vorgabe- und Verteilzeiten (wobei »alle Möglichkeiten einer Absenkung« geprüft und unverzüglich umgesetzt werden sollen: »Ziel ist es, eine durchschnittliche Reduzierung von mindestens 20% des heutigen Vorgabezeitvolumens zu erreichen.

Diese Arbeiten sind bis 31.03.1994 abgeschlossen.«), Pausendurchlauf der Bänder, Ausweitung der Gruppenarbeit in 1993 und 1994 auf jeweils tausend weitere Arbeiter, die Gruppen sollen KVP mit dem Resultat einer jährlichen Netto-Produktivitätssteigerung von 7 Prozent betreiben, flexible Arbeitszeiten (z.B. 2 mal 8,75 Std.-Schicht, 3-Schicht-Betrieb) sollen je nach Bedarf ohne Mehrarbeitszuschläge eingeführt werden können (»2 x 8,75 Stunden bzw. 23 Stunden bei kapitalintensiven Fertigungsbereichen als Schichtzeit werden bei künftigen Investitionen als Planungsgrundlage zur Ermittlung der Maschinenkapazität anerkannt.«), Personalabbau mit verschiedenen Methoden (u.a. auch »befristete Abordnung in andere Werke«). Nach Abschluß der Betriebsvereinbarung wurde die LKW-Montage in Ludwigsfelde eingestellt. Im selben Zeitraum wurde die Belegschaft in Wörth von 15 000 auf inzwischen weniger als 10 000 reduziert.
Mit der letzten Krise hat das Kapital versucht, einen radikalen Bruch mit dem bisherigen Verhältnissen in der Fabrik durchzusetzen. Industriesoziologen warnten schon zu Beginn dieser neuen Initiative davor, solche mit Druck und Terror durchgesetzten Produktivitätsverbesserungen könnten im Zuge eines neuen Booms zusammenbrechen. Auch deswegen ist die öffentliche Propaganda, daß dies ein »Aufschwung ohne Beschäftigung« sei, so wichtig für die Unternehmer. Neue Masseneinstellungen wie bei Ford usw. werden bewußt verschwiegen, es wird weiter ausgelagert, um den Druck aufrechtzuerhalten.
Das ist der Hintergrund, vor dem wir erste kleine Kämpfe, wie sie die Arbeiter in Wörth aufgenommen haben, untersuchen müssen. Auf den ersten Blick mögen sie unbedeutend wirken, aber an ihnen wird sich möglicherweise die Zukunft einer ganzen Kapitalstrategie entscheiden.
Schon bei den Tarifverhandlungen im Frühjahr '93 wurde in Wörth deutlich, daß sich mit den Entlassungen und der Intensivierung der Arbeit auch der »soziale Friede« im Werk aufzulösen beginnt: noch nie war die Beteiligung an Warnstreiks so massiv, noch nie war die Stimmung so kämpferisch, zum ersten Mal ging die Belegschaft in einer großen Demo aus dem Werk raus und marschierte durch das Dorf zum Bürgermeister. (»Das war allerdings im Voraus geplant, denn als wir vor dem Rathaus ankamen, war da schon die IG Metall-Anlage aufgebaut!«)
Inzwischen steckt das Werk mitten in einem Auftragsboom: einige Abteilungen arbeiten samstags, trotzdem hängen sie im Moment mit 1000 Stück hintendran. Ab 1.9. sollte das ganze Werk täglich 8,75 Stunden je Schicht und einige Samstagsschichten arbeiten. Nach den ganzen Entlassungen wurden nun 30 Leute neu eingestellt, formal über das Werk Germersheim mit 6-Monatsverträgen und an Wörth »verliehen«. In diese Situation hinein wurde bekannt, daß Daimler Benz die Kunstoffteilefertigung verkaufen will. Der Unternehmer, der die Kunststoffertigung übernehmen soll, ist aus Frankreich. Wie man hört, sollen diejenigen, die übernommen werden, ein Jahr lang die Löhne weiter kriegen. Was dann passiert, ist unklar, möglicherweise zieht er auch die Maschinen raus und entläßt die Leute. Vor zwei Jahren war die Kunststoffertigung noch von einer Unternehmensberatungsfirma untersucht worden und es wurde festgestellt, daß sie hoch produktiv arbeite und eine der modernsten Anlagen überhaupt sei. Seither wurde die Produktivität nochmal um 20 Prozent gesteigert. Aber nach den neuen Managementstrategien geht es nicht mehr um Produktivitätssteigerungen, sondern darum, ob man dasselbe Teil woanders billiger beziehen kann.
Daimler würde von den 880 Beschäftigten in der Kunststoffertigung 200 ins Stammwerk übernehmen, die restlichen müßten in die neue Firma. Daraufhin kam es am 22. August zu einer Arbeitsniederlegung und Demonstration im Werk, an der sich angeblich 3000 ArbeiterInnen beteiligten. Wir haben mit einem Arbeiter aus einer anderen Abteilung darüber gesprochen, wie sich die Situation im Werk entwickelt.

Arbeiter (A): Samstag abends war eine Versammlung in Kandel für alle Betroffenen, Vertrauensleute und Betriebsräte.
Frage (F): Am Montag stand dann in der Rheinpfalz, heute würde es eine Demonstration mit 5000 Teilnehmern geben. Am Dienstag stand dann drin, es sei eine Aktion mit 3000 Teilnehmern gewesen, von denen 500 ins Verwaltungsgebäude eingedrungen seien. Es sei zu Tumulten

gekommen, habe aber keine Verletzten gegeben. Die Geschäftsleitung weigerte sich angesichts der aufgeheizten Stimmung, Stellung zu nehmen.
A: Sagen wir mal, es waren 2000. Du weißt ja, wenn das Band sowieso steht, geht auch nicht jeder mit, wenn man sowieso nicht mehr arbeiten muß. Ich konnte es auch schlecht schätzen von da aus, wo ich stand. Das nannte sich ja auch nicht Streik, sondern »Informationsveranstaltung«. Als ich morgens zur Arbeit kam, wurden auch gar keine Zettel mehr verteilt. Später wurde erzählt, der Betriebsrat ginge von Abteilung zu Abteilung, um die Leute zu informieren und rauszuholen - bei uns war niemand! Von unserer Abteilung hatte vorher niemand etwas genaues gewußt, das war alles nur vom Hörensagen. Und um halb drei kamen dann paar Kollegen rein: »Her, da vorne sin' e paar, gucke mol!«
F: Und wer hat sich beteiligt?
A: In erster Linie natürlich die aus der Kunststoffteilefertigung, die es direkt betrifft, die sind alle zusammen rüber marschiert. Und dann Leute aus der Stanzerei, Rohrbiegerei usw.. Weil es hieß »Informationsveranstaltung, es können alle hin!« Angeblich wurde auch keine Zeit dafür abgezogen. Und weil es Pläne gibt, daß die Stanzerei als nächstes verkauft werden soll. Die Leute wollten dann, daß jemand von der Werkleitung Stellung nimmt, die sagten aber, die Stimmung sei zu aufgebracht, da könne man jetzt eh nicht reden. Außerdem soll ein Vertreter der Firma dagewesen sein, die das kaufen wollen. Der hat aber auch nur drum rum geredet. Dann sind einige in das Verwaltungsgebäude eingedrungen, der Betriebsrat soll sie aber wieder beruhigt haben. Ich finde es schwer zu durchschauen, was da jetzt echt war und was Propaganda vom Betriebsrat ist. RTL war vorm Tor gestanden und durfte nicht rein.
F: Was für Leute arbeiten in der Kunststoffteilefertigung?
A: Alles, gemischt. Einige Ungelernte, einige, die beim Daimler Kunststofformgeber gelernt haben (diese Ausbildung gibt's jetzt nicht mehr), die arbeiten dann als Maschinenführer. Schwerpunktmäßig Mittelalter, zwischen 40 und 45.
F: Die produzieren doch Kunststoffteile für den ganzen Daimler-Konzern?
A: Ja, die machen viel PKW-Teile, dann auch Schürzen für LKWs und kleinere Spritzgußteile.
F: Die Parolen sind ja auch etwas doppeldeutig: Eine Kuh, die Milch gibt, schlachtet man nicht....
A: ... ja man kann das immer etwas zweideutig sehen, die ganze Geschichte. Das ist immer so. Aber in dem Fall denk ich schon, daß die Aktion ganz klar vom Betriebsrat ausging. Und der BR verhandelt im Grund mit der Position: Wenn die Kunststoffteilefertigung nicht verkauft wird, stimmen wir den Überstunden und Samstagsarbeit zu.

Streik am Band - gegen Gruppenterror

A: Im Gegensatz zu der Aktion vor zwei Wochen ging das nicht spontan von den Arbeitern aus. Das war an der Hochstrecke, Abteilung Innenausbau. Die bearbeiten die Fahrerhäuser direkt nach der Lackiererei, müssen die versauten Gewinde nachschneiden, die Dämpfung unten einlegen und so n Zeugs, das meiste ist über-Kopf-Arbeit. Am Band ist alles Scheißarbeit, bei denen ist es schon besonders schlimm. Ich kann mir schon vorstellen, daß die die Schnauze voll haben.
F: Die Situation im Moment ist ja auch was ganz Neues: bisher wurden Unternehmerangriffe immer irgendwie mit Krise, Absatzproblemen, Produktivitätsproblemen o.ä. begründet. Heute macht der Unternehmer satte Profite, hat große Produktivitätssteigerungen durchgedrückt ... und kommt jetzt trotzdem und sagt: Wir verkaufen die Abteilung. Während sie gleichzeitig Überstunden anordnen!
A: Es ist schon so, daß viele Leute mit dem Rücken an der Wand stehen, die haben gebaut und einigermaßen mit dem Lohn kalkuliert und jetzt sollen sie möglicherweise deutlich weniger verdienen. Darum geht's ja im Grunde mit der ganzen Auslagerung. Also es ist schon so, daß viele Muffe haben, der Krankenstand ist noch weiter runtergegangen, so niedrig soll er noch nie gewesen sein, ich weiß aber keine genauen Zahlen.
F: Die Entlassungen in den letzten anderthalb Jahren sind ja zu nem großen Teil über Frühverrentungen und Abfindungen geregelt worden, es dürfte ja auch von daher so sein, daß

diese Schiene nun ausgereizt ist, wahrscheinlich sind kaum noch ArbeiterInnen im Werk, die über 50 sind, oder?
A: Da hast Du recht, die gibt's kaum noch, auch nicht mehr in Abteilungen, wo sie gebraucht würden! Was wir zur Zeit Schrott aus anderen Abteilungen geliefert kriegen, das glaubst du mir wahrscheinlich nicht! Du würdest Dich kaputtlachen! Früher konntest Du bestimmte Sachen einfach unbesehen verwenden, weil Du wußtest, das ist in Ordnung, heute mußt du alles überprüfen. Die vergeben ja auch die ganze Konstruktion an Fremdfirmen, das wird mittlerweile von Konstruktionsbüros gemacht, und aus der Konstruktionsabteilung müssen sie dann Leute zu den Fremdfirmen schicken, die denen erklären müssen, was sie zu tun haben, so absurd läuft das! Die Alten fehlen überall, du kannst nicht nur mit Jungen, du brauchst die Erfahrungen der Alten. Dann verteilen sie die Aufgaben mal wieder anders, aber das ist keine Lösung.
Die Betriebsvereinbarung und die Einführung von Gruppenarbeit haben zu ner massiven Arbeitsverdichtung geführt. Wenn am Band rein rechnerisch einer zuviel in der Gruppe ist, lassen sie ihn lieber kehren, anstatt daß sie ihn in der Gruppe drin lassen und es alle etwas leichter haben. Die Bänder laufen komplett durch, werden bei Schichtwechsel laufend übergeben. Zusätzlich haben sie denen Leute rausgezogen. Die sind alle unzufrieden, es kommt dauernd zu Konflikten. Und da haben sie letzte Woche, als sie mal wieder mit der Arbeit hinterherhingen, einfach das Band abgeschaltet.

Rückleuchten als Spotlight

»Lean Produktion« und Arbeitermacht

Die folgende kurze Zeitungsmeldung beleuchtet schlaglichtartig die neuen Möglichkeiten von Arbeitermacht, die sich in den umstrukturierten, dezentralisierten und zugleich vernetzten Konzernen entwikeln. Ein wesentliches Instrument der Produktivitätssteigerung bei den drei großen Autokonzernen in den USA bestand und besteht in der Vereinheitlichung der Teile für ganz verschiedene Modelle und der Konzentrierung ihrer Produktion an wenigen Standorten. Das gerade bekannt geworden gigantische Reorganisationskonzept von Ford zielt in diese Richtung. In einer mittelgroßen Teilefabrik von GM haben die ArbeiterInnen ihre politischen Möglichkeiten innerhalb dieser Strukturen ausprobiert. Was muß das für ein Gefühl sein, mit ein paar Rückleuchten den Giganten GM zu stoppen?! In der sogenannten Bibel der Autoindustrie (»The Machine That Changed the World«), die von den Linken immer nur als Rezept für die neue Macht des Kapitals gelesen wurde, hatten die MIT-Forscher bereits das Gegenteil betont: wie extrem »gebrechlich« die schlanke Produktion ist (dtsch. Ausgabe, S. 108). Im neuen Boom der nordamerikanischen Autoindustrie beginnen die ArbeiterInnen, dieses Geheimnis der Unternehmer zu entdecken und für sich zu benutzen.

Streik zwingt GM zum Nachgeben (FAZ, 27.8.94):
Der Autokonzern und die Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW) haben sich auf das Ende eines Streiks in einem Werk in Anderson (Indiana) geeinigt. Durch den Streik drohte ein Großteil der GM-Produktion in Nordamerika stillgelegt werden zu müssen. Das Werk in Anderson ist der einzige Produzent von Rücklichtern für den gesamten Konzern. Wegen des Streiks, der am Dienstag begann, hatte bereits am Donnerstag [!] die Produktion in dreizehn Montagewerken eingestellt werden müssen. Die GM-Führung hat daraufhin eingelenkt. In den meisten betroffenen Werken dürfte die Produktion erst am Montag wieder anlaufen. Der Produktionsausfall ist für GM besonders schmerzlich, weil die Produktion bei einigen Modellen ohnehin schon hinter der lebhaften Nachfrage hinterhergehinkt ist. Anlaß für den Streik war die Absicht von GM, bis Herbst 1998 rund 1000 der 3300 gewerkschaftlich organisierten Jobs in Anderson abzubauen. Im Bemühen um Kostensenkung wollte GM diese Tätigkeit an Zulieferer vergeben, die wesentlich geringere Arbeitskosten haben. GM sagt nun zu, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhalten.

Beschäftigte an der Aktion beteiligen werden. Denn, so Rheude: "Die Diskussion um die Kunststoffteile ist nur der Anfang. Bald werden auch andere Bereiche zur Disposition stehen."
Der Betriebsratsvorsitzende verlangt von der Unternehmensleitung eine detaillierte Aufstellung der Geschäftsergebnisse, um festzustellen, "welche Kosten wir in Wörth tatsächlich produzieren". Ihm gegenüber habe die Werkleitung lediglich von 20 Millionen DM Verlust im Geschäftsjahr 1993 gesprochen.
Rheude glaubt, daß die gute Auftragslage seiner Verhandlungsposition um den Verbleib der Kunststoffteilefertigung entgegenkommt. 49.900 Lkw werde Mercedes in Wörth bis Ende des Jahres produzieren. Die Werkleitung in Wörth hat den Betriebsrat in der vergangenen Woche aufgefordert, vom 1. September an vier Monate lang täglich 8,75 Stunden und eventuell auch an Samstagen zu arbeiten, wie es eine Betriebsvereinbarung aus dem jahr 1993 vorsieht. Ansonsten seien die vereinbarten Liefertermine nicht einzuhalten.
Der Betriebsrat, sagt Rheude, werde dieser Abmachung nicht zustimmen, solange keine schriftliche Garantie vorliege, die Kunststoffteilefertigung in Wörth zu behalten. Man habe die Produktionskosten in diesem Bereich in den vergangenen zwei jahren immerhin um 22 Prozent gesenkt. (RP, 22.8.94)

Proteste bei Mercedes in Wörth

Auslagerung der Kunsstoffteile–Fertigung umstritten – "300 Arbeitsplätze gefährdet"
Wörth. Die Beschäftigten des Wörther Mercedes–Werkes haben gestern zu Beginn der Spätschicht ihre Arbeit niedergelegt. Rund 3000 Mitarbeiter protestierten mit Spruchbändern gegen Pläne der Stuttgarter Mercedes–Benz AG, die Kunststoffteilefertigung mit 880 Mitarbeitern aus dem Unternehmen auszulagern. Rund 500 Mitarbeiter drangen in das Verwaltungsgebäude ein. Es kam zu tumultartigen Szenen, verletzt wurde niemand.
Ein Sprecher der IG Metall teilte nach der Veranstaltung mit, Mercedes Benz–Vorstandsmitglied Horst Zimmer habe vor der Versammlung erklärt, es werde mit einem an der Übernahme der Kunststoffteilefertigung interessierten Unternehmen gesprochen. Überlegt werde auch, daß diese Fertigung im Werk Wörth bleibe, wobei dann aber 300 der 880 Arbeitsplätze abgebaut werden sollten.
(RP, 23.8.94)

Bericht aus der Filmindustrie

Arbeiten für Hollywood

Bei der Diskussion um neue Konzepte der Organisierung der Arbeit war in letzter Zeit immer wieder auch von der Hollywood-Filmindustrie als Modell die Rede. Im Zirkular Nr.3 (S. 52-57, Übersetzung aus den Labor Notes, USA, April 1994), ging es u.a. um neue Konzepte wie "agile production" und "virtual production", die auf "maximale Beweglichkeit" der Unternehmen setzen. Diese bestehen nur noch aus dem obersten Management. Alles andere - Fertigung, Dienstleistungen, Kommunikation - wird ausgelagert und nur für Projekte engagiert. "Das Modell hierfür ist die Hollywood-Filmproduktion. Die Produzenten besorgen das Geld, heuern die Schreiber, Schauspieler, Techniker. Wenn der Film fertig ist, kehren alle auf den Markt zurück, um auf das nächste Projekt zu warten." (Z.3, S. 57) Auch Roth schreibt in seinem neuen Buch (siehe Zusammenfassung und Kritik in dieser Nummer) über die Hollywood-Methode. "Unterhalb der Spitze (gibt es) nur noch ungeschützte Lohn- und Werkvertragsverhältnisse". Diese "völlige Verflüssigung der Arbeiterklasse bis hin zu den höchsten Qualifikationsstufen" steht "am Ende einer über 25-jährigen Auseinandersetzung auf der shop-floor-Ebene". Die neue Form der Arbeitsorgansation bedeutet also auch, daß die ArbeiterInnen neue Formen des Kampfes entwickeln müssen, weil sich das Kampfterrain entscheidend verändert hat. Über die Arbeit bei der Filmindustrie und erste Erfahrungen mit den Arbeitsbedingungen und Kampfbedingungen will ich hier berichten.
Dies sind Eindrücke und Beobachtungen aus dem Bereich Film- und Fernsehproduktion. Ich arbeite erst etwas über ein Jahr für einen Subunternehmer in Berlin, der jeweils für einzelne Produktionen von Film- und Fernsehproduzenten Aufträge bekommt. Meist werde ich dann für einige Tage, zum Teil nur einige Stunden, für eine bestimmte Produktion angestellt.
Bei den folgenden Ausführungen fehlt völlig eine historische Perspektive - welche Kämpfe hat es in dem Sektor gegeben, wie hat sich die Arbeit verändert, usw.? Aber bevor ich jetzt wieder gar nichts schreibe, weil ich wie immer mit den bisherigen Ergebnissen nicht zufrieden bin, hier einige vorsichtige Bemerkungen ...
(Wer Material zu Kämpfen oder Entwicklungen in diesem Sektor hat, kann sich ja melden; habe von einer Broschüre über Kämpfe in Paris gehört...)

1. (Neu-)Zusammensetzung des Medienkapitals

Die Zusammensetzung des Medienkapitals hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert, so auch im Film- und Fernsehbereich. Die privaten Sendeanstalten als internationale Medienkonzerne dominieren den Fernsehmarkt. Bei der Produktion aufwendiger Serien, die nicht nur über die Werbung, sondern auch über den Verkauf in andere Länder Profit abwerfen, arbeiten die Privatsender auch mit amerikanischen oder japanischen Konzernen zusammen. Im Filmbereich beherrschen die japanisch-amerikanischen Konzerne den Markt, doch in Europa spielen auch die subventionierten deutschen und

französischen Produktionen eine Rolle. Die Auseinandersetzung bei den GATT-Verhandlungen (Aufhebung von Zöllen und Subventionen) um die staatliche Unterstützung der französischen Filmindustrie zeigt, wie die europäischen Konzerne versuchen, sich zu behaupten. Sie setzen auf die Fortsetzung der staatlichen Filmförderung und europäische Kooperation (siehe französische Investionenen in Babelsberg). In der BRD ist die Film- und Fernsehproduktion in vier Städten konzentriert: München, Köln, Berlin/Potsdam und (mit etwas Abstand dahinter) Hamburg. Neben den großen Privatsendern sitzen hier auch die wichtigsten Filmgesellschaften und die kleinen Produktionsfirmen und Subunternehmer. Die Städte konkurrieren, wie in anderen Kapitalbereichen ja auch, um Investitionen und die Ansiedlung der Filmgesellschaften. Es gibt ein Überangebot an Studios und Produktionskapazitäten. Die Städte versuchen, über Steuererleichterungen und kommunale Infrastrukturverbesserungen (Medienpark in Köln, Sanierung von Babelsberg ...) konkurrenzfähig zu bleiben.

2. Auftraggeber und Subunternehmer

Die folgende Beschreibung bezieht sich auf die Dreharbeit bei Filmen und Fernsehsendungen über "unabhängige" Produzenten und Subunternehmer. Wie die Arbeit in der Nachproduktion (Schnitt, Kopieren usw.) oder bei den (öffentlich-rechtlichen) Sendern aussieht, dazu vermag ich wenig zu sagen. Die Sender haben aber in den letzten jahren immer mehr Produktionsteile ausgelagert. Bis auf die Nachrichtenabteilungen und einige andere Redaktionen arbeiten sie heute hauptsächlich mit sogenannten "Freien", was alle einschließt: JournalistInnen, Kameraleute, TontechnikerInnen, BeleuchterInnen. Ungelernte Arbeiten werden zumindest in Berlin meist von StudentInnen oder PraktikantInnen gemacht.

Bei den "unabhängigen" Produktionen treten die Fernsehsender oder Filmgesellschaften oft nur als Auftraggeber und Finanziers auf. Die Produktion selbst wird dann von einem Produzenten organisiert. Seine Firma besteht meist nur aus dem Chef und wenigen (Büro-)Angestellten. Alle anderen Arbeiten werden an Subunternehmer weitergegeben. Für jede Produktion gibt es quasi eine Ausschreibung, bei der die "billigste" Firma den Zuschlag bekommt. Während die privaten Sender wie RTL und SAT1 sowie einige Filmproduzenten relativ große Budgets haben und sich die "besten" Leute engagieren, gibt es bei den öffentlich-rechtlichen und vielen kleineren Filmgesellschaften chronischen Geldmangel. Sie feilschen also mit den Subs um jede Mark und versuchen ständig, die Preise zu drücken.

3. Wanderarbeit und Arbeitsorganisation

Bei den einzelnen Produktionen arbeiten oft ArbeiterInnen von Subunternehmen aus verschiedenen Städten (also Beleuchter aus Köln und Kamerateam aus München drehen in Berlin usw.). Das ist eine Form von Wanderarbeit: Für drei, vier oder sechs Wochen wird irgendwo ein Film abgedreht. Die Leute wohnen in Hotels. Meist wird an sechs Tagen die Woche gearbeitet. Dabei gibt es kaum eine Stundenbegrenzung. Da wird auch mal 20 Stunden gedreht, dann sechs Stunden Pause und gleich nochmal 15 Stunden. Nacht- und Wochendarbeit ist selbstverständlich. Tarifbestimmungen (IG Medien) über

Arbeitszeiten, Bezahlung und Verpflegung werden oft nicht eingehalten (insbesondere bei den kleineren Produktionen).

Durch die Aufteilung der Arbeit auf Subunternehmen entsteht eine komplizierte Hierarchie. Zunächst ist die Arbeit in folgende Bereiche unterteilt: Produktionsleitung, Aufnahmeleitung, Regie als Entscheidungsinstanzen; SchauspielerInnen und Komparsen; Kamera, Ton, Beleuchtung, Maske, Requisite, Bühne, Special Effects als direkte Zuarbeit; Catering und Absperrung. Die Aufgaben innerhalb dieser Abteilungen sind nochmal sehr unterschiedlich: Die Produktionsleitung hat Fahrer, die Spezialisten (Regie, Kamera, Ton usw.) haben noch ihre Assistenten und Zuträger, die Beleuchter ihre Stativträger, usw. Während Kamera, Bühne, Special Effects und Beleuchtung fast immer Männer machen, arbeiten Frauen vor allem in der Maske, Requisite, Catering und in der Aufnahmeleitung als Assistentinnen.

4. Löhne, Arbeitsverhältnisse und Probleme beim Subber

Die Subunternehmer zahlen oft schlecht. Bis auf einige wenige Spezialisten (Kamera, Beleuchter) und die Aufseher (Aufnahmeleiter), die gut verdienen, bekommen die Leute zwischen 10 und 25 Mark. Oft müssen sie diese aber als "Selbständige" (ArbeiterInnen) selbst versteuern. Nur wenige werden auf Steuerkarte für eine Produktion befristet angestellt. Ihr Lohn liegt dann noch unter dem der "Selbständigen". Viele sind auch als PraktikantInnen beschäftigt und bekommen zwischen 300 und 500 DM die Woche (für manchmal 80 Stunden!). Die PraktikantInnen kommen meist von Filmschulen und träumen vom großen Einstieg oder versuchen als Requisiteure oder BühnenarbeiterInnen fest angestellt zu werden oder ihre eigene Firma aufzubauen. Die StudentInnen bekommen zwischen 10 und 20 DM, ohne Sozialleistungen und Urlaub. Weniger als die Hälfte sind bei einem der Subunternehmer fest angestellt. Die Komparsen werden meist pauschal bezahlt: zwischen 60 und 130 DM je nach Dauer, manchmal auch DM 100, egal ob für drei Stunden oder zwölf. Sie sind oft als "geringfügig Beschäftigte" angestellt, also mit einem Monatseinkommen unter 600 oder 700, viele sind RentnerInnen, "Hausfrauen", StudentInnen.
Für die ArbeiterInnen sind die Fronten sehr verwischt. Die Arbeitsverhältnisse sind sehr unterschiedlich. Während einige sich auf den Job "neben den Stars" was einbilden, nehmen ihn andere als eine "beschissene aber notwendige" Arbeit hin. Manche träumen von der Karriere und legen sich ins Zeug, während andere grad so viel tun, daß das Ganze funktioniert, ohne daß jemand sich abhetzen muß. Die Produktions- und Aufnahmeleitung erscheint als Chefinstanz. Schwierig ist das aber, weil dein Chef, der Subber, gegenüber der Aufnahmeleitung Malocher, dir gegenüber aber Chef ist. Beim Kampf gegen zu lange Arbeitszeit, für Pausen und bessere Verpflegung ist er also auf deiner Seite. Bei den Verhandlungen um Aufträge mit den Produktionsleitungen/Produzenten versucht er, deinen Lohn zu verteidigen. Gerade bei den Ungelernten verlangen die Produktionsleiter oft, nicht mehr als 10 DM zu zahlen ("das können doch Polen machen"). Der Subber wird da zum Gewerkschaftler, der dann doch die 14 DM durchsetzt. Innerhalb des Subunternehmens, bei der Lohnhöhe und -auszahlung und der internen Arbeitsorganisation ist der Subber dann eben der Chef,

gegen den du was durchsetzen mußt. Er jammert dann über die Bedingungen, die ihm von "oben" aufgezwungen werden, über die "Rabatte", die die Auftraggeber verlangen und wegen denen er nicht mehr als 14 DM zahlen kann, oder über die schlechte Zahlungsmoral der Auftraggeber, mit der er dann rechtfertigt, warum er den Lohn erst in vier Wochen zahlen kann.

5. Schwierige Bedingungen für Kämpfe

So sind die Bedingungen für Kämpfe schlecht. Die Hierarchie ist verwischt – kämpfen wir gegen die Produktionsleitung oder den Subber? Die Arbeitsverhältnisse und Lohnhöhen sehr unterschiedlich – gutbezahlte Selbständige, schlechtbezahlte Ungelernte, PraktikantInnen. Die meisten der Ungelernten, der PraktikantInnen, der AbsperrerInnen und Stativträger, mit denen ich gesprochen habe, empfinden das als miese Arbeit mit schlechter Bezahlung und erkennen auch die Schwierigkeiten, die sich aus der Aufteilung auf viele Subunternehmen – die vielen Chefs – ergeben. Aber jede gemeinsame Aktion, z.B. zum Lohn scheint unmöglich. Mensch sieht sich zwei oder drei Wochen an einem Set, dann ist die Hälfte wieder in einer anderen Stadt, einige gehen wieder zur Uni, andere träumen weiter von der Karriere als Kamerafrau und suchen sich eine weitere beschissene PraktikantInnenstelle. Am nächsten Set kennt mensch wieder nur ein oder zwei Leute. Der eigene Subber engagiert auch andere Leute, die Sozi kriegen und nur mal zwei Tage was dazuverdienen wollen, usw.

Meine Versuche, mit den wenigen ArbeiterInnen bei meinem Subber bessere Bedingungen und höhere Löhne einzufordern, führten zu unserer Entlassung. Kommentar der Chefs, die übrigens ursprünglich aus der Scene kamen: Wir hätten versucht da quasi eine "Gewerkschaft" zu organisieren; das würde in dem Sektor nicht gehen und in ihrer Firma schon gar nicht. Da wir keine festen Verträge haben und zum Teil den Lohn nicht auf unseren Namen abrechnen, besteht die Entlassung darin, daß wir halt nicht mehr angerufen werden und sich der Subber andere Leute sucht, die wir nicht kennen. Da zudem alle grad in Urlaub sind oder fahren, klappt das mit dem kollektiven Kampf hier schlecht. Auch die Perspektive ist noch unklar: Was können wir eigentlich fordern? Die Subber sind oft zu klein und die Aufträge zu unregelmäßig, um uns fest einzustellen. Die Löhne werden von den Produzenten gedrückt. Die flexible Arbeitsorganisation (länger arbeiten oder früher nach hause gehen, nachts auf Anruf erscheinen usw.) wird von der Aufnahmeleitung einfach erwartet. Wir müssen also gleich die Auftraggeber mit angreifen, d.h. die Organisierung muß gleich über die popeligen Subber rausgehen und die Arbeitsbedingungen insgesamt an den Sets thematisieren.

Einige dieser Probleme sind ja nicht nur in Hollywood anzutreffen. Die Arbeitsorganisation des Filmsektors ist ja in anderen Bereichen schon übernommen worden. Die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse und Lohnhöhen, die Fluktuation, die Wanderarbeit usw. – hatten wir das nicht auch auf dem Bau? (siehe Zirkulare Nr.4, S.24f. und Nr.6, S.33f.) Die Fragen nach den Perspektiven von Kämpfen und der Möglichkeit von Organisierung scheinen also ähnlich zu sein. Im Unterschied zum Bau wäre aber noch zu klären, ob das hier auch ein sogenannter "strategischer" Sektor ist, also ob Kämpfe hier auch Signalwirkung für andere Bereiche hätten und ob das (Film–)Kapital in Schwierigkeiten käme, wenn es in Berlin Kämpfe in diesem Sektor geben sollte.

Häuser und Straßen müssen sie halt da bauen, wo sie hin sollen. Filme können sie auch in anderen Städten in der BRD – siehe Städte–Konkurrenz – oder anderen Regionen der Welt drehen. Die Auslagerung der Zeichentrickfilm–Produktion von Kalifornien nach Taiwan und Indien zeigt, wie flexibel das Kapital hier sein kann.
Erstmal scheinen die täglichen Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen weiter individuell oder auf eine Produktion begrenzt abzulaufen und das Arrangement Auftraggeber/Subunternehmer nicht zu sprengen. Die Überwindung der Individualisierung und der Spaltung über die Subber wäre aber Voraussetzung für die Entwicklung einer ArbeiterInnenmacht in diesem Sektor. Stellt sich die Frage, ob die notwendige Initiative von den ArbeiterInnen aus dem Film– und Fernsehsektor selbst kommen wird, oder sie darauf angeweisen sind, daß Kämpfe anderer ArbeiterInnen ihnen hier erst eigene Perspektiven eröffnen.
Die Ausdehnung der Hollywood–Bedingungen auch auf andere Bereiche (Fabrik, Dienstleistungen, Bildungssektor ...) bedeutet, daß wir auch da Kampfperspektiven und Organsierungsformen in Zukunft neu diskutieren müssen.

Städtebericht Potsdam

Wir sind eine Gruppe schmucker Mädels und Jungs, die sich einmal in der Woche mit dem nötigen Ernst treffen, um uns darüber im klaren zu werden, wie wir das hiesige System angreifen und stürzen können. Wir sind Bauarbeiter, Kellnerinnen, Lehrlinge und Arbeitslose. Manche von uns leben in besetzten Häusern, einige auch in Mietwohnungen. Der nachfolgende Text ist der Beginn unserer politischen Zusammenarbeit, er gab uns die Möglichkeit, gemeinsam zu reden und denken.

Potsdamer Sozialstruktur

Die Potsdamer Sozialstruktur ist eine für Ostdeutschland vergleichsweise unauffällige. Die Verantwortlichen der Stadt sprechen von neun Prozent Arbeitslosen und wenigen SozialhilfeempfängerInnen (1030 auf 140.000 EinwohnerInnen). Es muß allen klar sein, daß es sich hierbei um Scheinrealitäten handelt. Es werden viel zu wenige Menschen registriert, zum Beispiel gibt es über Obdachlose kaum offizielle Daten. Zur Zeit spricht man von 348 gemeldeten Obdachlosen. Natürlich melden sich auch viele Menschen beim Arbeits- oder Sozialamt nicht an, wegen der unzumutbaren Zustände, oder weil man von der Beihilfe sowieso kaum leben kann. Bei einem Regelsatz von 400 DM, den es vom Sozialamt gibt, scheuen einige den riesigen Aufwand und Bürokratismus.
Bis 1989 waren viele PotsdamerInnen im Umland beschäftigt (zum Beispiel in Teltow, Stahnsdorf, industriellen Ballungsgebieten in der Nähe von Potsdam). Dort produzierten drei große Elektronik/E-Technik-Betriebe mit zusammen rund 18.000 ArbeiterInnen. Von diesen existiert heute kein einziger mehr. Es gibt im Gebiet von Potsdam keinen Betrieb, der ähnlich viele Menschen beschäftigt wie vor 1990. In Betrieben mit mehr als 20 ArbeiterInnen werden zur Zeit nur etwa 8 800 Menschen ausgebeutet, eine verschwindend geringe Zahl. Es kann davon ausgegangen werden, daß bewußt Menschen aus ihren alten Arbeitskollektiven herausgerissen und eine völlig dezentrale Arbeitsstruktur geschaffen wurde, die die vielen Entlassenen aufnehmen sollte (zum Beispiel im Handwerks- und Dienstleistungsgewerbe).
Bedingt durch den Zustrom des Kapitals und die Umzugspläne der Regierenden in Bonn ist eine riesige Umstrukturierung der Stadt im Gange. Vor allem sollen Menschen aus den inzwischen teuren Gebieten der Innenstadt in die Vorstädte verdrängt werden. Aus dem freiwerdenden Wohnraum entstehen Büro- und Gewerbeflächen, Privatwohnungen und Gebäude für die Verwaltung der Stadt und des Landes. Die Regierenden der Stadt haben auf diesem Gebiet auch schon einiges erreicht. So betrachtet man inzwischen die nördliche und südliche Innenstadt als ein Gebiet mit sehr negativer Bevölkerungsbewegung, bedingt durch "hohen Sterbeüberschuß und geringen Wanderungsgewinn". Gebiete wie "Waldstadt I" und "Waldstadt II", also Neubaugebiete am Stadtrand, weisen positive "Wanderungsgewinne" und Geburtenüberschüsse auf (Quellen vorhanden).
Es geht den Regierenden der Stadt darum, Potsdam in eine exklusive Vorstadt der künftigen Hauptstadt zu verwandeln, mit großen Zentren der Verwaltung, des Finanzkapitals (in der Zeppelinstraße entsteht das Vorstandsgebäude der LBS) sowie teuren Wohn- und Amüsiervierteln (geplantes Europazentrum auf dem Bornstedter Feld).

Die vermeintlich positiven Arbeitslosenzahlen haben sicher mit der Nähe Berlins zu tun und auch mit der großen Anzahl von Angestellten in der Potsdamer Verwaltung. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß in den bevölkerungsreichen Gebieten des Stadtrandes immer mehr Arme leben und noch vielen Menschen der Stadt dasselbe droht, sollten Wohngebiete wie Babelsberg der Umstrukturierung zum Opfer fallen (was so gut wie sicher ist).

Immobiliensituation

Jetzt, vier Jahre nach Zusammenschluß beider deutscher Staaten, gleicht Potsdams Innenstadt einer einzigen Baustelle. Größere Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen haben erst jetzt begonnen. Eigentums- und Rückübertragungsansprüche sind großteils geklärt, und der Immobilienmarkt hat schnell erkannt, daß die "Kulturstadt" Potsdam und die Nähe zu Berlin ein lohnendes Geschäft versprechen. So trieben sie innerhalb kürzester Zeit erst einmal die Gewerbemieten auf Berlin-Ku'damm-Niveau. Man sollte sich vorstellen, daß die Miete für einen 120 qm großen Gewerberaum jetzt bis zu 7.000 DM beträgt, da bis zu 60 DM/qm verlangt werden. Fast alle alten Geschäfte konnten da nicht mithalten und wurden so geschlossen. Stattdessen gehört die Innenstadt jetzt Banken, RechtsanwältInnen, ÄrztInnen und großen Ladenketten (Foto Wegert, Benetton, Horten, Witboy usw.). Natürlich wurden auch die Wohnungsmieten drastisch erhöht. Bis vor kurzem betrug die Miete zum Beispiel für eine 60 qm große Wohnung bis zu 400 DM warm. Nach der Sanierung werden es bei einer Miete von 25 DM/qm bis zu 1.500 DM warm. Vielen Potsdamer "DurchschnittsverdienerInnen" ist es dadurch nicht möglich, in der Innenstadt zu bleiben. Es scheint, als bleiben für jene die ärmeren Stadtviertel (Potsdam-West, Teile von Babelsberg), Plattenbausiedlungen oder sogar das Obdachlosenheim.

Die Nähe zu Berlin und der angedrohte Regierungsumzug machen auch Potsdams Umland zu begehrtem Spekulationsgebiet. Villen am Stadtrand werden zu Unsummen verhökert, und jeder kann sich vorstellen, wer dort demnächst leben wird.

Verkehrsprojekte

Für Potsdam sind zur Zeit zwei größere Verkehrsprojekte von Bedeutung — der Havelausbau und eine Stadtautobahn.

Die Havel soll zwischen Hannover und Berlin für Europaschiffe mit einer Länge bis zu 185 Metern, einer Breite von 11,40 Metern und einer Höchsttragfähigkeit von 3.500 Tonnen ausgebaut werden. Teile der Havel, die der Ausbau betrifft, sind als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Seltene und unberührte Fluß- und Uferlandschaften werden durch "Straßenbegradigung" zerstört. Brut- und Nistplätze würden durch die Uferbefestigung zerstört. Die Fließgeschwindigkeit der Havel würde sich verringern, es gäbe weniger Sauerstoff im Wasser, die Vegetation ginge zurück, und Teile der Havel würden zu stehenden Gewässern werden. Potsdamer Fischereibetriebe rechnen mit dem Verlust ihrer Fanggebiete.

Die jetzige Wasserstraße ist bei weitem nicht ausgelastet. 70 Prozent der ehemaligen DDR-Binnenschifferei verrotten nutzlos.

Von dem Ausbau würden große Reedereien profitieren. Die zwei kleinen, welche jetzt

die Wasserstraße befahren, würden dem marktwirtschaftlichen Druck nicht standhalten. Es gibt Widerstand, ausgehend von einem Aktionsbündnis. Dieses besteht aus verschiedenen Naturschutzgruppen. Das Bündnis sammelte 36.000 Unterschriften gegen den Ausbau. 20.000 Unterschriften sind nötig, um im Landtag angehört zu werden. Zur Zeit werden die Unterschriften geprüft. Ein großer Teil ist schon für ungültig erklärt worden...
Das Verkehrsprojekt wandert schneller als andere Projekte durch Prüf-, Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es gibt eine Planungsautonomie des Bundesverkehrsministeriums. Gutachten sind nicht mehr, oder nur eingeschränkt, der Öffentlichkeit zugänglich.
Die Stadtautobahn (Südtangente) soll die Innenstadt vom Verkehr entlasten. Läuft alles wie geplant, wird das alles zum Wohle der sich in der Innenstadt ansiedelnden Bürokratie geschehen. Kleines und mittelständisches Gewerbe wird mehr und mehr an den Stadtrand gedrängt.
Die Autobahn würde sechsspurig am Bahnhof "Wildpark West" beginnen. Sie führt durch zwei Wohngebiete (Potsdam West und Brandenburger Vorstadt) Richtung Bahnhof "Potsdam Stadt". Sie würde die Stadt zum zweiten Mal mit einer Straße zerschneiden.
Es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die den Bau der Südtangente verhindern will. Organisiert wird die Initiative von Mitgliedern der SPD. Es wird ein Bürgerentscheid angestrebt, dafür sind 14.000 Unterschriften notwendig. Die Initiative schafft eine öffentliche Diskussionsplattform, wo Argumente für und gegen den Bau gehört und diskutiert werden.
Die Planung der Straße wurde von der Stadt an renommierte Büros vergeben.

Hausbesetzungen

Hausbesetzungen gibt es seit Mitte der achtziger Jahre, als KünstlerInnen im damals verfallenen Holländerviertel Bruchbuden zu Wohnraum und Ateliers umfunktionierten. Die erste öffentliche Hausbesetzung gab es im Dezember 1989, als ein Teil der Potsdamer AntiFa-Gruppe (tätig seit 1987) ein Haus in der Innenstadt (seit Anfang 1990 in Verhandlungen - ohne Erfolg) besetzte. In den folgenden anderthalb Jahren vergrößerte sich die Hausbesetzerszene durch PotsdamerInnen, zugezogene Ost- und Westdeutsche und FreundInnen aus dem Ausland auf ca. 250 BesetzerInnen in ca. zwanzig Häusern. Nach anfänglichen Kontaktschwierigkeiten kristallisierte sich doch eine größere Gruppe aktiver Leute heraus, die sich bei Häuserplenen traf, aber leider zu oft nur auf Razzien, Räumungen, Lügen, Druck und gezielte Angriffe des Magistrats, der Spekulanten und der Bullen reagierte (Straßenblockaden, Straßenfeste, wöchentliches Frühstück vor dem Magistrat...).
Nach ersten Verhandlungen mit dem Magistrat und dessen Schergen über die Lösung des "Hausbesetzerproblems" in Potsdam wurde sehr schnell klar, daß die Schweine in bekannter Schlichtermanie nur Zeit gewinnen wollten für das Verbrechen der Umstrukturierung der Potsdamer Innenstadt in ein Glitzerparadies. Aufgrund gezielter Aktionen und großen öffentlichen Drucks erklärte sich der Magistrat bereit, vor jeder Räumung Verhandlungen mit den BesetzerInnen, mit den Menschen aus dem entsprechenden Projekt aufzunehmen. Es soll um akzeptable Ausweichprojekte gehn. Neubesetzungen werden nicht mehr jeduldet, es wird sofort geräumt. Die HausbesetzerInnen brechen die Verhandlungen ab.

Im September 1991 soll ein Haus in der Gutenbergstraße, die sich mit ihren Nebenstraßen im Zentrum der Stadt als Hauptaktionsradius der Hausbesetzerszene herausbildete, mit achtzehn Menschen, darunter drei Kindern, geräumt werden. Der Intendant und die SchauspielerInnen des Hans Otto-Theaters planen Solidaritätsaktionen in Form von Aufführungen in besetzten Häusern. Der Magistrat verbietet diese Aktionen mit der Begründung: "Aufführungen in besetzten Häusern stören den inneren Frieden Potsdams."
Es entstehen mehrere Gemeinschaftsprojekte in kommerziellen Kultureinrichtungen Potsdams. Den BewohnerInnen des Hauses wird ein Vier-Zimmer-Bungalow angeboten.
Es folgen Aktionen der HausbesetzerInnen, um ein geeignetes Ausweichobjekt zu bekommen (Hotelbesetzung). Von Januar bis Juni 1992 werden drei weitere Häuser besetzt. Ein Haus ist bereits drei Wochen später wieder geräumt. Eine Demonstration folgt.
Seit Anfang 1990 machte ein Schwein, als Wohnungsspekulant und Mitglied "alter Seilschaften" bekannt, seinen Titeln "Baustadtrat" und "Spekulant" in Sachen Altstadtverscherbelung usw. alle Ehre, indem er, früher Erstunterzeichner des Neuen Forums, heute SPD, den "Berufsbesetzern aus Kreuzberg und anderswo" mit eiserner Faust und verlogenem Maul den Kampf ansagte, um sie nach "Kreuzberg und anderswo" zurückzuschicken und schlimmer: Detlef Kaminski! In einem öffentlichen Gespräch empfiehlt dieser Ende September 1992 die Besetzung von Häusern des Bundesvermögensamtes, da diese Ex-GUS-Liegenschaften nicht in seinem Verantwortungsbereich liegen.
Kurze Zeit später werden zwei Häuser des Bundesvermögensamtes besetzt.
Im September 1993 kommt es nach der Räumung der "Fabrik", einem wichtigen nichtkommerziellen Kulturobjekt für die Jugend der Stadt, zu offenen und direkten Konfrontationen zwischen HausbesetzerInnen und AnwohnerInnen einerseits und Bullen andererseits.
Das neubesetzte Kulturobjekt wird im Februar 1994 nochmal geräumt. In der Zwischenzeit wurde die bisherige HausbesetzerInnenszene durch einen puren Teenieblock ergänzt, welcher seinen Frust über den Verlust ihres "Treffpunktes ohne Verbote" in den darauffolgenden Demos nicht nur mit dem Mund zum Ausdruck brachte.
Es wurden wieder Häuserplena einberufen, woran schon kaum eineR mehr geglaubt hatte. Aufgaben wurden verteilt, Aktionen geplant und durchgeführt und eine gemeinsame Linie diskutiert und verfaßt. Die BesetzerInnen einigten sich darauf, keine Ausweichobjekte anzunehmen: "Duldungsverträge oder nichts! — Es gibt keine friedliche Räumung!"
Es bildete sich eine Bürgerinitiative gegen die Kriminalisierung von HausbesetzerInnen aus AnwohnerInnen, Eltern, Augenzeugen der brutalen Bulleneinsätze während der Räumungen und Demos im Februar und März. Das "Problem" HausbesetzerInnen konnte durch Aktionen (versuchte Bankbesetzungen, Flugis gegen Banken- und Glitzerbudenexplosion, Gespräche mit AnwohnerInnen und Handwerkern und schmeißfliegenhaften Medien) verbreitet werden.
Die Vertreibungspolitik des Magistrats bedeutet Mietwucher, der in keinem Verhältnis zu den Löhnen steht, Handwerkern wird ihre Arbeit durch finanziellen Druck unmöglich gemacht.
Die Spaltung der HausbesetzerInnenszene würde ausreichen, sie zur Selbstaufgabe zu

zwingen und sie in die Resignation zu treiben. So ist es denn auch gekommen, daß private und städtische Bauherren Ausweichobjekte und Dreijahresverträge zu schweinehohen Mieten und unter übelsten Auflagen androhten.
Damit wären wir auch fast schon am Ende der wahrscheinlich letzten anderthalb Monate gemeinsamen Kampfes der Potsdamer HausbesetzerInnen. Beim letzten Plenum wurden dann die Ängste derer laut, die doch lieber in Sicherheit wenigstens für drei Jahre leben wollen.
Die Drohungen und Versprechungen von seiten des Magistrats haben auf jeden Fall gefruchtet. Die Spaltung wurde perfekt!
Die Krone setzte der ganzen Sache (die einige schon als Bewegung sahen) ein Teil der BesetzerInnen selber auf, als nach einer gemeinsamen, wohlverdienten Prozeßkosten-Party eine von den Bullen provozierte Schlägerei mit selbigen entstand, und einige Leute sich danach in besetzte Häuser verpißten. Mit der Begründung "kriminelle Gefahr im Verzug" wurden in der Nacht zwei Häuser durch die Bullen geräumt. Der Frust und die Enttäuschung waren groß. Und wie immer nach solchen Aktionen widmet mensch sich gemeinsam der Organisation von Parties oder, wenn überhaupt, politischer Grüppchenarbeit. Die Macht, die sich die HausbesetzerInnen durch den Zuwachs an Kids, das Verständnis in der Bevölkerung, die dieselben Problemen hat, die Lage der besetzten Häuser in der Innenstadt und die Anzahl der Häuser und besetzten Wohnungen verschafft hatten, konnte nicht genutzt werden. Und der lange Weg zum Ziel, über diese Art von Gerechtigkeit das System anzugreifen und zu brechen, war den meisten Beteiligten zuviel. (Auch hier Quellen vorhanden).

Jugend- und Kulturarbeit

Es gibt fünf von freien Trägern finanzierte Jugendklubs. So zum Beispiel den "Lindenpark" und das "Waschhaus". Folgende Veranstaltungen finden dort statt: Konzerte, Diskos, Filme, Theater und Performances. Die Eintrittspreise liegen zwischen fünf und vierzig DM. Die beiden Klubs grenzen sich gegen keine Richtung ab. So ist das Publikum recht gemischt, StudentInnen, Lehrlinge und ArbeiterInnen. Leider sind die Veranstaltungen so angelegt, daß Randgruppen wie Skins, Punks und andere kaum auf ihre Kosten kommen. Es wurde auch schon das eine oder andere Mal die Polizei gerufen, weil man sich alleine von der Anwesenheit letztgenannter Gruppen bedroht gefühlt hat.
Es gibt ein autonomes Jugend- und Kulturzentrum, ein ehemaliges Archiv, welches Anfang 1994 besetzt wurde. Hier kann man Konzerte und Diskos besuchen, der Eintrittspreis liegt um fünf Mark. Außerdem gibt es Ausstellungen und Infoveranstaltungen.
In den Plattenbausiedlungen sieht es wesentlich dröger aus, dort gibt es ein Jugendzentrum und drei von SozialarbeiterInnen geleitete Klubs mit einem festen Stamm von je etwa 30 Jugendlichen.
In ganz Potsdam existieren zwei Schwimm- und zwei Sporthallen, Menschen, die sich sportlich betätigen wollen, sind gezwungen, auf teure Fitneß-Center auszuweichen. Das ebenfalls beliebte Werner Alfred-Bad wurde von den neuen Eigentümern aus spekulativen Gründen geschlossen. Es ist geplant, daraus einen Yuppieschuppen mit Boutiquen, Solarien und Friseurgeschäften zu machen.
Kneipenmäßig hat sich Potsdam in den letzten Jahren auch verschlechtert. Die meisten

Kneipen sind nicht mehr auf Stammpublikum angewiesen, da die Touris genug Kohle reinbringen. Ein ausgeglichenes Preis/Leistungsverhältnis ist nicht gegeben. So fallen sie für die meisten Jugendlichen und ArbeiterInnen als kommunikative Treffs weg.

Sozialarbeit

"Ich will, daß die abends geschafft vom Hof gehen und keinen Bock mehr auf Randale oder Graffitisprühen haben!" (Zitat eines Jugendsozialarbeiters — Wohngebiet Drewitz). Mittel für Sozialarbeit werden in Potsdam nicht flächendeckend mit der Gießkanne verteilt, sondern gezielt zur Konfliktbehandlung eingesetzt. Entweder, um vorhandene Bewegungen und Kämpfe zu spalten, oder um Konfliktpotential zu befrieden. Einfache Jugendtreffs, die bloß so von SozialarbeiterInnen beaufsichtigt werden, liegen auch nicht mehr so im Trend. Die Versuche des Magistrats gehen in die Richtung, durch eine Mischung aus Repression, Arbeit und herkömmlicher Sozialarbeit die Probleme in den Griff zu bekommen. Das sollen zwei Beispiele belegen:
Das erste ist die evangelische Jugenddiakonie "Oase". Jahrelang war das ein eher unwichtiges Café mit Beratungsangeboten, Tischtennisplatte, Frühdtück und Billardtisch. Vier Jahre versuchten die Betreiber ohne Erfolg, die Genehmigung und Mittel für ein betreutes Wohnprojekt zu bekommen. Bekommen haben die das erst nach den HausbesetzerInnenkämpfen der letzten zwölf Monate. Denn die "Oase" hat sich als fähiges Instrument erwiesen, deeskalierend auf diese Bewegung zu wirken. Und zwar in diesem "Wohnen und Arbeiten"-Projekt. Sogenannte kriminelle Jugendliche sollen unter Aufsicht (auf einer Halbinsel am Stadtrand) wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Die Wohnräume dafür wurden fast nur von HausbesetzerInnen als ABM instandgesetzt. Diese Leute, die da einen sehr lockeren Job haben, verlagern einfach ihre Ghettorealität für sechs Stunden am Tag an einen anderen Platz in der Stadt. Sie gehen den Weg des geringsten Widerstandes. Genau wie ca. zwanzig SozialhilfeempfängerInnen, die in der "Oase" mal den Tisch decken, aufräumen, abwaschen usw. Dafür bekommen sie vom Sozialarbeiter Stempel und Unterschrift fürs Sozialamt und haben kein Interesse mehr, sich aktiv gemeinsam gegen Zwangsarbeitsmaßnahmen zu wehren.
Der Verein "Bus e.V." ist verantwortlich für den Aufbau der Lehr- und Ausbildungsplätze in diesem Projekt. Dieser Verein ist eigentlich eine Baufirma mit über 200 ArbeiterInnen, in der es die unterschiedlichsten Arbeitsverhältnisse gibt. Jugendliche, die zu Wendezeiten die Schule verweigert haben, müssen sich da ein Jahr bewähren. Das bedeutet, zwölf Monate für ein Taschengeld von 200 DM zu arbeiten, um danach eine Lehrstelle zu bekommen; ABM-Lehrgänge (sechs Stunden am Tag — 1.500 DM im Monat); normale ABM-Stellen; sehr wenige Festangestellte und Umschulungen. Der größte Teil der ArbeiterInnen ist 18 bis 25 Jahre alt, es gibt auch noch jüngere. Viele, die da arbeiten, sind Ex-Knackis, rechte Skins, Punks, Langzeitarbeitslose, Ungelernte und Leute, die ein Arbeitsverhältnis vor Gericht nachweisen müssen usw. Vom Arbeitsamt wird oft und gerne dorthin vermittelt. Zwischen ArbeitsvermittlerInnen und den Chefs von "Bus e.V." gibt es gute Verbindungen. Eine Vermittlung dahin abzuwimmeln, ist ganz schön schwer. "Bei den großen Firmen, da ist Leistung angesagt. Bei uns wird Ausbeutung nicht großgeschrieben. Wir arbeiten hier nicht auf Gewinn, unsere Firma soll sich nur rechnen." (Zitat aus einem Einstellungsgespräch, bei dem die dann einem

gelernten Maurer 13 DM brutto die Stunde angeboten haben). "Bei uns macht sich keiner tot, Hauptsache, ihr seid morgens pünktlich da." (Auch ein Zitat aus einem Einstellungsgespräch.)
Durch Druck von Gericht, Arbeits- und Jugendamt werden Leute so wieder an legale Arbeit gewöhnt, die sich vorher ihren Lebensunterhalt auf ganz andere Art verschafft haben.
Die nächste Steigerungsform ist dieser gemäßigte Kinder- und Jugendknast, den "Bus e.V." mit aufbaut. Dieses "betreute Wohn- und Arbeitsprojekt" soll gegen Kids eingesetzt werden, die durch die ortsüblichen Maßnahmen nicht mehr in den gesellschaftlichen Rahmen gepreßt werden können. Es wird ganz offen darüber geredet, daß es ein Ersatzknast sein soll. "Im Knast werden die bloß noch schlimmer!" Jugendamt, Gericht und SozialarbeiterInnen suchen gemeinsam die Jugendlichen aus, die eingewiesen werden. Dieses Jahr wird im Land Brandenburg noch so ein Ding eröffnet.
Das traditionell Sozialarbeitertum gibt es auch, aber spärlich. In diesen Klubs laufen unterschiedliche Programme, um die Problemjugend zu befrieden. Von Beschäftigungen über Freizeitangebote bis zu Streetworkern härterer Gangart, es gibt da zum Beispiel erniedrigende Anti-Gewalt-Trainingsprogramme á la Clockwork Orange. Für manche Projekte wird auch viel Geld zugebuttert: Komplette Ausstattung mit Computer- und Videoanlagen, Performances, Theaterstücke, komische Zeitungen, Krafttrainingsräume usw. Im Magistrat, Land und sonst was für Ämtern gibt es unterschiedliche Fraktionen und Lobbies, die entscheiden, ob Geld verteilt wird oder die Bullen ranmüssen. Der Stadtjugendring ist eine extra einberufene Kommission, in der alle Sozialarbeiterfraktionen, hohe Beamte (z.B. Jugendamtsleiter, Jugendgerichtshilfe) und Politiker mehrerer Parteien zusammenarbeiten. Diese Instanz hat überall ihre Finger drin, da laufen Informationen, da wird über Mittel entschieden und werden Instruktionen erteilt. Ihre Möglichkeiten reichen vom Zuschüssegenehmigen bis zum direkten schnellen Eingreifen in Konflikte.

Potsdam von oben!

Bei den letzten Kommunalwahlen im Dezember 1993 konnte sich in Potsdam die PDS (38,36 Prozent) vor der SPD (32,41 Prozent) und der CDU (10,27 Prozent) durchsetzen. Dies wurde im ganzen Land als "spektakulär" betrachtet. Fast hätten wir noch eine rote Socke (Kutzmutz) als Oberbürgermeister bekommen. Doch da waren sich dann alle einig und bewarfen denselben ordentlich mit Lehm, warnten vor der Katastrophe und unterstützten den "alten" (Horst Gramlich, SPD). Der gewann schließlich äußerst knapp die Stichwahl. Acht Jahre lang sitzt der jetzt auf dem Thron der Landeshauptstadt. Mit seinen Stadträten gab es dann nochmal ein paar Schwierigkeiten, d.h., die erst von ihm benannten wurden allesamt nicht bestätigt, und es mußte nochmals neu aufgestellt und gewählt werden. Die Ressorts sind jetzt wie folgt für acht Jahre besetzt: Finanzen und Wirtschaft, H.J. Bosse, parteilos; Sicherheit, Ordnung, Umweltschutz, Beate Hoffmann, parteilos; Bildung und Kultur, C. Dobberke, PDS; Soziales, Jugend und Gesundheit, I.C. Schwertner, SPD; Stadtentwicklung, Bau und Wohnen, D. Kaminski, SPD. Letzterer vertrat und vertritt die harte Linie zum Thema HausbesetzerInnen und ist verantwortlich für die aggressive Verteibungs- und Umstrukturierungspolitik der Stadt Potsdam. Seit der

Kommunalwahl kam es zu größeren Protesten gegen einen Flächennutzungsplan, gegen die Vertreibungspolitik der Stadt und gegen die Verkehrsprojekte Südtangente und Havelausbau.
Außerdem wird stark auf Tourismus gesetzt, und an schönen Wochenenden ist die Stadt vollgepfropft mit Touris und ihren Autos. Die Stadtregierung war und ist bemüht, dies alles voranzutreiben, und mit ihr auch die PDS. Die PDS und ihre VertreterInnen lassen sich geschickt überall dort blicken, wo Protest laut wird. Sie ergreifen gern das Mikrofon, fordern die Leute zum Widerstand auf und zeigen ihnen den gesetzlichen Rahmen dafür. Die PDS "unterstützt" die KleingärtnerInnen, denen man an die Laube will, die Ex-NVA-Offiziere, die sich gern als Hüter des Friedens gebaren, die HausbesetzerInnen: "Man kann ja über alles reden, aber in der Innenstadt könnt ihr natürlich nicht bleiben." Viele durchschauen den Populismus der PDS nicht und setzen ihre Hoffnung auf Veränderung durch diese Partei. Die PDS ist in Potsdam und Brandenburg von anderen Parteien längst als "demokratischer Gesprächspartner" toleriert und arbeitet konstruktiv an der Umstrukturierung Potsdams mit. Sie wollen kein Hemmschuh und kein Investorenschreck sein. Wir müssen versuchen, ihren Populismus und Opportunismus aufzuzeigen, damit die Hoffnungen der Leute hier in der Stadt sich nicht auf diese bessere SPD stützen. Außerdem müssen wir den Punkt finden, der es möglich macht (außerhalb von HausbesetzerInnenproblemen und AntiFa), die Leute unabhängig zu organisieren. Das kann eigentlich nur über die Vertreibungspolitik, Wohnen und Mieten und Verkehrsplanung laufen.

Wie jetzt...

In der Zeit zwischen dem Treffen in Biedenkopf und dem Schreiben dieses Städteberichts haben wir verschiedene Sachen andiskutiert. Bis jetzt wissen wir noch nicht genau, was wir davon wirklich machen wollen:
1. Das RAW: Einer der letzten großen Industriebetriebe in Potsdam mit 800 ArbeiterInnen soll bis 2001 geschlossen werden. Zur Zeit heißt es, daß ein "sozialverträglicher Personalabbau" stattfinden soll. Die Ideen, die wir dazu haben, sind: Leute von uns sollen dort arbeiten, andere machen ein Video dazu für die ArbeiterInnen.
2. Kneipen: Zwei Leute von uns arbeiten gerade in Kneipen, in denen die üblichen schlechten Arbeitsbedingungen herrschen, genauso wie in vielen anderen Kneipen in der Stadt. Die Ideen dazu waren, den Besitzer materiell zu schädigen; Handzettel, die in den Kneipen ausgelegt werden, auf denen was zu den miesen Arbeitsbedingungen steht; in mehreren Kneipen die Arbeiterinnen zu organisieren; oder das alles zusammen zu machen.
3. Umstrukturierung der Stadt, Vertreibung, Mieten, Hausbesetzungen: Dazu haben wir im Zirkular schon einiges gehabt, und im Städtebericht steht ja jetzt auch noch einiges. Nach den verschiedensten Versuchen sind wir uns recht unsicher, wie das weitergehen könnte.
Das letzte, was wir gemacht haben, war eine großangelegte MieterInnen-Veranstaltungen, die wir als Flop einschätzen. Im Vorfeld dieser Veranstaltung machten wir in mehreren Stadtvierteln eine Umfrage zur Mietsituation im Verhältnis zu den Löhnen, zur Sanierung und zur Vertreibungspolitik. Die Ergebnisse haben wir recht und schlecht

ausgewertet. Dann wurden 2.000 Einladungen in Briefkästen und Hausfluren verteilt. Diese Einladungen wurden auch zu den befragten Leuten gebracht, und viele sagten, daß sie kommen würden. Gekommen sind zwei Leute, die wir nicht kannten, alle anderen waren Kumpels. Bei der Auswertung der Veranstaltung sind uns manche Sachen, die wir falsch gemacht haben, aufgefallen: Veranstaltung in zu weit abgelegenem besetzten Haus, ungenauer Text auf den Einladungen, und die Veranstaltung wurde zu lange nach den letzten öffentlichen Aktionen der militanten HausbesetzerInnen angesetzt. Trotzdem ist uns noch nicht klar, warum das überhaupt nichts geworden ist.
4. Baustelle: Einige von uns sind Bauarbeiter. Auf den Baustellen arbeiten die meisten Leute in Potsdam. Für uns sind die Ausbeutung und die Arbeitsbedingungen auf dem Bau besonders krass. Die Stimmung dort ist gespannt. Dadurch, daß die Gewerkschaft kaum ihre beschwichtigende Interessenvertretung wahrnimmt, sehen wir Möglichkeiten, Konflikte unsererseits zu schüren, aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Nicht, um den Platz der Gewerkschaft einzunehmen, sondern um Rabatz zu machen. Ein Problem ist dabei die Verständigung zwischen manchmal sechs Nationalitäten auf einer Baustelle, denn oft sprechen nur die Poliere und Vorarbeiter deutsch.

Vorschläge sind (1) konkrete Aktionen, die sich mit unserer Lebenssituation befassen, (2) Versuche, die Entwicklung in unserer Stadt zu erkennen und zu verstehen, (3) Versuche, die Entwicklung weltweit zu verstehen, und (4) zwischen diesen Ebenen erst theoretische, dann praktische Bezüge herzustellen.
Das alles ist Ausdruck unserer bisherigen Ungenauigkeit und unserer unterschiedlichen Standpunkte. Manche Sachen können wir auch jetzt praktisch gar nicht zusammen machen. An der Frage, wie wir vom Reden und Denken zum Handeln kommen werden, wird sich entscheiden, ob wir eine politisch arbeitende Gruppe werden.

Rock'n'Roll, ihr Affen!

George Caffentzis

Maschinen können keinen Wert schaffen

Mitte August hat George Caffentzis vom Midnight Notes Collective im Rahmen des Projekts KraftWerkSommer '94 in Zürich eine Diskussionsveranstaltung gemacht zum Thema: Können Maschinen Wert produzieren? Wir haben seinen Vortrag übersetzt, weil er hier in kompakter Form seine eigene Geschichte und die politische Entwicklung von Zerowork und Midnight Notes anhand dieser Frage darstellt. Er arbeitet gut die weltweit zunehmende Ausweitung von Lohnarbeit und Arbeit überhaupt heraus und entzieht den ganzen Theorien den Boden, die sich "postmodernistisch" von der Klasse abwenden. Denn alle diese Theorien setzen implizit voraus, daß der Wert auch auf andere Art als durch menschliche Arbeit produziert werden kann. Demgegenüber macht er ganz klar, daß die Produktion von Wert der unauslöschliche antagonistische Widerspruch des Kapitalismus ist, will man das eine zerstören, muß man das andere ebenfalls zerstören. An einigen Punkten finden wir seine Darstellung allerdings schwach oder irreführend. Nicht mal so sehr seine "mathematische Widerlegung" der Vorstellung, Maschinen könnten Wert produzieren – die könnte als Gag noch durchgehen. Aber sie hängt zusammen mit einigen widersprüchlichen politischen Konsequenzen, die im Midnight Notes-Begriff der "New Enclosures" stecken. So behauptet George Caffentzis in seinem Text, wer heutzutage von "globalem Kapitalismus" spreche, nehme den Sieg des Klassenfeindes vorweg. Der Begriff "New Enclosures" ist als historische Parallele sehr fruchtbar und anregend: Er weitet den Blick auf die Entstehung des Kapitalismus im England des 16. Jahrhundert (wir selbst haben uns mit unserer Krisentheorie gerade mal ins letzte Jahrhundert vorgearbeitet – siehe Zirkular 1 und 2) und behauptet, daß heute weltweit ähnliche Umwälzungen stattfinden. In seinen praktischen politischen Konsequenzen bleibt dieser Begriff aber sehr schwammig und beliebig, was auch in der anschließenden Diskussion in Zürich wieder deutlich wurde, wo Leute den Begriff so verstehen, daß man seine eigene Nischenökonomie aufbauen solle, um dem kapitalistischen Angriff ausweichen zu können.

Da sich noch einige andere politische Positionen (die uns allerdings längst nicht so nahe stehen!) auf verkürzte und mystifizierende Vorstellungen vom Wert beziehen, bringen wir im Anschluß an diesen Text eine Kritik des Werts.

Wir haben bei der redaktionellen Arbeit an diesem Zirkular übrigens gemerkt, daß oft der "innere Zusammenhang" der Zirkulare nicht so recht gesehen wird. Deshalb hier noch der Hinweis: Guckt Euch nochmal die Kritik der "Aufheben" im Zirkular 6 an (die sich übrigens wiederum auf sehr viele Diskussionsstränge in den vorhergehenden Zirkularen beziehen!). Hier erstmal Caffentzis' Text.

»Es wird Maschinen geben, die die Arbeit einfacher machen, aber zuerst muß man hart arbeiten, um eine zu haben«
(Biefer/Zgraggen, Prophezeiungen)

1. Eine persönliche Einleitung

Da ein "Kraftwerk" eine Maschine ist, genaugenommen eine der frühesten Versionen einer fast vollautomatischen Maschine, ist es für "KraftWerk"er angebracht, darüber nachdenken, was Maschinen machen können (und was nicht). Meine Überlegungen zu diesem Thema sind in gewisser Weise eine Ausarbeitung der von mir als Motto vorangestellten "Kraftwerks"prophezeiung. Eine echte Prophezeiung bezieht sich ja niemals nur auf die Zukunft und ist immer auch eine ARt Selbst–Reflexion. Ich beginne deshalb mit meiner eigenen Maschinengeschichte.

Vor dreißig Jahren veröffentlichten die *Students for a Democratic Society* (SDS, der organisatorische Ursprung der Neuen Linken in den USA) mit der "Erklärung von Port Huron" ihre Analyse des Kapitalismus. Diese hatte einen bedeutenden Einfluß auf meine politische Entwicklung als Teenager und irgendwie fangen auch meine Gedanken über Maschinen da an. Der Hauptgedanke in der Erklärung von Port Huron ist, daß es zwei in wechselseitiger Beziehung stehende Krisen gibt: eine der Automatisierung und eine des Rassismus.

Der Zusammenhang zwischen den Krisen wird so erklärt, daß der Kapitalismus die Produktion zunehmend automatisiere, somit die strukturelle Arbeitslosigkeit vergrößere, was wiederum die Spaltungen nach Rassen in den USA verschlimmere. Der SDS zog lediglich aus der Diskussion jener Zeit politische Schlußfolgerungen. Es galt die Annahme, daß die zunehmende Mechanisierung (mit den Worten von Hanna Arendt) zu einer Masse von "überflüssigen Menschen" führen würde. Der Kapitalismus könne ohne Arbeit auskommen und wirklich über den Bedarf nach Arbeit hinauswachsen. In der Konsequenz werde die Fähigkeit der Arbeiterklasse, das Kapital zu bekämpfen, zunichte gemacht.

Mitte der 70er Jahre nahm die Analyse für mich eine Wende, als ich zusammen mit anderen GenossInnen die Zeitschrift *Zerowork* gründete, um die "Krise" jener Zeit zu untersuchen. Ich wurde mit einem politischen und einem theoretischen Paradoxon konfrontiert: Auf der einen Seite meinte *Zerowork*, daß die notwendige Arbeitszeit in der Produktion gegen Null tendierte, und auf der anderen Seite begannen wir, die gewaltige Menge unentlohnter Arbeit (vor allem Frauenarbeit) zu erkennen, welche in die Mehrwertproduktion einging. Lief der Kapitalismus auf einen Null– oder einen 24 Stunden–Arbeitstag hinaus? War der Grund der Krise, daß die notwendige Arbeit auf Null zuging oder das Unvermögen, der unentlohnten Arbeit den erforderlichen Mehrwert abzupressen?

Nach langen Diskussionen, Spaltungen und Seelenerkundungen reagierten einige von uns, die eine neue Zeitschrift namens *Midnight Notes* gegründet hatten, auf dieses Paradoxon mit einer Art Fundamentalismus. Wir gingen zu den Grundlagen zurück und erkannten, daß der Kapitalismus zwar Industrien entwickelte, in denen die Rate des "relativen Mehrwerts" (das Verhältnis von Maschinerie zu lebendiger Arbeit) auf Unendlich zustrebte, das aber gleichzeitig die enorme Ausweitung der Produktion "absolu–

ten Mehrwerts" (wo das Verhältnis von Maschinerie zu lebendiger Arbeit nach Null tendierte) zur Bedingung hatte, um den genug Mehrwert für jenen Griff nach den Sternen sicherzustellen. In den Worten der Propheten ausgedrückt, ging es darum, Maschinen zur Abschaffung der Arbeit (in einigen unruhigen oder wichtigen Industriezweigen) zu bekommen, aber das machte zuerst härtere Arbeit (in vielen anderen Zweigen) notwendig. Folglich mußte der große Bereich der unentlohnten Arbeit effektiver ausgebeutet werden, da hier absoluter Mehrwert in seiner reinen Form (paradigm form) vorliegt. Unser Meinung noch würden nicht steigende Löhne, Arbeitszeitverkürzung und abnehmende Belegschaftszahlen, sondern genau der umgekehrte Trend anstehen. Die zunehmende Mechanisierung in einigen Produktionszweigen würde zu mehr, und nicht weniger, Arbeit auf diesem Planeten führen.
Das nächste Teil des Puzzles fand ich in Nigeria, wo ich zwischen 1983 und 1988 lebte und arbeitete. Ich erkannte, daß ein großer Teil der Weltbevölkerung immer noch Zugang zu Subsistenzmitteln hatte und sich erfolgreich der Tendenz zur Ausbeutung der am wenigsten mechanisierten Regionen der Erde und zur Arbeitsteilung widersetzen konnte. Ich war in der Zeit von Schuldenkrise und Strukturanpassung in Nigeria und konnte so deutlicher erkennen, wie viele Maßnahmen von Weltbank und IWF eine endgültige Enteignung der ländlichen Bevölkerung Afrikas bewirken sollten. Diese hatte der Kapitalisierung ihres produktiven und reproduktiven Lebens bisher widerstanden. Anstatt sie einfach "sein" zu lassen oder weiter ihre vermeintlichen Projekte einer maschinenintensiven Akkumulation fortzuführen, scheinen die internationalen Planer eifrig darauf bedacht, die Bauern vom Land in die Städte Afrikas und noch weiter weg zu treiben, um sie für unentlohnte oder sogar Sklavenarbeit verfügbar zu machen. Warum ist das notwendig?

2. Eine historische Anmerkung

Meine Ansichten unterschieden sich jedenfalls von der scheinbar unumstößlichen Meinung, daß die zunehmende Mechanisierung des Kapitalismus die Arbeit für das kapitalistische System überflüssig machen würde. Einzelne Theoretiker wie Habermas in Deutschland, Lyotard in Frankreich und Negri in Italien und die mit ihnen zusammenhängenden intellektuellen Bewegungen wie die "kritische Theorie", der "Postmodernismus" und die "Arbeiterautonomie" sahen eine neue Form von Kapitalismus mit einer völlig neuen Beziehung zu Arbeit, Wert und Mehrwert voraus.
Aber gerade so wie die anwachsende kapitalistische Akkumulation in den 40er und 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts Zweifel an Nassau Seniors [Vulgärökonom, den Marx u.a. im Kapital, Bd.1 Kap.7, kritisiert] Behauptung aufkommen ließen, daß die Kapitalisten den Großteil ihrer Profite verlieren würden, wenn die Zehnstunden–Gesetze durchkämen, stellt auch die hartnäckige Weigerung der meisten kapitalistischen Staaten seit den 60er Jahren, den Arbeitstag wesentlich zu verkürzen, die Annahme in Frage, der Kapitalismus habe keinen Bedarf mehr an der Fähigkeit des Proletariats, Wert zu erzeugen. Tatsächlich haben die Kapitalisten in den USA seit der Energiepreiskrise von 1973/74 das Arbeitsjahr um etwa 10 Prozent verlängert und die Masse der LohnarbeiterInnen drastisch erhöht, indem sie durch neue Gesetze die Immigration ankurbelten und weit mehr Frauen beschäftigten. Diese Zunahme sowohl der Dauer wie der Masse der

Arbeit innerhalb der letzten Generation in den USA – und wenn wir einige allgemeine Indikatoren betrachten, so gilt das auch international – geschah vor dem Hintergrund einer beispiellosen Erhöhung des technologischen Einsatzes (von der Roboterisierung industrieller Arbeit über die Computerisierung der Büroarbeit bis zur Einführung von biotechnologischen Methoden bei der Arbeit in der Landwirtschaft). Die populäre Ansicht, der Begriff des "Proletariats" sei "unzeitgemäß" und deswegen eine Analyse vom Standpunkt "sozialer Bewegungen" und "gegen das System gerichteter Kräfte" notwendig, wird durch die heutige Realität tatsächlich in Frage gestellt. Die Ereignisse seit 1973 haben unsere fundamentalistische Wertanalyse ebenso bestätigt, wie die oft verzweifelten Versuche von Nationalstaaten und internationalen Agenturen wie dem IWF und der Weltbank, mehr und mehr Menschen in den internationalen Arbeitsmarkt einzubinden und die Verwandlung von Arbeitskraft in Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen zu intensivieren und auszudehnen. In der Tat haben wir genau die entgegengesetzten Schlüsse aus dieser Periode gezogen wie die Postmodernisten. Wir beschreiben diese Periode als eine von "neuen Enclosures" (enclosure: Einzäunung, Einhegung), womit gemeint ist, daß die Kämpfe gegen die Durchsetzung der Warenform und gegen Enteignung in den drei Ausbeutungsregionen die sozialistischen, postkolonialistischen und keynesianischen Staaten zerstörten. Dies hat zu einer Phase der Enteignung von den Subsistenzmitteln oder –garantien geführt, das heißt dem Versuch, die Warenform auf der ganzen Welt durchzusetzen, aber nicht als Form der endgültigen, unabänderlichen Ausbreitung des Kapitalismus sondern als verzweifelten Verteidigungsversuch.

3. Theoretische Auseinandersetzung

Aber warum haben sich die anspruchsvollsten AnalytikerInnen der letzten Generation geirrt? Eine Ursache für diesen Irrtum könnten wir in ihrer Annahme sehen, daß Maschinen (und/oder Tiere) Wert schaffen können, also auch Mehrwert. Eine solche Sichtweise findet sich nicht nur bei den Ökonomen, die behaupten, das Kapital (als Maschinen und/oder Tiere) produziere den Wert des Produkts. Sie erscheint implizit oder explizit auch bei vielen, die mit einer marxistischen Analyse des Kapitalismus begannen und jetzt der Meinung sind, daß es irgendwann im 20. Jahrhundert eine qualitative Veränderung in der kapitalistischen Akkumulationsweise gegeben habe. Einige, wie zum Beispiel Toni Negri, finden sogar ideologische Unterstützung in geheiligten marxistischen Texten wie dem "Fragment über die Maschinen" in den Grundrissen, andere wie Donna Haraway erklären, da es nichts vom Wesen her Menschliches gäbe, oder überhaupt nichts vom Wesen her Irgendwieartiges, sei jeder Versuch, eine Theorie zu entwickeln, die zwischen Maschinen und Menschen unterscheidet, unweigerlich zum Schweitern verurteilt. Wenn Maschinen Wert schaffen könnten, wären die Szenarien der qualitativen Veränderung des Kapitalismus (wie Postmodernismus, post-industrielle Gesellschaft usw.), des Abtretens der Klassen und des "Abschieds vom Proletariat" sowie der zentralen Bedeutung des einer Analyse der "sozialen Bewegungen" sicherlich gerechtfertigt.

Aber ist diese Annahme korrekt? Laßt mich zuerst eine altbekannte Unterscheidung treffen: *Reichtum ist nicht gleich Wert.* Tatsächlich können in einer kapitalistischen Gesellschaft Reichtum und Wert in großem Gegensatz zueinander stehen. Ich behaupte

also nicht, daß Maschinen keinen Reichtum produzieren könnten, genausowenig wie ich behaupte, daß Tiere dazu nicht in der Lage seien.
Nachdem wir diesen Vorbehalt aus dem Weg geschafft haben, würde ich jetzt gerne die Konsequenzen verdeutlichen, die sich aus der oben genannten Annahme ergeben, und zeigen, daß sie zu einem Widerspruch führen. Eine Maschine überträgt während des Produktionsprozesses einen Teil ihres Werts auf das Produkt. Im Laufe ihrer Lebensdauer überträgt sie so ihren gesamten Wert. Aber kann sie, zusätzlich zu diesem übertragenen Wert, auch Wert schaffen? Laßt uns annehmen, es gäbe eine Branche, in der die Maschinen Wert schaffen. Der Wert der Maschine ist niedriger als der Wert, der durch die Maschine auf das Produkt übertragen wird. Das heißt, in der regulären Laufzeit solcher Maschinen gibt es dank dieser Maschinen einen regelmäßigen, bestimmbaren Zusatzwert. Falls dies zuträfe, gäbe es zwei Quellen des Mehrwerts: (a) den **Mehrwert**, der durch die Differenz zwischen den Kosten für die Reproduktion der ArbeiterIn und dem Wert, den ihre Arbeitskraft produziert, entsteht, (b) den **Zusatzwert**, den die Maschine auf das Produkt überträgt. Was ist der Unterschied zwischen den beiden? Der Mehrwert ist keine notwendige Folge des Einsatzes von Arbeitskraft. Seine Realisierung ist das Ergebnis des Kampfes zwischen der ArbeiterIn, die diese Kraft verkörpert, und ihrem Besitzer, dem Boss. Notgedrungen gibt es keinen notwendigen Mehrwert. Die Geschichte des Klassenkampfes kann in diesem Spannungsverhältnis begriffen werden.
Aber was ist mit der Maschine? Hier hängt der Zusatzwert mit dem Einsatz der Maschine zusammen, die natürlich auch nicht mehr gegen die Produktion von Mehrwert kämpfte als gegen die Übertragung von Wert auf das Produkt. Deshalb müßte die Schaffung des Zusatzwerts so mechanisch und regelmäßig ablaufen wie die Übertragung des Werts, das heißt, es müßte einen konstanten Zusatzwert geben. Wenn wir aber annehmen, daß es eine regelmäßige, mechanische Wertproduktion durch eine Maschine gibt, dann müßte dies zu einer Wertproduktion führen, die in relativ kurzer Zeit zur Unendlichkeit tendiert. Nehmen wir einfach mal an, daß eine Maschine, die im ersten Stadium C(0) den Wert K hat und nach dem ersten Gebrauchszyklus C(1) den Wert K+rK produziert, wobei r zwischen 0 und 1 liegt. Wenn dieses Ergebnis dann wieder in einen weiteren Zyklus C(2) eingeführt wird, lautet das Ergebnis K+rK+r(K+rK) oder

$$C(2)=K(1+r)^2$$

während

$$C(3)=K(1+r)^3$$

und allgemein

$$C(n)=K(1+r)^n$$

Das heißt, wir erhalten eine klassische Formel für Zinseszinsen, die sich schnell der Unendlichkeit nähert, selbst wenn r relativ klein ist. Wenn zum Beispiel r zehn Prozent beträgt und wir durch 25 Produktionszyklen gehen, ergäbe die gesamte Produktion beinahe das Zehnfache der ursprünglichen Investition.
Mit anderen Worten, wir erhielten eine automatische Form der Akkumulation, die schleunigst die Variationen des Mehrwerts ausradieren würde, die mit Kämpfen um die

Länge des Arbeitstags und Reallöhne einhergehen, und die schnellstens jegliche gegebene Profitrate in der nichtmechanischen Industrie übertreffen würde. Als Folge davon würde diese Industriebranche ein Level der Mehrwertproduktion garantieren, das unabhängig wäre von dem Mehrwert, der in anderen Zweigen geschaffen wird. Aber ein solches "weißes Loch" der kapitalistischen Akkumulation ist ein Stück Zauberei, auf das nur Anhänger der unendlichen Ponzi-Schemen oder der "Magie der Zinseszinsen" hoffen. [Ponzi ist ein Erfinder von sog. Piloten- oder Schneeballspielen, bei denen Leute eine bestimmte Summe Geld einzahlen und dann z.B. fünf Andere suchen, die ihnen die Summe zahlen, welche wiederum jeweils fünf Leute ansprechen, die ihnen Geld geben usw. - entwickelt sich exponential, bis es zusammenbricht] Es existiert nicht, genausowenig wie Systeme, deren Output mehr Energie oder weniger Entropie enthält als ihr Input.

4. Archaische Wissenschaft für archaischen Kapitalismus

Die im vorangegangenen Abschnitt benutzte Form der Ableitung, ist den Methoden von Jahrhundert-Physikern wie Helmholtz und Carnot nachempfunden, die so die grundlegenden Grenzen der Theorie der Thermodynamik definierten. Sie gingen vom Nachweis aus, daß bestimmte Maschinen unmöglich sind (weil sie die einleuchtendsten Erkenntnisse verletzten), und begründeten damit die Gesetze der Energieerhaltung und der wachsenden Entropie. So konnten durch den Verzicht auf die "Magie" der Maschinen die Quellen der maschinellen Arbeit und Effizienz isoliert werden.

Ich habe an anderer Stelle gezeigt, daß Marx diese Argumentationen kannte und bei seiner Formulierung der Werttheorie von Maschinen davon beeinflußt war. Es ist hier nicht der Ort, um diesen Punkt zu diskutieren, aber ein damit verbundener Einwand sollte festgehalten werden. Nämlich, wenn Marx die Entwicklung der Thermodynamik Mitte des 19. Jahrhunderts genau kannte und einen großen Teil seiner Maschinentheorie darauf basierte, warum sollten Kritiker des Kapitalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert diese Theorie ernstnehmen? Schließlich ist die Physik in neue große konzeptionelle und methodologische Bereiche vorgedrungen seit die "grauen Bärte" der Thermodynamik den Widerspruch zwischen Carnot und der Energierhaltung endgültig aufgebrochen haben. Bieten Relativitätstheorie, Quantenmechanik und Chaostheorie nicht bessere und interessantere Einsichten, um die zeitgenössische Post-Realität besser zu verstehen als der arbeits- und elendsgeprägte Marxismus? Ökonomen wie Phillip Mirowski fordern ihre Kollegen der neoklassischen Ökonomie auf, ihr Vertrauen in überholte (und falschverstandene) physikalische Theorien aufzugeben und etwas Neues auszuprobieren. Ein ähnlicher Standpunkt wurde von Post-Marxisten und "Systemtheoretikern", die früher mit dem Marxismus symphatisierten, eingenommen.

Schön, warum nicht? Die Antwort ist einfach. Unsere Realität wurzelt immer noch in der Vergangenheit. Wir können nicht über die Kategorien Arbeit, Wert, Geld, Mehrwert, Ausbeutung, Kapital, Krise und Revolution hinausgehen, weil der Kapitalismus immer noch existiert. Sicher, es gibt jetzt vieles, was es Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gab, aber ist das ein entscheidender Unterschied? Antworten auf solche Fragen sind, natürlich, komplex, aber wer könnte wirklich behaupten, daß 1994 Geld, Arbeit, Löhne, Profit, Zins und Miete nicht wirklich von Bedeutung sind? Halten wir uns einen ein-

fachen Punkt zum Vergleich mit dem 19. Jahrhundert vor Augen, zum Beispiel die Frage des Arbeitstages. 1994 ist der Achtstunden-Tag in weiten Teilen der USA noch immer nicht gesetzlich festgelegt. Mit anderen Worten, wenn der Arbeitgeber von Dir verlangt, mehr als acht Stunden zu arbeiten, kannst Du das in den meisten Fällen nicht verweigern, ohne ihm/ihr einen legitimen Grund zu bieten, Dich zu feuern, was heißt, Dir selbst zu schaden.

In der Tat, wenn Selbst-Beschreibungen für den Beschreibenden wichtig sind, anstatt diese Periode "Postmoderne" oder "globalen Kapitalismus" zu nennen, haben wir von *Midnight Notes* sie als "New Enclosures" bezeichnet. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen diesen Definitionen. "Postmodere" ist ein ironischer Kommentar oder eine Ergänzung der Totalisierung der Warenform, während "globaler Kapitalismus" die internationale Arbeitsteilung betrachtet, in der alle Bestandteile des Planeten (Arbeitskraft, natürliche Ressourcen, Wasser, Land usw.) in die Artikulation der kapitalistischen Produktion einfließen. Beide aber gehen davon aus, daß der Prozeß der Totalisierung weitgehend abgeschlossen ist, oder der Abschluß tendenziell sichtbar wird. Deswegen orten sie die Gegenwart als Endpunkt des Systems, als Aspekte des "Spätkapitalismus". Aber um die Warenform vollständig zu totalisieren und einen wirklichen globalen Kapitalismus herzustellen, muß *jeder* von seinen – alten und neuen – Subsistenzmitteln enteignet werden. Das erfordert einen scharfen Angriff auf die Überlebenden dieser Erde [subsisters, die von Subsistenzmitteln leben], der an die alten Enclosures im 16. Jahrhundert erinnert. Das ist besonders dann richtig, weil die Zeit zwischen 1945 und 1973 ein Rückzug der Warenform, und eine Blockade der Akkumulation in Afrika, Osteuropa und Asien war. Dieser Rückzug ging Mitte der 70er offensichtlich soweit, daß der Prozeß der Auflösung der Staaten (Keynesianismus, postkolonial und kommunistisch) begann, die zwischen dem Kapitalismus und der Unzufriedenheit austarieren sollten.

Das bedeutet, weit entfernt vom tendenziellen Ende der Arbeit, die neuen Maschinen benötigen einen enormen Anstieg des "hart Arbeitens", um diese Maschinen im kapitalistischen Sinn möglich zu machen, und diese Arbeit muß auf der Grundlage von gewaltsamer Enteignung auferlegt werden, geschrieben in den unauslöschlichen Buchstaben von 'Feuer und Blut', wie ein alter Prophet schrieb.

5. Abschließende Prophezeiungen

Was soll man also über die Maschine "Kraftwerk" sagen im Kraftfeld der Neuen Enclosures? *Seine Betreiber sollten aufpassen, daß sie sich nicht ideologisch einschließen lassen.* [Wortspiel mit "enclosures" und "enclose"= einschließen, einzäunen] Denn aufgrund ihres politischen Charakters müssen die Neuen Enclosures immer gleichzeitig an beiden Polen der kapitalistischen Arbeitshierarchie ansetzen. Daraus folgt ihr doppelgesichtiges, verfängliches Wesen, das an das Gebräu von wissenschaftlichem Rationalismus und religiösem Verfolgungswahn erinnert, das charakteristisch war für die Alten Enclosures im 16. Jahrhundert, und das sich am drastischsten in den Prozessen während der Hexenjagd jener Zeit ausdrückte. Die Reaganperiode war ein schönes Beispiel für diese Ideologie der Neuen Enclosures, die ein Gemisch zusammenbraute aus Computer/Gentechnik/Supraleitfähigkeit/kalter Fusion/virtueller Realität – neoliberalen Kapitalisten und christlichen Fundamentalisten. Das war eine Periode, die Silvia Federici und

ich eine von "Mormomen im Weltall" genannt haben. Die Art von gleichgerichteter, positivistischer Ideologie, welche die keynesianische Periode mit ihrem totalisierenden Bestehen auf Effektivität und Produktivität auszeichnete, ist heutzutage vorbei.
Jedes Projekt, das sich gegen die Neuen Enclosures stellt – und derer sind viele, denn die große Mehrheit der Menschen auf dem Planeten sind dazu verurteilt, ihren Zugang zu den Subsistenzmitteln zu verlieren, wenn sie nicht den Kampf dagegen aufnehmen – kommt in die Versuchung, einen der offensichtlich widersprechenden Pole gegen den anderen ausspielen zu wollen. Daher die häufigen Versuche, die individualistische, warenförmige, universalistische Karte gegen die fundamentalistische, lokalistische auszuspielen oder umgekehrt. Diese Versuche führen unweigerlich zu den eingeschlossenen [enclosed] Oppositionspolitiken dieser Periode. Kraftwerk wird unweigerlich in dieser einschließenden [enclosing] Versuchung gefangen. Dem sollte widerstanden werden. Als wandernder Hellseher sehe und prophezeie ich.

Zürich, im August 1994

Anmerkungen zum Vortrag von George Caffentzis und der Debatte um die sogenannte "Werttheorie":

Die Kritik des "Werts" kann nur die Weltrevolution sein!

»Für Marx ist Arbeitswert eine politische These, eine revolutionäre Losung; nicht aber ein Gesetz der Ökonomie oder ein Mittel der wissenschaftlichen Interpretation gesellschaftlicher Phänomene.« (Tronti, Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse, Thekla 9, S. 173)

In seinem Vortrag »Maschinen können keinen Wert schaffen« (übersetzt in diesem Zirkular) versucht Caffentzis die politische Bedeutung herauszuarbeiten, die eine genaue Auffassung vom »Wert« hat. Er schildert uns seinen eigenen politischen und theoretischen Werdegang – von der Zeitschrift »Zerowork«[1] über den neuen marxistischen »Fundamentalismus« in den »Midnight Notes«[2] bis zu seinen Erfahrungen in Nigeria –, um die politische Dimension der aufgeworfenen Frage klarzumachen. Die Frage nach dem Ursprung des »Werts« ist zugleich die Frage nach den politischen Triebkräften der historischen Entwicklung und ihren Perspektiven. Es geht ihm darum, gegenüber den »Post-Modernisten«, der »kritischen Theorie« usw. an der Zentralität des Klassenkampfs festzuhalten. Wenn das Kapital auf die lebendige Arbeit als einzige Quelle von Wert angewiesen ist, dann zerplatzen alle harmonischen Vorstellungen von einer allmählichen Abschaffung des Mühsals der Arbeit durch das Kapital selber wie Seifenblasen. Dann bleibt der Zwang zur Arbeit und seine Durchsetzung der zentrale politische Konflikt. Damit hat Caffentzis eine Basis geschaffen, um die Debatte um den »Wert« aus seinem akademischen Dornröschenschlaf zu wecken. Auf der einen Seite sind sich die »marxistischen« Linken einig, daß der »Wert« irgendwie auf Arbeit beruht – die

---

1 Übersetzt in: Thekla 10, Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977 zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf, Berlin 1988.

2 Einige der wichtigsten Texte der Zeitschrift Midnight Notes wurden von uns ins Deutsche übersetzt: Arbeit, Entropie, Apokalypse, und andere Texte, Thekla 12, Berlin 1989; s. auch die Besprechung in Wildcat 36, 1985; Ölwechsel, Klassenkampf und »neue Weltordnung«, Thekla 14, Berlin 1991; Golfkrieg und Klassenkampf, Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich zusammentun muß das Volk sich in acht nehmen, Beilage zu Wildcat 54, 1991; Midnight Oil, Arbeit, Energie, Krieg, Thekla 17, Berlin 1993; siehe auch die kritische Besprechung der Zeitschrift »Aufheben« in Wildcat-Zirkular Nr. 6, 1994.

sogenannte »Marx'sche Arbeitswertlehre«. Auf der anderen Seite scheint diese Frage aber so unwichtig zu sein, daß z.B. die ursprünglich als Weiterentwicklung des »Marxismus« begonnene Theorie der Regulation ohne großes Aufheben auf die Bestimmung des »Werts« durch die Arbeit verzichten kann. Daß sich die Regulationsschule damit theoretisch auf die andere Seite der Barrikade begeben hat, wurde in den kritischen Anmerkungen im Zirkular 2 (Seite 20f.) zwar betont, aber nicht ausgeführt. Auch in den Wildcat-internen Diskussionen hat diese Frage in den letzten Jahren keine große Rolle gespielt und ich denke nicht, daß wir in der jetzt angelaufenen Zirkular-Debatte irgendeinen dogmatischen Konsens á la »Arbeitswertlehre« unterstellen sollten. Mit solchen Unterstellungen haben wir uns selber allzuoft um die Diskussion herumgedrückt – und entdecken dann immer wieder, daß es den behaupteten Konsens gar nicht gibt. Ich will anhand von Caffentzis und einigen anderen Beiträgen zu diesem Thema die Diskussion anregen. Dabei geht es mir vor allem darum, wie bestimmte Auffassungen vom »Wert« mit den jeweiligen politischen Vorstellungen zusammenhängen. Dafür ist es notwendig, ein paar Punkte der Marx'schen Kritik der ökonomischen Kategorien anzudeuten. Wobei es mir hier gleichgültig ist, was Marx an anderen Stellen für einen Unsinn geschrieben haben mag (das Problem, Marx zu verteidigen, kennen nur religiöse »Marxisten«). Es geht nur darum, seine **Kritik** der ökonomischen Kategorien wieder verständlich zu machen, nachdem sie in hundert Jahren Marxinterpretation und Ideologisierung erfolgreich in ein dogmatisches Kategoriengebäude zurückverwandelt wurde.

1. Der "Beweis" von Caffentzis

So wichtig die Fragestellung ist, die George Caffentzis aufwirft, so unbefriedigend bleibt seine Antwort – was möglicherweise mit seinen politischen Perspektiven zusammenhängt (siehe Punkt 4.). Ohne uns auch nur mit einem Satz zu sagen, was »Wert« ist oder sein soll, präsentiert Caffentzis eine scheinbar mathematische Herleitung, warum Maschinen keinen »Wert« produzieren können. Daraus ergibt sich dann nach Caffentzis im Umkehrschluß, daß nur menschliche Arbeit »Wert« produzieren kann. Schon da läßt sich fragen: Und die Millionen Kühe und Schweine auf der Welt – könnten sie nicht den vielen »Wert« produzieren? Das ist kein Witz – vor der Wertlehre von Adam Smith glaubte man ganz ernsthaft, daß ausschließlich der Bodenertrag zur »Wertschöpfung« beitrage (Physiokraten). Oder könnte sich das »Midnight Notes Collective«, das die große Bedeutung des Erdöls so genau untersucht und betont hat, nicht vorstellen, daß der »Wert« ausschließlich aus Erdöl stammt? Schon dieser Hinweis zeigt, daß der »Beweis« von Caffentzis gar nichts beweist – jedenfalls nicht, daß Arbeit die Quelle von »Wert« ist.

In seiner ganzen Beweisführung unterstellt Caffentzis schon Resultate der Marxschen Kritik des »Wert«, die alle darauf beruhen, daß Marx zunächst zeigt, warum »Wert« nichts anderes als geronnene Arbeitszeit ist: z.B. daß der Wert der Maschinerie an das Produkt weitergegeben wird. Genausogut könnten wir sagen, daß sich der Wert der Maschine bei ihrem Gebrauch aufzehrt und nur bei äußerst planmäßiger und schneller Anwendung der Maschinerie der Kapitalist die Chance hat, daß der mithilfe der Maschine neuproduzierte Wert größer als der in der Maschine enthaltene Wert ist. Deswegen die vielen Schwierigkeiten mit den Arbeitern, weil sie die armen Maschinen daran hindern

könnten, genügend neuen Wert zu produzieren usw.. Indem er den Unterschied zwischen einem von den Arbeitern und einem von Maschinen produzierten »Wert« durch das bei der Maschine fehlende Konflikt- und Kampfverhältnis bestimmt, riecht er zwar, wo der Braten hängt. Aber er konzentriert seine »Beweisführung« nicht auf dieses soziale Verhältnis, sondern argumentiert im Folgenden nur mit der Wertgröße, der Quantität des »Werts«, nicht seiner Qualität. Dabei unterstellt er nebenbei eine Idealmaschine, die von sich aus funktioniert und »Wert« produziert. Aber in der Wirklichkeit muß noch jede Maschine von Menschen/ArbeiterInnen bedient werden, bei diesen realen Maschinen könnte das Arbeiterverhalten also sehr wohl die Wertproduktion auch dann beeinflussen, wenn der Wert selbst nur aus der Maschine stammt. Mit anderen Worten, er widerlegt nur die Existenz dieser Idealmaschine, so wie es die Thermodynamik tut, worauf er sich bezieht.

Und wieso soll der Faktor r, der den Grad der maschinellen Wertproduktion ausdrückt, zwischen null und eins liegen? Genauso gut könnte er zwischen 0 und 0,0001 liegen in einer überzeugenden Theorie der maschinellen Wertschöpfung. Die bürgerliche Wirtschaftstheorie, die an die Stelle der Arbeitswertlehre die Theorie der verschiedenen Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit und Boden) gesetzt hat, kann in ihren mathematischen Modellen die Beiträge dieser drei Faktoren zum Gesamtwertprodukt einigermaßen plausibel berechnen. Es kommen weitere, empirische Unterstellungen hinzu. Bei nur 25 Zyklen hätten wir schon das zehnfache an Wert. Die Wörtchen »schnell« und »zehnfach« klingen beeindruckend, aber was besagen sie in der Wirklichkeit? Die durchschnittliche Maschinennutzungszeit liegt bei 10–20 Jahren, das macht bei 25 Zyklen über 250 Jahre. Mal ganz abgesehen davon, daß es damals die hier in Rede gestellten Maschinen noch gar nicht gab – hat sich denn die Wertsumme in dieser Zeit nicht tatsächlich verzehnfacht?

Der »Beweis« von Caffentzis bleibt **tautologisch**, d.h. er leitet etwas her, was bei der Herleitung schon stillschweigend vorausgesetzt wird. Setzte ich die Wertbestimmung durch Arbeit voraus, so machen seine Aussagen einen Sinn; wenn nicht, dann »beweisen« seine Ausführungen auch nichts. Es zeigt sich daran nur die Unsinnigkeit, durch quantitative Betrachtungen die besondere Qualität einer Sache bestimmen zu wollen. Auf der rein quantitativen Ebene ist der bürgerlichen Vulgärökonomie, für die es keine Ausbeutung und daher keinen Klassenantagonismus gibt, nicht beizukommen.

2. Der "Wert" – eine gespenstige gallertartige Substanz

In der Linken hat sich die Behauptung, daß der Wert einer Ware die Menge der in ihr enthaltenen Arbeit ausdrücke, entweder als unhinterfragtes Vorurteil festgesetzt – oder es interessiert gar nicht. Daher war ich überrascht, ausgerechnet in einer Publikation der VSP einen Artikel zu finden, der die verbreitete linke »Wertlehre« gründlich kritisiert.[3] Überrascht war ich, weil diese Kritik eigentlich zu radikaleren politischen Schlußfolgerungen führen müßte, als wir sie aus der praktischen Politik der VSP kennen.

---

3 Gustav Thaler, Wie kam der Wert in die Welt? Vorzüge und Fallstricke der Darstellungsweise im *Kapital*, in: SoZ-Magazin Nr. 14/15, Sommer 1994, S. 25–28.

Wir werden sehen, wie sich der Artikel von Thaler an dieser Konsequenz vorbeidrückt. Zunächst räumt Thaler ganz richtig mit der Vorstellung auf, die Idee, daß der Wert auf Arbeit beruht, stamme von Marx. *»Wir sehen jetzt, daß Marx den Wert nicht (...) »entdeckt« hat, sondern daß er erkannt hat, daß sich in dem Begriff ein gesellschaftliches Verhältnis niederschlägt, welches durch seine Erscheinungsformen verschleiert wird. Das ist auch von vielen MarxistInnen nicht verstanden worden, die in Marx den Begründer der Arbeitswerttheorie erkennen wollen oder, noch schlimmer, ihm die Formulierung eines »Wertgesetzes« zuschreiben, als habe er uns ein Glaubensbekenntnis verordnet. Blanker Unsinn, Marx hat gesellschaftliche Prozesse analysiert und gezeigt, in welchen Begriffen diese notwendig vorgestellt werden. Er hat erstmals den Wert als eine Kategorie verstanden, in der das gesellschaftliche Bewußtsein den ihm verborgenen Produktionszusammenhang erfaßt. Der Wert ist insofern ein ideologischer Begriff, als er Ausdruck eines falschen Bewußtseins ist, dem die Verhältnisse unter den Menschen als Eigenschaften der Dinge erscheinen. Indem Marx den ideologischen Gehalt des Begriffs bloßlegt, entdeckt er uns zugleich den darin aufgehobenen wahren Produktionszusammenhang.«* Marx geht nicht vom Wert, sondern von der Ware aus, weil sich der Reichtum in kapitalistischer Gesellschaft als ungeheure Warenansammlung darstellt. Er zeigt dann, daß die Besonderheit von Gebrauchsgegenständen Ware zu werden, eine bestimmte historische Form ist, in der sich die Menschen auf die Produkte ihrer Arbeit beziehen, also ein soziales Verhältnis ausdrückt. Der »Wert« der Ware kann dann nur die abstrakte und verdinglichte Vorstellung dieses sozialen Verhältnisses sein. Dies ist das entscheidende Argument gegen die Vorstellung, Maschinen könnten »Wert« produzieren. Maschinen gehen keine sozialen Beziehungen ein, sie dienen der Herstellung von Gebrauchswerten – egal, ob diese sich später als Waren darstellen, vom Arbeiter direkt konsumiert werden oder einem Feudalherren abgetreten werden. Maschinen können stofflichen Reichtum produzieren, so wie die »Natur« es auch tut – aber sie produzieren keine sozialen Beziehungen zwischen den Menschen. Das können diese nur selber tun – auch wenn es den einzelnen in ihrem Alltag so erscheint, als würden sie von Dingen und in der Arbeit von Maschinen beherrscht.

Die Frage ist nun aber, **welches** bestimmte soziale Verhältnis sich in der Form der Ware und dem »Wert« ausdrückt. An diesem Punkt verläßt Thaler den zunächst eingeschlagenen kritischen Weg. Er sagt, daß die Ware nicht ein Ding ist, *»sondern daß Dinge zu Waren werden, indem wir sie als solche behandeln«*. Diese allgemeine Reflexionsbeziehung muß festgehalten werden, aber sie sagt noch nichts über die Besonderheit der Ware aus. Auch ein Tisch wird nur dadurch Tisch, daß wir ihn als solchen (und nicht als Brennholz) behandeln. Als zweites führt er die Arbeitsteilung ein. Mit zunehmender Arbeitsteilung *»stellt sich aber die Frage nach den Regeln und der Form des nun notwendigen gesellschaftlichen Austausches«*. Diese Regeln können völlig unterschiedlich sein – gemeinsamer Konsum im Kollektiv, Tausch zwischen einzelnen, Sklavenarbeit. Aus der Arbeitsteilung geht immer noch nicht hervor, warum sich die Produkte als Waren darstellen sollten und was die besondere Qualität des »Werts« ist. In seiner Not bringt Thaler das Geld ins Spiel: *»Der Übergang zur Warenproduktion wird von der Gesellschaft nicht mit Bewußtsein vollzogen, sondern durch das Eindringen des Geldes in den internen Austausch bewirkt (...)«* Damit scheitert Thaler dann endgültig an seiner

Fragestellung, ähnlich wie Caffentzis. Denn Geld ist nur die abstrakteste Form von Ware, die allgemeine Ware, die sich mit allen anderen Waren austauscht. Er erklärt also die Ware durch die Ware! Thaler hält zwar richtig fest, daß die Warenform und der Wert eine gesellschaftliche Beziehung zwischen den Menschen in verdrehter Weise zum Ausdruck bringen, aber er kann nicht sagen, **welche** Beziehung unter den Menschen es ist. Zufall?

Die vorhergehende Ausgabe des SoZ–Magazins hatte sich die Frage nach dem *»Sinn der Arbeit«* gestellt und eine *»sozialistische Emanzipation der Arbeit«* gefordert. Der einleitende Artikel schließt mit der Forderung nach einer *»emanzipatorischen Perspektive der Gestaltung von Technik und Arbeitsorganisation«* und im weiteren wird nach den Gefahren und Chancen, den Vor– und Nachteilen der Gruppenarbeit gefragt. Marx hatte sich über diese Vorstellungen einer »Befreiung der Arbeit« lustig gemacht und sie als Illusion zurückgewiesen. *»Nicht allein das Privateigentum als sachlichen Zustand, das Privateigentum als Tätigkeit, als Arbeit, muß man angreifen, wenn man ihm den Todesstoß versetzen will. Es ist eines der größten Mißverständnisse, von freier, menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die ›Arbeit‹ ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit.«* (Karl Marx, Über F.Lists Buch »Das nationale System der politischen Ökonomie«, S.25 – dieser Gedanke taucht bei Marx immer wieder auf. Ich weiß, es gibt eine Reihe von Stellen, die auch anders gelesen werden können, aber es geht mir hier nicht um Marx–Exegese, sondern um die innere Konsequenz der Kritik, und in die paßt nur seine Ablehnung der »freien Arbeit«, nicht irgendwelche anthropologischen Bemerkungen zur Bedeutung der Arbeit für »die« Menschen.) Vielleicht kann Thaler aufgrund dieses positiven Bezugs seiner Partei auf die Arbeit trotz gründlichem Marx–Studium nicht zum wesentlichen Gehalt der Kritik vordringen.

Das bestimmte soziale Verhältnis, das sich in der Ware ausdrückt, sind die sozialen Beziehungen, die die Menschen in der Arbeit zueinander eingehen (und nicht erst ihr Verhalten auf dem Markt als Warenbesitzer, Käufer und Verkäufer!). Was Marx von der politischen Ökonomie trennt ist die Beziehung, die er zwischen dem Doppelcharakter der Ware (Gebrauchswert und Tauschwert) und dem Doppelcharakter der Arbeit herstellt: konkrete, nützliche Arbeit und allgemein–menschliche, *abstrakte Arbeit*. Im ersten Kapitel des »Kapitals« sieht es so aus, als würde Marx die abstrakte Arbeit aus der Abstraktheit des Werts »ableiten«, d.h. als ergäbe sich diese Bestimmung und Kategorie durch eine Schlußfolgerung aus der Ware. Im Unterschied zu den diversen »Ableitungsschulen« verwechselt Marx nie den logischen Entwicklungsgang in der Darstellung mit der Wirklichkeit. Einen Sinn macht der »Schluß« auf die abstrakte Arbeit nur, weil es sie wirklich gibt, weil sie ihm als ein ungeheures gesellschaftliches Phänomen aufgefallen war. Er hatte es bei dem neuen Industrieproletariat gesehen, wie scheißegal und fremd ihnen die Arbeitstätigkeit war. Und ihm war klar, daß er erst aufgrund dieses lebendigen Gegensatzes der ArbeiterInnen gegen die Arbeit enthüllen konnte, was sich hinter diesem mystischen Begriff »Wert« verbirgt. Aber diese reale Abstraktheit der Arbeit stellt er erst in späteren Kapiteln dar. Im ersten Kapitel »Die Ware« untersucht er sowieso nur die allgemeine Form der Ware, er kommt hier noch nicht zu ihrem vollständigen Begriff.

Den faßt er erst im letzten Abschnitt des dritten Bandes zusammen:
»Es sind zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein auszeichnen. Erstens: Sie produziert ihre Produkte als Waren. ***Waren zu produzieren, unterscheidet sie nicht von andern Produktionsweisen;*** *wohl aber dies, daß Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produkts ist. Es schließt dies zunächst ein, daß der Arbeiter selbst nur als Warenverkäufer und daher als freier Lohnarbeiter, die Arbeit also überhaupt als Lohnarbeit auftritt. (...) Das zweite, was die kapitalistische Produktionsweise speziell auszeichnet, ist die Produktion des Mehrwerts als direkter Zweck und bestimmendes Motiv der Produktion.« (MEW 25, S. 886f.)* Die *»ganze Wertbestimmung und die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert«* ergibt sich erst aus dem Charakter der *»Ware als kapitalistisch produzierter Ware« (ebd.)* Die im allerersten Satz des »Kapitals« aufgeworfene Frage, warum der gesamte Reichtum als »ungeheure Warenansammlung« erscheint, kann also erst beantwortet werden, wenn die *kapitalistische* Ware betrachtet wird, und deren Wert enthält nicht nur abstrakte Arbeit, sondern Mehrarbeit, Arbeit für andere, die Arbeit einer Klasse von Proletariern für eine Klasse von Kapitalisten. Das ist das bestimmte soziale Verhältnis, daß die Ware dort enthält, wo sie zum allgemeinen Kennzeichen der Reichtumsproduktion geworden ist. Deshalb betont Marx, daß allgemeine Warenproduktion erst da existiert, wo die Arbeitskraft selber zur Ware geworden ist. Arbeitskraft als Ware bedeutet, daß ich mein Arbeitsvermögen verkaufen muß, um leben zu können – d.h. die gesamten Reproduktionsmittel (Wohnung, Nahrung, Kleidung, Haushaltsgeräte, Fernsehen usw.) muß ich einkaufen. Dafür muß ich mein Leben lang mein Arbeitsvermögen gegen Geld anderen zur Verfügung stellen. Dies beinhaltet ein zweites: Daß den Arbeitenden die konkrete Arbeit völlig gleichgültig wird uns sie ihr fremd gegenüberstehen. Denn die Güter, die sie herstellen, produzieren sie nicht für sich. Sie arbeiten nur für Geld, mit dem sie sich dann andere Güter kaufen. Erst in einer solchen Gesellschaft wird die Arbeit *wirklich* abstrakt, gleiche unterschiedslose menschliche Arbeit. Das bestimmte soziale Verhältnis, das im Kapitalismus im ökonomischen Begriff des »Werts« abstrakt und verkehrt zum Ausdruck kommt, ist daher die Ausbeutung anderer durch den allgemeinen Arbeitszwang. Die Arbeit als solche ist es, die damit in den Mittelpunkt der Kritik rückt. Ohne die Arbeit abzuschaffen, ohne eine Gesellschaft zu begründen, in der die Beziehungen der Menschen untereinander nicht mehr durch ihre Stellung zur Arbeit reguliert werden, wäre nichts gewonnen, würden die Mystifikationen »Wert«, »Geld« und »Kapital« immer wieder aufs neue entstehen.

Es ist also kein Zufall, wenn die »Freunde der Arbeit« von der VSP und anderen linken Parteien, nicht zu einer Kritik des Wertbegriffs vordringen. Dasselbe gilt übrigens auch für **Robert Kurz**, der sich als Wiederbeleber der Marxschen Kritik sehen möchte, aber in Wirklichkeit an dieser Fetischisierung des Wertbegriffs mitstrickt, wenn er z.B. in soziologischem Jargon von der »Warenform« als *»gesellschaftlicher Basisform«* spricht. An der Ware ist nichts »Basis«, sie ist reine Mystifikation des grundlegenden Ausbeutungsverhältnisses, das die Existenz der antagonistischen Klassen voraussetzt. Seine Kritik der »Warenform« bleibt auf der Ebene dieser ersten dürren Analyse der Ware im ersten Kapitel des »Kapitals« und gelangt daher nicht zur Kritik der *kapitalistischen*

Ware. Weil er nicht kapiert, daß »Ware« und »Wert« keine andere »Basis« als den Zwang zu abstrakter und allgemeiner Arbeit, also Arbeit überhaupt, haben, mag er auch nicht von der Arbeit als dem eigentlichen Skandal dieser Gesellschaft sprechen, sondern hält sich ein Hintertürchen offen. In jüngsten Publikationen schleicht er dann durch dieses aus dem revolutionären Anspruch hinaus und in die grün-alternative Idylle der *»kleinvernetzten Reproduktionsformen«* hinein – während sich das Proletariat mit Entsetzen von diesem neugetünchten Arbeitszwang abwendet. Noch schlimmer wird's, wenn Kurz mit seiner »Warenkritik« dem VW-Management ideologisch unter die Arme greift, indem er dessen Plan zur Intensivierung der Arbeit durch die sogenannte »Vier-Tage-Woche« in der »konkret« als bahnbrechenden Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung feiert. Noch nicht einmal die Tatsache, daß die ArbeiterInnen bei dieser Entscheidung kein Wörtchen mitreden durften, hat ihn stutzig gemacht.
Angesichts seiner politischen Schlußfolgerungen wenden sich auch frühere Anhänger der Theorieproduktionen der »krisis«-Gruppe von Kurz ab. Dabei übersehen sie meistens, daß diese katastrophalen politischen Vorschläge keineswegs Ausrutscher einer ansonsten revolutionären Theorie sind, sondern sich allesamt sehr gut mit seiner Verballhornung der Kritik der politischen Ökonomie vertragen. Wenn die Arbeit nicht im Mittelpunkt der Kritik steht, sondern die allgemeinste gesellschaftliche Erscheinungsform, die Ware, unter der die zarten kulturkritischen Seelen der Bourgeoisie ebenso leiden wie die ArbeiterInnen, dann gibt es keinen Klassenkonflikt mehr (bzw. hinter den Vermittlungsformen wie Gewerkschaft, Sozialstaat, Arbeitsrecht usw. kann kein Antagonismus mehr gesehen werden), und es bleibt nur der Intellektuelle und damit tendenziell die bürgerliche Bündnispolitik als historisches Subjekt übrig. Denen muß man natürlich mit solchen realitätstüchtigen, politikfähigen Vorschlägen kommen, wie der Wiederentdeckung der Alternativökonomie oder dem genialen Coup des VW-Managements – denn sonst drohe uns: ein *»Bürgerkrieg«*. So hat die bürgerliche Intelligenz schon immer ihre Furcht vor der rohen Gewalt des Proletariats, vor der revolutionären Drohung, ausgedrückt.

3. Die "New Enclosures", der »Wert« und die politischen Perspektiven der »Midnight Notes«

Im Vergleich zu den angesprochenen deutschen Linken sind sich Caffentzis und die »Midnight Notes« über das Klassenverhältnis als dem grundlegenden Ausgangspunkt jeder Kritik der ökonomischen Kategorien völlig im klaren. Mit seiner Kritik der Vorstellung, Maschinen könnten Wert schaffen, will Caffentzis den Blick auf das Phänomen der »New Enclosures« lenken, d.h. einer neuen Phase der »Einzäunung« von Land, der Losreißung der Produzenten von ihrem unmittelbaren Produktionsmittel, dem Boden. Überall auf der Welt toben heute neue Kämpfe um Land: in China, Südafrika, Brasilien, Mexiko ... Die Härte der Konfrontation dieser Kämpfe mit dem internationalen Kapital liegt darin, daß nur die lebendige Arbeit den Wert, sprich die Profite des Kapitals erzeugen kann. Die gewaltsame Losreißung der Menschen von ihrem Boden, die Zerstörung des gemeinschaftlichen Bodenbesitzes im Dorf ist heute weltweit genauso existentiell für eine kapitalistische Entwicklung, wie es die Einzäunung von Land und die Vertreibung der Kleinbauern seit dem 14. Jahrhundert für die Entstehung des Kapitalis-

mus in England war (was Marx im 24. Kapitel, in dem er die Vorstellung einer »ursprünglichen Akkumulation« kritisiert, beschrieben hat).
1990 veröffentlichten die »Midnight Notes« den Artikel »Die neuen Enclosures«[4], der ausgehend von dieser Beobachtung eine globale revolutionäre Strategie entwirft. Wir fanden den Artikel damals auch deswegen wichtig, weil er in einer verbreiteten linken Ohnmachtsstimmung angesichts des historischen Bruchs der »oppositionellen Blöcke« gerade daran die neuen Möglichkeiten von Weltrevolution aufzeigt. Wir hatten dem Artikel zwar einige kritische Bemerkungen vorangestellt, ihn aber nicht gründlich diskutiert. Uns fehlte der Mut, mit ihm oder in einer Diskussion um ihn in den hiesigen Debatten auf eine globale revolutionäre Perspektive zu drängen. Der Vorschlag von Karl-Heinz Roth und sein Versuch, in den unterschiedlichen Situationen auf der Welt das gemeinsame Drängen nach Revolution auszumachen, ist auf mehr Resonanz gestoßen. Der Entwurf der »Midnight Notes« von 1990, dessen Ideen im Vortrag von Caffentzis wieder auftauchen, hat gewisse Ähnlichkeiten mit dem von Roth. Wie er suchen sie nach den gemeinsamen Erfahrungen und Konfrontationen der ProletarierInnen auf der Welt, um eine materielle Basis für einen gemeinsamen Prozeß von Weltrevolution bestimmen zu können. Dazu weiten sie den Begriff der »Enclosure« über seine unmittelbare Bedeutung (Losreißung vom Boden) aus und fassen unter ihn den Angriff auf alle Formen von Existenzgarantien: auf die Subsistenz (3. Welt), auf die »sozialistischen Rechte« (2. Welt) und auf die »sozialen Rechte« (1. Welt). Darin sehen sie die gemeinsamen und vereinigenden Erfahrungen der ProletarierInnen in den drei Welten. Lassen wir einmal die jeweils besonderen Terminologien (»Enclosure« etc.) beiseite, dann ist dieser Versuch nicht so weit von dem von Roth entfernt. In der Debatte um den neuen Text von Roth sollte er mit aufgenommen werden und ich denke, daß sich in der Auseinandersetzung mit ihm einige Fragen genauer diskutieren lassen. Dazu nur ein paar Anmerkungen:
In den kritischen Vorbemerkungen hatten wir darauf hingewiesen, daß bezeichnenderweise kein einziges Mal die Frage der »Verwertung« und die Frage der Macht der ProletarierInnen im Inneren des Kapitals im Text der »Midnight Notes« auftaucht. Ich sehe darin auch den Grund für die Oberflächlichkeit und Tautologie des »Beweises« von Caffentzis. Es geht ihm nicht darum, den Wert selber als prozessierenden Antagonismus, als verdinglichte Kategorie des zugrundeliegenden Klassenkonflikts zu fassen, sondern nur darum, die Wichtigkeit des kapitalistischen Zugriffs auf lebendige Arbeit zu betonen, also den Prozeß der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Dafür reicht die Aussage, daß Maschinen keinen Wert produzieren aus; welche Prozesse, Kämpfe in der Produktion des Werts enthalten sind, ist für diesen Konflikt der Lostrennung von den unmittelbaren Produktionsmitteln unwesentlich.
Auf der einen Seite versuchen die »Midnight Notes« den Begriff der »Enclosure« so weit zu fassen, daß alle Formen proletarischer Kämpfe hineinpassen, auf der anderen Seite schwingt der ursprüngliche Begriff der Enclosure immer mit, wodurch der Konflikt im Inneren des Kapitals und sein politischer Stellenwert für die *Machtfrage* übersehen wird.

---

4 Abgedruckt in Thekla 14, S. 37–54.

Wenn Marx betont, daß erst die Abhängigkeit des Kapitals in seinem Produktionsprozeß von der Arbeiterklasse die Möglichkeit einer weltweiten Überwindung des Kapitals eröffnet, dann ist das immer wieder falsch verstanden worden. Als sei damit etwas über die politische Wichtigkeit oder Unwichtigkeit der verschiedenen Konflikte ausgesagt, oder als habe Marx damit die Durchsetzung des Kapitalismus an allen Punkten der Erde zur Voraussetzung der Weltrevolution gemacht. Dieses Mißverständnis schleicht sich auch in dem Text der »Midnight Notes« ein, wenn sie zu seiner Darstellung im 24. Kapitel schreiben: *»Folglich sind alle die Leiden und Morde, das "Blut und Feuer" der alten Enclosures unvermeidlich und letztlich historisch gut, weil sie »die Auflösung des Privateigentums, das auf der Arbeit seines Besitzers beruht« vollenden.« (S. 48)* Marx wollte nicht sagen, ob dieser Prozeß gut oder schlecht oder aus irgendeinem allgemeinen geschichtsphilosophischen Prinzip heraus notwendig ist. Er ging von diesem realen Prozeß aus und fragte sich, welche Möglichkeiten sich damit für einen revolutionären Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise ergeben. Mit diesem Mißverständnis, das er durch seine eigenen Formulierungen nahegelegt haben mag, mußte er sich schon zu seiner Zeit auseinandersetzen.

Im Oktober 1877 erschien in der russischen Zeitschrift »Otetschestwennyje Sapiski« ein Artikel des Volkstümlers Michailowski, in dem er Marx vorwirft, er habe im Kapital – im 24. Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation – behauptet, jedes Land müsse zwangsläufig zuerst die Phase der gewaltsamen Lostrennung der bäuerlichen Produzenten von ihren Produktionsmitteln und den Eintritt in die kapitalistische Produktionsweise durchmachen, bevor es zu einer revolutionären Entwicklung kommen könne. Marx schrieb daraufhin eine Erwiderung an die Redaktion der Zeitschrift, in der er den historischen Stellenwert des 24. Kapitels betont, sich gegen jedes starre, philosophische Phasenschema der Entwicklung verwahrt und ausdrücklich der damals in Rußland von Tschernyschewski formulierten Position anderer Entwicklungsmöglichkeiten zustimmt: *»Dieser [Tschernyschewski] hat in bemerkenswerten Artikeln die Frage behandelt, ob Rußland, wie die liberalen Ökonomen verlangen, mit der Zerstörung der Bauerngemeinde anfangen und dann zum kapitalistischen Regime übergehen muß, oder ob es im Gegenteil, ohne die Qualen dieses Systems durchzumachen, sich alle Früchte desselben aneignen kann, indem es seine eignen geschichtlich gegebenen Voraussetzungen weiterentwickelt. Er spricht sich in diesem letzteren Sinne aus.«* Danach versucht er, den Stellenwert seiner Aussagen im Kapital zu klären: *»Das Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation will nur den Weg schildern, auf dem im westlichen Europa die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus dem Schoß der feudalen Wirtschaftsordnung hervorgegangen ist. Es stellt also die geschichtliche Bewegung dar, die, indem sie die Produzenten von ihren Produktionsmitteln trennte, die ersteren in Lohnarbeiter (Proletarier im modernen Sinne des Wortes) und die Besitzer der letzteren in Kapitalisten verwandelte. (...) Am Schluß des Kapitels wird die geschichtliche Tendenz der Produktion auf folgendes zurückgeführt: daß sie ›mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation erzeugt‹, daß sie selbst die Elemente einer neuen Wirtschaftsordnung geschaffen hat, indem sie gleichzeitig den Produktivkräften der gesellschaftlichen Arbeit und der allseitigen Entwicklung jedes individuellen Produzenten den größten Aufschwung gibt, daß das kapitalistische Eigentum, das in der Tat schon auf einer Art kollektiver*

Produktion beruht, sich nur in gesellschaftliches Eigentum verwandeln kann. ***An dieser Stelle liefere ich hierfür keinen Beweis,*** *aus dem guten Grunde, daß diese Behauptung selbst nicht anderes ist als die summarische Zusammenfassung langer Entwicklungen, die vorher in den Kapiteln über die kapitalistische Produktion gegeben worden sind.*
Welche Anwendung auf Rußland konnte nun mein Kritiker machen von dieser ***geschichtlichen Skizze?*** *Einfach nur diese: Strebt Rußland dahin, eine kapitalistische Nation nach westeuropäischem Vorbild zu werden – und in den letzten Jahren hat es sich in dieser Richtung sehr viel Mühe kosten lassen –, so wird es dies nicht fertig bringen, ohne vorher einen guten Teil seiner Bauern in Proletarier verwandelt zu haben; und dann, einmal hineingerissen in den Wirbel der kapitalistischen Wirtschaft, wird es die unerbittlichen Gesetze dieses Systems zu ertragen haben, genauso wie die anderen profanen Völker. Das ist alles. Aber das ist meinem Kritiker zu wenig. Er muß durchaus meine historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden, um schließlich zu jener ökonomischen Formation zu gelangen, die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert. (...)«* Marx erwähnt dann kurz die Entwicklung der Plebejer im alten Rom, deren Trennung von ihren Produktionsmitteln nicht wie bei dem gleichartigen Prozeß im 16. und 17. Jahrhundert zur Herausbildung einer kapitalistischen Produktionsweise führte. *»Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.«* (MEW 19, S. 108ff., Hervorhebungen von mir)

Die »Midnight Notes« ziehen eine direkte Linie zwischen Marx' angeblichem »Gutheißen« der Enclosures zu den Entwicklungsdiktaturen sozialistischer Nationalbourgeoisien, die selber den Prozeß der Lostrennung vom Land betrieben und beschleunigt haben. Gegen solche Entwicklungsregimes hat Marx im Fall von Rußland aber ausdrücklich seine Stimme erhoben und auf die Bedeutung von Kämpfen gegen die Enclosures für die *Einleitung* eines weltrevolutionären Prozesses hingewiesen. Im Vorwort zur russischen Ausgabe des »Kommunistischen Manifest«, die 1882 erschien, schrieb er:
»Das ›Kommunistische Manifest‹ hatte zur Absicht, die unvermeidlich bevorstehende Auflösung des modernen bürgerlichen Eigentums zu proklamieren. In Rußland aber finden wir, gegenüber rasch aufblühendem kapitalistischen Schwindel und sich eben erst entwickelndem bürgerlichen Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens im Gemeinbesitz der Bauern. Es fragt sich nun: Kann die russische Obschtischina, eine wenn auch stark untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes am Boden, unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehn? Oder muß sie umgekehrt vorher denselben Auflösungsprozeß durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht?
Die einzige Antwort hierauf, die heutzutage möglich ist, ist die: Wird die russische

Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.«

Was Marx nur betonen wollte, ist die Bedeutung des Klassenkampfs innerhalb der kapitalistischen Produktion für die endgültige Zerschlagung der Macht und politischen Herrschaft des weltweit agierenden Kapitals. Was den Auftakt dieses Prozesses angeht, setzte er die größten Hoffnungen auf den Kampf gegen die weitere Zerschlagung gemeinschaftlicher Strukturen. Es geht mir nicht um eine »Ehrenrettung« der Person Marx, sondern darum, daß die Kritiken, die sich im Grunde auf die Verkehrung seiner Überlegungen in einen »Marxismus«, in Partei– und Staatsideologie beziehen, das Kind mit dem Bade ausschütten. Der berechtigte Haß auf die Benutzung formelhafter marxscher Sätze für die Festigung von Ausbeutungsstrukturen verwirft zugleich seine Überlegungen zur praktischen Kritik des Kapitals. Bei den »Midnight Notes« wird dies am Schluß ihres Textes deutlich, wenn sie das kommunale Land und den kommunalen Raum zur Energiequelle proletarischer Macht verklären (S. 48), ohne sagen zu können, wie die begrenzten *kommunalen* Zusammenhänge eine revolutionäre Macht gegen das *internationale* Kapital entfalten sollen. Sicher wird es ein »Freudenfest« (S. 54) werden, aber dazu bedarf es einer materiellen Basis für die proletarische Angriffskraft.

Möglicherweise sind die Kämpfe in Südafrika, China oder Mexiko und die in ihnen handelnden ProletarierInnen schon weiter als unsere Debatten, weil in ihnen die Auseinandersetzung in den Fabriken und die Frage des Lands in der politischen Konfrontation zusammenwachsen können.[5] Das Charakteristische des Aufstands in Chiapas ist gerade seine Bezugnahme auf die Probleme in der ganzen Gesellschaft, ihr Versuch in ihren Forderungen das gesamte mexikanische (und weltweite) Proletariat anzusprechen. *»Bei diesem Aufstand handelt es sich um keinen indigenen Aufstand, bei dem ausschließlich Forderungen der Inigénas erhoben werden, sondern um eine indigene Rebellion, die einen Wandel der gesamten Gesellschaft erreichen will. (...) Von außerhalb wird das Autonomiebestreben aus einem bestimmten paternalistischen Blickwinkel betrachtet, nach dem Motto: Laßt doch die Indios autonom sein. Nicht diese Art Autonomie fordern sie. Sie fordern Partizipation, die Teilhabe an der nationalen Gesellschaft (...) Die Zapatisten wollen nicht in die Vergangenheit zurückkehren. Sie wollen nicht in dem Elend leben, in dem sie 500 Jahre lang gelebt haben. Sie wollen Erziehung, ein kleines aber sauberes Haus, sie wollen einen Kühlschrank, ihren Fernseher, elektrisches Licht. Sie sind keine traditionalistischen Indios, sondern sie sind sehr modern.* ***Ich glaube, daß das 20. Jahrhundert in Mexico 1910 begonnen hat und am 31. Dezember 1993 beendet wurde.****« (Antonio und Liza García de León, in: Schwarzer Faden 3/94)* @fener

---

5 Indem Karl–Heinz Roth in seiner neuen Ausarbeitung der in Hamburg Mitte letzten Jahres vorgestellten Thesen diese Zusammenführung der verschiedenen Kämpfe auf der Welt als wesentliche revolutionäre Dynamik bestimmt, bricht er die ideologischen Streitigkeiten auf und versucht, sich und uns wieder einen Blick auf die Weltrevolution freizuschaufeln. Siehe die Vorstellung und Zusammenfassung seines Textes in diesem Zirkular.

Biedenkopf–Referat:

Rassismus, Antifaschismus und die Krisenpolitik des Staates

Das Fa/Antifa–Referat, das ich in Biedenkopf für die Wildcat–Freiburg vorgetragen habe, war das Ergebnis vieler Diskussionen. Es sollte diese zusammenfassen, alle Positionen richtig wiedergeben und die weitere Debatte stimulieren und strukuturieren. Ich selbst war mit dem Referat nicht besonders zufrieden. Wir in Freiburg sehen nach monatelanger Auseinandersetzung wahrscheinlich nur noch die vielen Probleme bei der Diskussion über diesen Bereich. Da es keinen Tonbandmitschnitt gab, basiert das Folgende auf meinen Stichpunkten.

Wir halten es für wichtig, die ganze Faschismus– und Antifaschismusdiskussion auf unterschiedlichen Ebenen anzuschauen, um so die Gesamtlage überblicken und die Gefahren und Probleme einschätzen zu können. Diese Ebenen sind:

1. die (Krisen)politik des Staates, vor allem die in der Faschismusdebatte wichtigen Teile davon,
2. die Frage von Rassismus und Proletariat, und
3. die unterschiedlichen Erscheinungen von Antifaschismus.

1. Erstmal können wir feststellen, daß eine Machtübernahme seitens faschistischer Parteien nicht auf der Tagesordnung steht, obwohl es durchaus Entwicklungen gibt, die uns Sorgen bereiten. Wir haben gesehen, wie der Staat fähig war, über die Asylfrage die Lage zuzuspitzen, jahrelang den Rassismus auszunutzen und dann entscheidene Schritte zu besseren Regulierung der Arbeitskraft und weiteren Abstufung des Arbeitsmarkts einzuleiten. Die Illegalisierung dient jetzt als wichtiger Hebel in bezug auf einen breiten Teil der Klasse. Wir haben gesehen, wie der Staat Anschläge ausnutzte, um die Bevölkerung für seine Zwecke zu mobilisieren. Wie er die Faschisten als Terroristen ausnutzte und – was erst langsam ans Tageslicht kommt – wie tief er selbst in die Anschläge und 'Pogrome' der letzten Jahre – Rostock, Solingen, Magdeburg verstrickt ist. Wir können beobachten, wie der Staat aus Demonstrationen und Blockaden 'Terrorismus' macht und damit selektive Repression, sprich Kontrolle, oppositioneller/ausländischer Gruppen, rechtfertigt.
Wir gehen davon aus, daß das Kapital seine Systemkrise nicht gelöst hat – trotz der Durchführung gewisser Maßnahmen in der letzten Zeit. Er könnte durchaus auf einen noch autoritäreren Kurs bei der Ausnutzung des Rassismus setzen, aber es gibt zur Zeit anscheinend noch andere Alternativen.

2. Wir wissen, daß es Rassismus im Proletariat gibt, daß die dramatischen Ereignisse der letzten Jahre eng mit Teilen des Proletariats zusammenhängen. Wir plädieren hier für ein dynamisches Verständnis von Rassismus, damit wir wegen Rassismus keine Mauern errichten, die eine Beziehung auf die Klasse, auf die Klassenzusammensetzung, ver–

hindern. Wir sollten diskutieren, unter welchen Umständen und auf welchem Hintergrund Rassismus stattfindet:

- bei der Erkämpfung von "Privilegien" oder deren Verteidigung in Krisenzeiten,
- als Reaktion auf die Konkurrenz durch "fremde" Arbeitskraft, eine Konkurrenz, die die eigene Position zu verschlechtern droht, was ja historisch immer wieder passiert,
- als Appell an den Staat, seine Untertanen nicht zu vergessen und sich um sie zu kümmern.

Wir brauchen eine konkrete und ernsthafte Diskussion über Rassismus in der Klasse und nicht Gründe dafür, uns von dieser Diskussion, oder von der Klasse überhaupt, zu verabschieden.
Wir werden auch weiterhin mit Rassismus konfrontiert sein. Die Spaltungen, die der Rassismus schafft, werden selbst explosiv und wecken emanzipatorische Hoffnungen, wie z.B. die Selbstorganisierung ausländischer ArbeiterInnen und die Randalen schwarzer Kids. Auch die anderen Spaltungen, die nicht rassistisch sind, werden nicht einfach verschwinden.

3. Wir dürfen keine Zeit mit dem Antifaschismus der Lichterketten verschwenden, dem Antifaschismus, der den Staat zum Eingreifen aufruft. Das gleiche gilt für die Volksfronten, die die Arbeiterbewegungen hinter dem 'gutem' Kapital mobilisieren. Der Glaube an die "Nazi–Barbarei" reicht bis tief in der Linke, obwohl der Nationalsozialismus eine Strategie–Wahl des Kapitals war und er legal an die Macht kam.
Es gibt auch eine – einst populäre – Antifaschismus– oder Faschismus–Diskussion, die den Faschismus an der Kontinuität von den früheren faschistischen Regimen bis zu den italienischen/deutschen Regimen der Nachkriegszeit festmacht. Eine andere bezieht Faschismus auf die repressiven Maßnahmen des Staates. Diese Fragen gehören eigentlich in eine gesamtgesellschaftliche Kritik oder eine Kritik des Staates, und müssen nicht mit dem Etikett 'Antifaschismus' gekennzeichnet werden.
Es besteht die Gefahr, daß wir uns von der realexistierenden bürgerlichen Demokratie immer wieder über das Mittel eines Antifaschismus gegen die faschistischen Gefahren verarschen lassen. Uns interessiert der Antifaschismus der Jugend da, wo das eigentliche Faschoproblem existiert und es um den Freiraum, sich überhaupt in gewissen proletarischen Vierteln organisieren zu können, geht. Wenn wir aber nicht bei Verteidigung bleiben wollen, stellen sich weitere Fragen:

- Wie greifen wir in den Vierteln ein, wo die Faschisten organisieren und Rassimus aufbricht?
- Wie gewinnen wir diese Viertel, nicht als AntifaschistInnen im Dienst bürgerlicher Werte und des Sozialstaats, sondern als RevolutionärInnen?

Eine Aufgabe unserer Gruppen ist für mich, den Dialog mit den Antifas und den ProletarierInnen z.B. in den Stadtvierteln zu organisieren.

P./WC–FR, 23.8.94

Rezension: Detlev Claussen

"Was heißt Rassismus?"

Auf dem Göttinger Zirkular-Treffen wurde Berlin der Schwerpunkt Rassismus zuordnet. Tatsächlich hatte sich hier auf einem Biedenkopf-Nachfolgetreffen Ende Juni spontan eine kleine AG gebildet, die Texte zum Rassismus diskutieren will. Wegen der Sommerferien haben wir gerade mal einen Text diskutiert: die Einleitung von ***Detlev Claussen*** *zu seinem Reader* ***»Was heißt Rassismus?«*** *(Darmstadt 1994). Im folgenden eine thesenartige Zusammenfassung des Textes, den K.H.Roth im Zusammenhang mit der »konformistischen Rebellion« erwähnt - so sind wir auch auf ihn gekommen.*

Das Buch besteht aus einer Einleitung von Claussen, dann folgen kurze kommentierte Texte von »Rassisten«: Gobineau, Dühring, Chamberlain, Hitler und »Antirassisten«: Arendt, Levi-Strauss, Fanon, Memmi. Claussen geht es hier vor allem um eine Klärung des Begriffs, über den große Konfusion besteht: um Rassismus bekämpfen zu können, müsse man wissen, was Rassismus ist: wo das Beharren auf der »Differenz« aufhört und Rassismus beginnt. Über das, was rassistisch ist. Das Bedürfnis von Menschengruppen, sich von anderen abzugrenzen und die Bevorzugung des Eigenen vor dem Fremden oder Anderen zu legitimieren werde von den Medien aufgegriffen und zu sozialem Konformismus verfestigt. Claussen kritisiert den inflationären Gebrauch des Begriffs Rassismus und dabei vor allem Versuche des akademischen Marxismus, die ganze kapitalistische Welt mitsamt der Arbeiterklasse zum rassistischen System zu machen.
Er beginnt mit einer historischen Einordnung: der Begriff Rassismus ist erst in den zwanziger Jahren entstanden zur Charakterisierung der »nationalsozialistischen Weltanschauung«. Nach 1945 galten die NS-Verbrechen als Synonym für Rassismus, der damit international geächtet wurde. Dieser Konsend der politisch-moralischen Verurteilung des Rassismus wurde durch die Entkolonialisierungsbewegung und die antirassistischen Bewegungen in den USA befestigt. Seit 1989 scheint der institutionalisierte Rassismus (das Apartheid-System in Südafrika z.B.) nicht mehr haltbar, gleichzeitig nehmen aber diskriminierende Praktiken weltweit zu.

1) Der NS war nicht die Umsetzung einer Theorie
Es gibt keine systematische oder geschlossene nationalsozialistische »Theorie«, die dann in Auschwitz in die Praxis umgesetzt worden wäre. Richtig ist, daß der Rassismus im NS sich von keiner Theorie her ableiten läßt, sondern aus dem politischen Bedürfnis von Unterdrückung, Vertreibung, Massenmord. Das NS-Gedankengut ist eine Ideologie. Eine totalitäre Ideologie läßt sich aber nicht widerlegen. Hitlers Weltanschauung ist ein konformistischer Sykretismus [Vermischung mehrerer Religionen, Philosophien, Weltanschauungen] aus Autorität, Banalität und Halbwissen.
Weil nicht der Gedanke die Tat erzeugt, reicht es nicht, nur den Gedanken zu erkennen, zu isolieren und zu widerlegen, um sich vor einer Wiederholung der Tat zu schützen (Gefahr der Rationalisierung). Gleichzeitig gibt es eine Tendenz zur Irrationalisierung, zur Mystifizierung des Bösen. Die antirassistische Literatur heute bietet beides.

2) Rassismus ist keine geschlossene Weltanschauung
Alle Rassismen sind Synkretismen: sie wollen den bestimmten Unterschied, durch den etwas erklärt und begriffen werden kann, gar nicht wissen. Die Wurzel dieses Prozesses sieht Claussen in der Säkularisierung (Prozeß der Verweltlichung, Rationalisierung, Modernisierung) im 19. Jahrhundert: die egalitären Erwartungen, die damit entstehen, werden enttäuscht. Populäre rassistische Ideologien gewinnen an Boden. Dem NS ist es gelungen, unterschiedlichste völkische Strömungen mit dem Mainstream der deutschen Kultur zu vereinigen. D.h. die Weltanschauung ist sehr widersprüchlich. (Trotz der Überlegenheit der arischen Rasse kann das Bündnis mit Japan gerechtfertigt werden.) Die Nazi-Ideologie schuf einen Code der Radikalität, der nicht auf theoretische Stringenz angelegt war, sondern austestete, was den Menschen alles zugemutet werden kann.

Claussen kritisiert die Vorstellungen, die Wissenschaftler (z.B. Rassebiologen) zu den Urherbern des Rassismus machen, die dann als Schreibtischtäter in den SS-Leuten ihre Werkzeuge gefunden hätten. Ebenfalls kritisiert er Auffassungen, die die NS-Vernichtungspraxis als direkte Folge der Moderne sehen, nicht als Resultat der »Dialektik der Aufklärung«.

3) Die Überbewertung der Ideologie
Auf dieser Linie kritisiert er auch die Versuche von Stuat Hall, Robert Miles u.a., einen marxistischen Ideologiebegriff für die Analyse des Rassismus zu entwickeln: damit würde die gesamte Moderne zum rassistischen System. Die Folgen bezeichnet er als verheerend: wenn man den nationalsozialistischen Rassenimperialismus als »falsches Bewußtsein« interpretiere, übertreibe man die Bedeutung der Ideologie bei der weltumspannenden Praxis von Völkermord und Ausbeutung und gebe die intellektuellen Werkzeuge aus der Hand, mit denen sich die Widerspruchsstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft begreifen ließe. Die intellektuelle Kritik des kapitalistischen Systems habe sich unter der Hand fundamentalisiert. Nicht die Kenntnis über den Rassismus sei gewachsen, sondern Moralisierungstechniken würden im gesellschaftlichen, nicht nur im akademischen Verteilungskampf benutzt. Der Begriff Rassismus sei der letzte Negativwert, der von der Weltöffentlichkeit geteilt werde.

4) »Rassenbewußtsein«
In den sechziger Jahren wurde durch die Dekolonisierung sichtbar, daß es über den NS hinaus Rassismus gab. Gleichzeitig begannen in den USA die »Rassenunruhen« (*race riot* war vorher der Begriff für Ausschreitungen von Weißen gegen befreite schwarze Sklaven gewesen!) und damit die Umwertung der Werte: Rassismus wird zur Legitimationsgrundlage eines sich ethnisch deklarierenden Gruppeninteresses, der *Black nation.* Diese Selbstidentifikation als »Rasse« von Teilen der schwarzen Mittelklasse in Nordamerika stürzt viele antirassistische Ideologien in Europa in terminologische Probleme, weil sie im Begriff »Rasse« einen integralen Bestandteil rassistischer Ideologie sehen. Aber die Selbstidentifikation der *African Americans* steht in der Tradition des revolutionären Nationalismus, nicht des Rassismus: sie ist eine Reaktion auf die nachlassende Integrationskraft des amerikanischen Gesellschaftssystems. Die *L.A.-Riots* zeigten

wieder, daß der politisch-kulturellen Assimilation keine angemessene ökonomische Integrationskraft des amerikanischen Gesellschaftssystems gegenübersteht. Der Begriff »Ethnizität« steht für die mangelnde Kohärenz der amerikanischen Gesellschaft.

5) Rassismus als konformistische Rebellion

Der ethnisch aufgeblasene Nationalismus à la Schönhuber oder Le Pen, der von den Medien zum Ereignis gemacht wird (Schock, Tabu-Bruch muß sein, um Wirkung zu erzielen – das haben die Rechten von '68 gelernt), spielt mit der Angst moderner, traditionsloser Menschen. Das »Recht auf Differenz« wird heute von der Rechten in Anspruch genommen (»differentialistischer Rassismus«).

Rassismus ist Alltagsreligion, die dem isoliert agierenden Gesellschaftsmitglied das Gefühl gibt, Mitglied einer Elite oder der Mehrheit zu sein. Für die Alltagsreligion zählt nicht, aus welcher Wissenschaft die Begründung kommt. Sie fragt nach Autorität, die für den Unterschied bürgt. So gut wie nichts in der modernen Welt geschieht aus Rassismus, aber vieles im gesellschaftlichen Leben läßt sich als Rassismus klassifizieren und mit Rassismus begründen. Da Rassismus weltweit als Tabu gilt, schwingt immer der Geist der Rebellion mit. Die populistischen Revolten gegen Ausländer tragen den Stempel der konformistischen Rebellion. Die Gewalttäter begründen dann ihre Tat mit rassistischen Ideologien, weil die Unterhaltungsindustrie heute nicht unbegründet hinnimmt.

6) Anti-Rassismus als Kümmerform von Gesellschaftskritik

Die Linke dagegen sucht nach dem Zusammenbruch der vertrauten Welt des Kalten Krieges einen Rettungsanker in der antirassistischen Ideologie, die nicht die Widersprüche des alternativlos gewordenen, aber veränderten Kapitalismus analysiert, sondern als Fahne und Erkennnungssignal für die Trotz-Alledem-Aufrechten funktioniert. Antirassismus ist eine Kümmerform von Gesellschaftskritik. Die Linke will damit ihre Ohnmacht im Gefühl moralischer Überlegenheit kompensieren, d.h. die antirassistische Ideologie erfüllt eine sozialpsychologische Funktion. Der ideologische Antirassismus erfüllt die Funktion, die Welt als rassistisch zu interpretieren, statt Mittel zur Erkenntnis der Wirklichkeit anzubieten. (Die Militanten sagen: es kommt auf die Praxis an. Ihre Praxis scheint aber v.a. den eigenen Glauben an der Rassismus in der Welt zu bestätigen.)

Rassismus war nie etwas anderes als ein Legitimationsmuster von unmittelbaren Gewaltverhältnissen. Er war nie eine konsistente Theorie. Die rassistische Ideologie sichtete sic hgegen die emanzipatorische Tendenz der Aufklärung. Im Ersten Weltkrieg begründeten europäische Wissenschaftler nationale Kriegsziele rassistisch-chauvinistisch, daher die Konfusion heute. Die Antirassismus-Theoretiker bieten sich als unentbehrliche Experten in einer unübersichtlich gewordenen Welt an.

Nachdem Claussen also viel Mühe auf eine Begriffsklärung uns ansatzweise materialistische Herleitung von Marxismus verwandt hat, macht er am Schluß des Essays eine merkwürdige Wende. Er redet von »ethnischen Realitäten als Wirklichkeitsmomenten«, denen »jede moderne Gesellschaft gerade nach dem Ende der Identität von bürgerlicher

Gesellschaft und Nationalität« Rechnung tragen müsse. Wie »rassistisch« die öffentliche Diskussion über ethnische Zugehörigkeit geführt werde, hänge von der öffentlichen Auseinandersetzung ab (das ist schon fast tautologisch!). Auf den etwas nebulösen Satz: »Im Kern des Rassismus geht es um das gewaltsame Verhältnis von Körper und Arbeit, die beide (?) in der gesellschaftlichen Moderne zu Objekten der Ausbeutung geworden sind«, folgt die »Erklärung«: »Bevölkerungsexplosion« (!) und globale politisch–ökonomische Ungleichheit, die ein weltweites Überangebot von Körpern ohne Arbeit hervorrufen, reaktivieren (?) rassistische Verlockungen nach unbegrenzter Herrschaft über Menschen und Angst vor der Rache der Zukurzgekommenen. Claussen plädieren für einen »modernen Contrat social« und die Erfüllung der Ausgangsforderungen der französischen Revolution: egalitäre Chancen auf Glück, die allein das »menschliche Überleben der Weltgesellschaft« gewähren könnten. Wie dieser «moderne contrat social« aber erreicht werden kann außer über »Aufklärung«, bleibt völlig im Unklaren. hier fällt auch auf, daß im Text viel von »Gesellschaftsveränderung« die Rede ist, aber der Begriff »Klassengesellschaft« nicht vorkommt, nur in der verklausulierten Form der »Widerspruchsstruktur«.

Buchhinweis:

Weltmarkt, Migration und Rassismus

„Heute hier - morgen fort", das ist die Lage und sind die Zukunftsaussichten vieler Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen angesichts des institutionalisierten Rassismus in Deutschland. Gleichzeitig drückt sich darin die - auch selbstgewählte - Mobilität der Flüchtlinge aus. Die HerausgeberInnen des vorliegenden Buches gehen davon aus, daß das Ziel und der Anlaß der gegenwärtigen rassistischen Kampagne nicht „Ausländerfeindlichkeit" ist, sondern vor allem die Kontrolle und Regulierung der Einwanderung und der legalen und illegalen Arbeitsmigration. Diese ist im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Entwicklungen weltweit und der Notwendigkeit der Schaffung eines Billigarbeitsmarktes in den Metropolen zu sehen. In Abgrenzung vom multikulturellen „Antirassismus" werden die Fluchtursachen, sprich die Globalisierung von Waren- und Arbeitsmärkten und die Entwicklung der weltweiten Fluchtbewegungen untersucht.

Im ersten Abschnitt werden die derzeitigen Migrationsmuster, die weltweite Flüchtlingssituation und die Diskussion um Einwnaderungszahlen dargestellt. Danach folgt ein theoretischer Teil zu Rassismus, nationaler Vergesellschaftung, Staat und Weltmarkt, der die Verschränkungen zwischen Nationalismus, Rassismus und Nationalstaat beleuchtet und die internationale Ordnung in der "One World" nach der Implosion des Realsozialismus thematisiert. Hier wird auch der Unterschied zwischen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gut heruasgearbeitet, braucht doch der erste die imaginierte Gemeinschaft, die Nation und diese als ihre politischen Form den Staat. Der dritte Teil befasst sich mit einzelnen Bereichen oder Ländern und Regionen des weltweiten Marktes für Arbeitskraft (USA, Mexiko, Südostasien, Osteuropa, Spanien). Im letzten Teil finden sich Beiträge zu den westeuropäischen Diskussionen um (kulturelle) Differenz und Universalismus, Rassismus und Zivilgesellschaft. Anschließend berichten unterschiedliche antirassistische Initiativen aus Deutschland und dem europäischen Ausland über ihre Arbeit und Erfahrungen.

Im Buch etwas unterbelichtet wird der Rassismus der deutschen Bevölkerung, dies wird aber durch die kritische Analyse der kapitalistischen Ökonomie und ihrer nationalstaatlichen und rassistischen Verfaßtheit wettgemacht. Politisch grenzt das Buch sich sowohl vom glorifizierenden „die Flüchtlinge sind das neue revolutionäre Subjekt" von Autonomen und SozialrevolutionärInnen ab, als auch von der grün-liberalen Ausländerfreundlichkeit, die die angeblichen kulturellen Differenzen doch nur weiter festschreibt und die ökonomischen Hintergünde ausblendet.

Herausgegeben wird das sehr preiswerte Buch von der „AG 501" des Iz3W Freiburg, die sich 1990 in der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfel 1992 gründete und seitdem arbeitet.

be

Arbeitsgruppe 501 (Hg.): Heute hier - morgen fort. Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts; 1993; 204 Seiten, 19 DM
bei: Iz3W, Postfach 5328, 79020 Freiburg

Brief aus Turin

Liebe Genossen! [die haben's in Italien noch nicht so mit der weiblichen Form; d.Ü.]

Wie wir Euch vor einiger Zeit schon mitgeteilt haben, sind wir dabei, in Turin einen Kongreß zu organisieren, der wahrscheinlich zwischen Mitte Oktober und Anfang November stattfinden wird und der vorläufig »*Untersuchung und conricerca gestern und heute: die Aktualität einer Methode im Überdenken der Poltik*« heißt.
Auch wenn wir uns der Schwierigkeiten bewußt sind, eine vertiefte Debatte im Rahmen eines Kongresses von einem oder zwei Tagen zu organisieren, setzen wir uns gleichwohl folgende Ziele:
1) eine erste Auseinandersetzung und einen Austausch zwischen unterschiedlichen Erfahrungen anzupacken, die in gewisser Weise exemplarische Beispiele für gesellschaftliche Untersuchung und politische Intervention sind;
2) die Hindernisse, Widersprüche und Potentialitäten aufzeigen, die mit einem aktuellen Gebrauch der Methode der conricerca zusammenhängen, innerhalb eines Kontexts, der sich sozial, kulturell, politisch und ökonomisch sehr verändert hat im Vergleich zu den 60er Jahren. In anderen Worten: welches Verhältnis läßt sich heute aufbauen zwischen der "Erkenntnis" und der politischen Intervention? Wie stellt man einen Fragebogen zusammen? Wie läßt sich der Übergang von den Objekten der Erkenntnis des Soziologen zu den "Mit–Subjekten" einer Untersuchung bestimmen, die in ihrem Innersten den Zweck verfolgt, die gegenwärtigen Arbeits– und Lebensbedingungen zu verändern? Welche Rolle kann diese Methode dabei spielen, wieder einen revolutionären Standpunkt zu definieren?

Das Treffen sollte sich auf zwei unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Ebenen abspielen: Zusammentreffen unterschiedlicher Generationen und Konfrontation aktueller unterschiedlicher Erfahrungen von conricerca und Arbeiteruntersuchung. Dementsprechend wäre das Treffen folgendermaßen strukturiert (da wir noch in der Projektierungsphase sind, ist das noch verbesserungsfähig):
1) Beiträge von einigen Protagonisten, die in der conricerca und der Arbeiteruntersuchung der 60er Jahre aktiv waren. Auch wenn wir uns bewußt sind, daß die Auswahl der Referenten diskutierbar ist, haben wir Cesare Bernami (enger Mitarbeiter von Danilo Montaldi), Pino Ferraris (treibende Kraft der Bielleser Gruppe der Quaderni Rossi), Vittorio Rieser und Emilio Soave (aus der Turiner Gruppe der Quaderni Rossi) um ihre Teilnahme gebeten. Wir werden außer diesen Referenten auch die Lanzardos, Romano Alquati, Marco Revelli und Gabriele Polo eingeladen.
2) Um eine Konfrontation unter jenen zu ermöglichen, die conricerca und Arbeiteruntersuchung betreiben, haben wir versucht, interpretative Ansätze, Subjektivitäten und Terrains von unterschiedlichen Konflikten einzuladen: außer Euch haben wir die Genossen von "Klinamen" (welche der Lehre von Toni Negri nahe stehen) gebeten, uns von ihrer Erfahrung "politischer" conricerca zusammen mit einigen Mailänder Studenten zu erzählen. Die dritte Gruppe, die wir eingeladen haben, hat sich um die militante

Zeitschrift "Contro Canto" aus Rom herum organisiert. Diese Gruppe bewegt sich auf metropolitanem Terrain und entwickelt (aufbauend – nicht nur – auf den Erfahrungen von Danilo Montaldi) eine conricerca mit dem Ziel, zu verstehen und politisch eingreifen zu können in einen Kontext von Erhebung der sozialen Rechten.

Der Kongreß wird organisiert vom "Bollettino per il '68" [Bulletin für '68], eine Zeitschrift zur Untersuchung und Dokumentation, die sich mit Kultur sowie politischen und sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre beschäftigt. Die Initiative wird unterstützt von politischen Gruppen und Zeitschriften (unter anderem Wobbly/Collegamenti), sozialen Zentren und dem Radio der Bewegung in Turin.
Wir wären froh, wenn Ihr Interesse an dem Treffen habt. Wir glauben, daß Eure Anwesenheit und vor allem ein Beitrag von Euch die Debatte bereichern würde, wenn man bedenkt, daß Ihr als Gruppe seit Jahren in Deutschland im Innern der "post–fordistischen" Fabrik Erfahrungen mit Untersuchung und politischer Intervention sammelt. In der ersten Septemberhälfte könnten wir Euch das endgültige Programm und das genaue Datum zukommen lassen. Und natürlich sind wir bereit, die Inhalte zu klären und die Ziele unseres Vorschlags genauer zu diskutieren.

Grüße....

DER AUFSTAND VON CHIAPAS

Video - VHS - ca. 75 min. - Farbe- dt. Übersetzung

Gezeigt wird die Entwicklung des Aufstands vom Januar bis Juli 1994.
Schwerpunkte sind dabei:
- Aufnahmen aus den Kampfgebieten
- Interviews mit KämpferInnen in Chiapas
- Darstellung der allgemeinen Situation, der Solidaritätsbewegung und der Regierungspartei (PRI) in Mexiko

Der Film wurde zusammengeschnitten aus 2 Videos von „Canal 6 de Julio". Beide Videos sind fast vollständig übernommen worden. „Canal 6 de Julio" ist ein Zusammenschluß von Leuten, die versuchen der offiziellen Berichterstattung in Mexiko etwas entgegen zu setzen. Die meisten Szenen, die im Video zu sehen sind, waren so nie im mexikanischen Fernsehen. Die Videos von „Canal 6 de Julio" werden aber auf öffentlichen Plätzen und auf Informationsveranstaltungen in Mexiko gezeigt.

Der Video (+ Infoblatt) ist für 20,- DM + 4,- Porto erhältlich bei
Emiliano Zapata
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

Wir wollen kein größeres Stück Torte, wir wollen das Rezept ändern!

(Motto eines Benefizfestivals für die EZLN/Chiapas in Potsdam)

„Es ist einfach fürchterlich"

Initiative in Nürnberg

Arbeitslose suchen Jobs unter Tarif

(SZ, 25.7.94)

Nürnberg (dpa) – Arbeitslose suchen Jobs unter Tarif. Hundert Mitglieder einer Nürnberger Arbeitsloseninitiative haben am Montag angeboten, bis zu 20 Prozent unter Tarif zu arbeiten. „Das ist möglich, weil wir keiner Gewerkschaft angehören und die Tarifverträge für uns nicht bindend sind", hieß es in einem Aufruf der Gruppe an die Arbeitgeber. „Wir sind motiviert und bereit zu Schichtarbeit, Nachtarbeit, Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, bis hin zur 60-Stunden-Woche."

Sollte das Angebot angenommen werden, wollen die Mitglieder des sozialpolitischen Arbeitskreises beim Ökumenischen Arbeitslosenzentrum eine „Untertarif-Vermittlungsagentur" gründen und künftig selber nach Billig-Jobs für Arbeitslose suchen. Die Initiative beruft sich auf ein „Niedriglohn-Konzept" für Neueinsteiger von Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP). „Wir sind uns sicher, daß fast alle Arbeitslosen Abstriche von zehn bis 20 Prozent von den Tariflöhnen für einen Dauerarbeitsplatz akzeptieren würden", heißt es weiter in dem Aufruf. „Wir schlagen den Unternehmern vor, diejenigen Beschäftigten, die auf ihren Besitzständen beharren und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie ihren Betrieb gefährden, die Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen zu lassen."

„Freiwillig ist alles möglich", kommentierte ein Sprecher der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die Initiative. Es komme auf die Bedingungen der Einzelverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Die Bundesanstalt werde jedoch auch künftig keinesfalls Arbeitskräfte unter Tarif vermitteln. „Wir sind durch das Arbeitsförderungsgesetz dazu verpflichtet, nur zu Tarifbedingungen zu vermitteln", sagte der Sprecher.